

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Bild“ 10 Pf. Vollabonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetrag. in der Post- u. Zeitungs-Veranstaltung für 1896 unter Nr. 7377.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verleger: Amt I. Nr. 1508
Telegraphen-Adresse:
„Verlagsbuchhandlung Vorwärts“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Sonntag, den 25. April 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Wie Canovas Wahlen macht.

Madrid, 15. April.

Es ist ja allgemein bekannt, daß Politiker, welche keinen tatsächlichen Anhang im Lande besitzen, gezwungen sind, mit brutaler Gewalt aufzutreten, um der feigen bürgerlichen Klasse zu imponieren und das sich seiner Kraft noch nicht bewußte Proletariat im Zaume zu halten. Diese Nothwendigkeit, sich durch Anwendung der brutalsten Gewalt den Schein einer kräftigen Regierung zu geben, haben verschiedene Kraftmenschen der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts erkannt und auch danach gehandelt. Und je geringer die wirkliche Macht und Kraft, um so rücksichtsloser ist die Willkürherrschaft.

Diese Wahrheit kennzeichnete nicht nur die letzten Jahre des Bismarck'schen Regiments; sie charakterisirt nicht nur die erst kürzlich zum lässlichen Abschluß gekommene Barbarenwirtschaft Crispien's; sie ist auch das wesentliche Merkmal der spanischen Mißwirtschaft unter Canovas. Das hat sich jetzt gar deutlich bei den Wahlen gezeigt.

Bei Gelegenheit der Auflösung der Cortes bemerkte ich, daß man schon damals mit Sicherheit den Ausgang der Wahlen vom 12. April voraussagen konnte. Alles ist, wie damals gesagt wurde, ausgefallen; nur insofern ist eine kleine Veränderung eingetreten, daß die Republikaner aus der parlamentarischen Volksvertretung ausgeschlossen sind und die Majorität der Regierung um etwa 30 Mann stärker ist, als bei der Kammerauflösung angenommen wurde.

Noch nie hat eine Regierung in Spanien eine so starke Majorität gehabt, wie Canovas gegenwärtig. 309 Deputirte, 20 mehr als zwei Drittel des ganzen Parlaments, stehen ihm zur Verfügung und sagen Ja und Amen zu allem, was er ihnen in seiner Kraftmenschlichkeit vormacht. Das eine solche Majorität nicht mit ehrlichen Mitteln gebildet werden kann, steht jeder auf den ersten Blick ein, zumal wenn man bedenkt, daß eine konservative Partei im ganzen Lande nirgends existirt, auch wenn es überall Kreaturen Canovas's giebt. Nur eine politische Maxime kennen und üben sie: „Enrichissez-vous“ (Vereichert Euch) und das gründlich.

Wenn es auch eine gar eilige Sache ist, zu beschreiben, wie Canovas die Wahlen macht, so ist es doch vom soziologischen Standpunkt aus interessant, zu sehen, zu welcher schändlichen Mitteln eine bei dem Volke verhaßte Monarchie greifen muß, um sich auf den Füßen zu erhalten.

Während Canovas der Hauptakteur ist, ist der Minister des Innern derjenige, welcher den ganzen komplizirten Wahlmechanismus in Bewegung setzt. Im Ministerium des Innern werden die charakterlosen Politiker für die einzelnen Wahlkreise bestimmt; man fragt das Volk gar nicht erst, ob es diesen oder jenen Kandidaten will. Der eigentliche Wahlkörper ist, wie wir bald sehen werden, völlig überflüssig. Bei der Festsetzung der ministeriellen Kandidaten giebt es viele Schwierigkeiten, weil jeder Minister am liebsten einige hundert seiner Kreaturen unterbringen möchte. Hier handelt es sich um einen verachteten Schwiegervater, dort um einen Neffen, der nicht durch das erste juristische Examen durchkommen konnte; hier

wieder um einen „intimen Freund“ (lumpige Wechselverbindlichkeiten, Spielschulden u. s. w.), dort um den einseitigen Ehemann einer geliebten Frau, und was der Gründe mehr sein mögen; aber stets handelt es sich um zwingende Verpflichtungen.

Endlich kommt das Schachergeciß unter den Brüdern zu stunde und jetzt beginnt der Kuhhandel mit den Liberalen; natürlich wollen diese möglichst viele Deputirte heranschlagen; denn Sagasta hat genau so viele und dieselben Verpflichtungen wie Canovas. Da man sich aber versteht, wird man bold einig; und die von der Regierung unterstützten Kandidaten, ob konservativ, ob liberal, brauchen nichts mehr zu thun: ihre Wahl ist sicher. Mögen auch die unabhängigen Parteien alles anbieten, was sie können: der konservative oder liberale Kandidat siegt doch; denn Canovas und seine Mittel sind stark.

So vertheilte ganz Madrid diesmal die unabhängige Kandidatur des Marquis de Cabrinona, welcher vor einigen Monaten die schrecklichen Schurkereien der Gemeindevverwaltung ans Tageslicht brachte. Bei der allgemeinen Sympathie, welche genannter Herr sich erworben hatte, war seine Wahl sicher. Aber die Regierung wollte ihn auf keinen Fall. Das ließ sie schon vor der Wahl durch eine ihrer offiziellen Blätter sagen: „Obwohl ganz Madrid für Cabrinona stimmt, so wird er doch nicht als Deputirter in den Kongreß kommen.“ Die Minister wollten sich eben an ihm rächen und ihn ins Gefängniß bringen; nun, es wird ihnen demnächst gelingen.

Die Wahlmacht ist so rücksichtslos, wie einfach. Die Präsidenten der Wahlkomitees sind die kleinsten Kreaturen der Minister und thun, was diese ihnen befehlen. Bündelweise werfen sie Stimmzettel für die Regierungskandidaten in die Urne und die Herren Weisler, Müschuldige des Präsidenten, freichen schunzelnd eine ganze Reihe beliebiger Namen in den Wählerlisten aus; oft verschwinden auf einen Zug alle männlichen Bewohner einer Straße. In ähnlicher Weise arbeiten die von der Regierung bestellten Wahlmacher; diese ziehen von Lokal zu Lokal, wo ihnen vor der Ard it meistens Wein oder Schnaps kredent wird, und stimmen für irgend einen beliebigen Namen aus der Wählerliste. Manchmal lehren diese Wahlmacher drei- oder viermal zurück, um zu stimmen. Protestirt denn niemand gegen solche Gemeinheit? fragt der Leser. Gewiß, aber es ist zwecklos, wenn sechs Personen das Gegentheil beschwören. Protestirt ein Wähler, so wandert er gewöhnlich ins Gefängniß und wird für seinen Vorwitz gründlich durchgebläut. Diesmal ging die Regierung in ihrer „unerschämten Frechheit“ (ein Wort, das „El Imparcial“ gestern gegen die Regierung gebraucht) so weit, daß sie ganze Bänder des niedrigsten Gefindels organisiert hatte, um in allen Wahlbezirken zu stimmen. Der General Schagne hat, wie er „El Imparcial“ mittheilt, beobachtet, wie eine und dieselbe Bande in fünf verschiedenen Lokalen ehrliche Bürger um ihre Stimmen beraubte. Zwei Bänder hatten unter sich das Erkennungszeichen „Gisneros“ und „Argumosa“, eine kleine Karte, durch die sie sich die besondere Puid des Wahlvorstandes und der Herren Polizisten verdienten. Es waren meistens Kubalter und dergleichen Kofaan der Gesellschaft; die richtigen Stützen für das Regime des frommen Canovas. Proteste von Wählern gegen den Mißbrauch ihres Namens sind

natürlich sehr häufig, aber völlig zwecklos; und wenn man unbehelligt bleiben will, so macht man gute Miene zum bösen Spiel. Wird man energisch, so kann man tagelang im Gefängniß schmachten, bis es jemandem einfällt, den Namen festzustellen. Unbekannten Wählern oder bekannten Oppositionsmännern gegenüber benimmt man sich höchst originell und erklärt sie einfach für betrunken und bittet sie, das Lokal schleunigst zu verlassen, widrigenfalls man sie arretiren würde.

Ab und zu vertritt man auch die Urne, indem man die unbedeutenden Stimmzettel entfernt und durch verdreifachte Anzahl anderer ersetzt. Das die Todten stimmen, ist selbstverständlich.

Ich will die Leser nicht länger erwidern und nur noch kurz den Schluß des Wahlaktes beschreiben. Die Stimmzettel werden verlesen; es scheinen viele Oppositionsstimmen vorhanden zu sein: längs liest man andere Namen. Die Summe der abgegebenen Stimmen ist meistens größer als die der Wähler, ja oft größer als die Zahl der Stimmberechtigten. In Madrid ist das wenigstens in zehn Bezirken vorgekommen. Aber das genirt keinen großen Geist. Im Ministerium richtet man sich schon ein. Die Wahlakte werden ausgehellt und der Jenuskommission übergeben. Oft behalten sie die Präsidenten bei sich zu Hause bis zum andern Tage, in Madrid allein ist dies in 62 Sektionen vorgekommen; die Kommission hat jeden mit einer Strafe von je 1000 Pefetas belegt.

Aus den gegebenen Beispielen — des Namens wegen wüßte ich mich auf wenige beschränken — mögen die geschätzten Leser erleben, in wie schändlicher Weise man in Spanien unter konservativem Regime die Wahlen macht. Was übertrifft hat — man ist an Fälschungen, Vergewaltigungen u. s. w. gewöhnt — ist die Frechheit und Unverschämtheit, mit welcher man auch in Madrid die sonst nur in kleineren Orten gebräuchliche Praxis geübt hat.

Das Wahleresultat konnte darum nicht zweifelhaft sein: glänzender Sieg der Konservativen und der mit ihnen gegen Cabrinana verbündeten Liberalen. Die Konservativen vereinigten auf sich im Durchschnitte 48 000 Stimmen, was noch nie vorgekommen ist; die höchste jemals erreichte Stimmenzahl betrug 25 000 (Republikaner Esquerdo). Aber in Wirklichkeit war die Stimmenzahl noch viel größer; die schmutzigen Agenten der Regierung waren zu eifrig gewesen, so daß die Regierung genöthigt war, eine erhebliche Reduktion der Stimmen vorzunehmen und die überzähligen Stimmen unter die anderen Parteien zu vertheilen.

Bei der heutigen amtlichen Feststellung des Wahleresultats, wird sich die auf die Regierungskandidaten gefallene Stimmenzahl noch erheblich vermehren; denn bei der vorläufigen Feststellung fehlten noch 62 Sektionen, deren Präsidenten von der Jenuskommission in eine Ordnungstrafe von 800 Mark genommen wurden.

Die Regierung hat aber des Guten zu viel gethan, so daß sie über ihren Sieg in Madrid erschreckt sein muß. Die in hohem Maße erbitterte öffentliche Meinung hat die drei liberalen Deputirten schon gezwungen, auf ihr Mandat zu verzichten. Von den Konservativen erwartet man dasselbe — wohl vergeblich. Wie der Herr, so seine Kreaturen! — So sehen die Wahlen in Spanien aus; und das nennt sich Volksvertretung!

12

Lene.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Nicolaus Krauß.

Mühleßen hat zwar eine Kirche aber keinen Pfarrer; mit den eingeschulten Dörfern bildet es eine Filiale der Pfarrei Nebanitz. Von dorther kommt im Sommer fast jeden Tag, im Winter einige Mal in der Woche schon in grauer Frühe der Kaplan herauf. Im strengsten Winter, und wenn ein reicher Bauer sich eine Ceremonie oder ein Guadenmittel gegen Ertrabehaltung bestellt, erscheint der junge Geistliche schon am Nachmittage und verbringt die Nacht in dem „Patersfrübel“, das an die Schulstube stößt.

Der Pfarrer von Nebanitz hat sein reichliches Auskommen, der Kaplan, der die Filiale Mühleßen besorgt, ist weniger gut gestellt. Was er an Gehalt bezieht, reicht kaum für Kleider und Schuhwerk, und auch mit dem Messergerbern will es garnicht viel heißen. Die theuren Seelenämter, bei denen noch etwas herauszuschaut, liest alle der Pfarrer, die sogenannten „Stiftungsmessen“, die dem Kaplan zufallen, bringen höchstens ein paar Groschen Biergeld. Deshalb ist auch die Mühleßener Kaplansstelle die verrufenste im Egerlande, jeder, der auf sie gesetzt wird, empfindet diese Thatsache als Disziplinirung. Trotzdem hat Mühleßen seit jeder die schönsten und stärksten Kaplane gehabt, ein Minderkräftiger würde den Strapazen gar nicht gewachsen sein.

Und noch durch etwas anderes ist die Kirche zu Mühleßen bekannt geworden im ganzen Egerlande. Die Mühleßener feiern ihr Kirchenfest am spätesten von allen. Ihr Kirchenpatron ist der heilige Nikolaus, und dessen Namensstag fällt auf den 6. Dezember. Den jungen Burtschen und Mädchen ist diese Thatsache nicht besonders angenehm, so sehr sie auch den Feilgen, der allgemein als Ehestifter gilt, verehren; sein Ehrentag liegt schon im Advent, und da ist jedes Tanzen von der Kirche aus verboten. Aber bei all den Seelen, denen gutes und vieles Essen und Trinken über alles geht, steht das Mühleßener Kirchenfest in einem gar lieblichen Geruche, und so ist

es stets das besuchteste von allen. Die allgemeine „Landskirtwa“ liegt über einen Monat zurück, da ist man sozusagen ganz ausgehungert und kann nun tüchtig einhauen. Die meisten Festgäste hatte stets der Lehrer. Von Rechts wegen hätten ihm nur seine Kollegen gebührt, bei denen er das Jahr über auch zu Gaste gewesen; da aber in Mühleßen kein Geistlicher war, der einen Haushalt führte, so lehrten auch alle die Kaplane und Pfarrer, die sich einstellten, um das Fest feierlicher zu gestalten, bei ihm ein und aßen und tranken an seinem Tische.

Mit sehr gemischten Empfindungen sah daher Jakob Weiß stets dem Kirchenfeste entgegen. In seinem gedrückten und seit jeder zur Demuth und Unterwürfigkeit neigenden Gemüthe empfand er voll und dankbar die Ehre, die ihm durch die Anwesenheit so vieler Stellvertreter Gottes widerfuhr; wenn er aber an die Verwüstungen dachte, die das Fest in seinem Geldbeutel, die frommen, wohlgenährten Herren unter seinen Vorräthen anrichten würden, stieg in ihm ein Grauen auf, das ihn Tag und Nacht verfolgte. Und er zermarterte sein Gehirn, wie er den Verlust wieder hereinbringen sollte.

Lene wurde von den Zurüstungen zum Feste ganz verblüfft. Sie hatte so etwas gar noch nie gesehen. Als das Schwein an dem Hinterbein aus dem Stalle gezogen worden, schrieen die Kinder fast mehr als das Thier, dem der Schlächter das Messer an die Kehle setzte. Keines wollte das Blut rühren, bis es Lene direkt besohlen wurde. Eine halbe Stunde später war allerdings ihr Mitleid und Mitgefühl in alle Winde verfliegen, sie halfen bereitwillig beim Speck- und Semmelschneiden, Schmalzausbraten und Wurstmachen. Lene war glücklich. Da gab's ja Speck und Fett in die Million, mindestens drei große Bleckbübel mußten voll werden, und die Tante müßte davon schmalzen können, den „Göhen“ und die gebackenen Knödel, wenigstens ein ganzes Jahr. Da brauchte sie doch nimmer zu klagen. Dann kamen auch von den Bauern nach der Reihe die „Schlachtschüssel“: halbe Schweinköpfe, frische „Knöcheln“ und Blut- und Leberwürste, ab und zu lag auch ein langes, schmalgeschnittenes, mageres Stück Fleisch dabei. Die mit weißen Leinen überdeckten

Schüsseln wurden von Schulkindern gebracht; und keines ging eher, bis der Lehrer es gesehen und sein Gesicht betrachtet. Einige Tage später kam ein großes Faß Kulmer „Raubers-Bier“, der Lehrer machte ein andächtiges feierliches aber dabei ganz glückseliges Gesicht, als er es im Keller aufschrotete.

Einen Tag vor dem Feste war der Unterricht eingestellt worden. Das ganze Schulhaus roch nach lochendem Schmalz und dampfenden „Köcheln“, die beinahe so lang waren wie Lene ihr Arm. Der erste Gast war an diesem Tage bereits gekommen, eine bekrenndete Lehrersfrau, die beim Köchelbaden half. Sie wußte von allem möglichen zu erzählen; was für possirliches Gesicht ihr Mann machte, wenn er einen guten Braten in der Köhre spürte, wie viel uneheliche Kinder es dieses Jahr in ihrer Pfarrei gegeben, wie sie ihre Festgäste schon seit Jahren foppte, indem sie ihnen gewässertes Fleisch von jungen Kaninchen als „Wiener Backhännel“ vorsetzte. Die letzte Mittheilung erfolgte unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit, aber unter einem Gelächtersturm über die dummen, neunmalgeschneidten Männer, daß selbst die Kofel herbeikam und ihr Einverständnis durch mehrmaliges Niesen, das bald wie ein Grollen klang, zu erkennen gab.

Am Tage des Kirchenfestes gab es für die Mühleßener außer dem Hochamte ausnahmsweise auch eine „Frühmesse“. Es las sie auch diesmal wie immer der Kaplan. Und er tummelte sich, um so schnell als möglich fertig zu werden. Auser Lene und den Lehrerskindern, der Lehrerin und einigen Bauernfrauen aus dem Dorfe, die es doch für eine Sünde gehalten haben würden, an diesem hohen Festtage keine Messe „mitgenommen“ zu haben, war niemand in der Kirche. Nicht einmal der Herr Kantor. An seiner Stelle sätze seine Tochter Margareth auf der Orgel nach Tönen herum, man vernahm aber gewöhnlich nichts, als das langgezogene Brummen des Pedals. Schwieg ab und zu die Orgel, dann hörte man deutlich das Klopfen und Hämmern der Händler und Krämer, die den Kirchberg hinab, zwischen der Schule und dem Bülwatschhof ihre Stände und Buden aufstellten.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, 24. April.

Zum Reichstage handelte es sich heute ausschließlich um Wahlprüfungen. Die Zahl der Wahlen, deren Erledigung heute auf der Tagesordnung stand, betrug 16. Da bei Beginn der Sitzung einige Antragsteller, welche Aenderungen an den Vorschlägen der Wahlprüfungs-Kommission verlangten, noch nicht anwesend waren, wurden die strittigen Wahlen der Abgeordneten Krupp, Holz, Meyer, Pöhlmann zurückgesetzt und erst die unbestrittenen Wahlen erledigt.

Der Kampf begann bei der Wahl des Abgeordneten Mener-Halle. Die Kommission beantragte Ungültigkeit, wogegen aber die Freunde des humoristischen Bierredners Einspruch erhoben. Wie unseren Lesern bekannt ist, hat bei der Wahl in Halle der Landrath von Werder sich in einer Weise amtliche Beeinflussungen zu gunsten der konservativen Kandidaten und gegen unseren Genossen Kunert zu schulden kommen lassen, wie diese selbst in Preußen bisher noch nicht dagewesen sind.

Für den Kommissionsantrag traten von unseren Genossen die Abgeordneten Auer und Fischer ein, welche das Gebahren des Landrathes gebührend geißelten. Dr. Barth und von Holleufer beantragten, Zurückweisung an die Kommission, welcher Antrag per Annahmestimmung mit 126 gegen 97 Stimmen abgelehnt und darauf das Mandat kassirt wurde.

Ein Antrag der Abgeordneten Dr. Büttgenau und Lenzmann, die Entscheidung über die Wahl des Abgeordneten Krupp aussetzen und neue Erhebungen zu veranlassen, wurde abgelehnt. Herr Hammacher verließ sich bei der Gelegenheit zu der Behauptung, für die Krupp'schen Arbeiter bestehe uneingeschränkte Wahlfreiheit ohne jede Gefahr der Maßregelung. Allgemeines Gelächter der Linken war die einzig passende Antwort darauf. Krupp's Wahl wurde für gültig erklärt.

Die Wahl des Abgeordneten Holz (S. Marienwerder) ist schwer gefährdet, da dem Gewählten nur sieben Stimmen Majorität verbleiben. Es liegt ein Antrag auf Ungültigkeit vor. Nach einer endlosen Rede des Geheimraths Camp gegen Ungültigkeit, während der ein Besucher der Journalistentribüne in Krämpfe fiel, wurde in der Abstimmung zunächst der Kommissionsantrag auf Beanstandung abgelehnt, und dann in namentlicher Abstimmung, welche von konservativer Seite beantragt war, festgestellt, daß das Haus bei 184 anwesenden Abgeordneten nicht mehr beschlußfähig war. Von den abgegebenen Stimmen lauteten 62 für Gültigkeit und 121 für Ungültigkeit. Der Abgeordnete Holz wird gut thun, wenn er sein Mandat freiwillig niederlegt.

Das preussische Abgeordnetenhause verhielt am Freitag in erster Lesung den Entwurf eines Gesetzes über die Handelskammern der anstelle der jetzigen fakultativen Handelskammern, obligatorische einzurichten will. Jeder Ort des Staates soll in Zukunft einem bestimmten Handelskammer-Bezirk zugetheilt werden. Die Wahlen zur Kammer erfolgen auf Grund eines zweiklassen-Wahlrechts unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Veranlagung zur Gewerbesteuer, so daß also von vornherein ein Gegensatz zwischen Großhandel und Großindustrie auf der einen und den kleineren Betrieben auf der anderen Seite geschaffen wird. Bekanntlich ist vor kurzer Zeit die Landwirtschaft in Landwirtschaftskammern organisiert worden, demnach sollen Handwerkerkammern geschaffen werden; warum soll also, — so führte der Handelsminister Frhr. v. Berlepsch, der Vater des Gesetzesentwurfes, aus — dem Handel und Industrie nicht dieselbe Wohlthat erwiesen werden? Mit recht entgegensteht ihm Abgeordneter Gothein (fr. Gg.), der ein Bedürfnis für das Gesetz nicht anerkannte, daß man folgerichtig auch schließlich die Arbeiter organisiren müßte. Diese an sich ganz konsequente Auffassung veranlaßte den konservativen Grafen v. Limburg-Sturum zu dem demüthigen Zwischenruf: „Die Arbeiter sind ja gar kein Berufsstand.“ Daß der Graf den Beruf seiner Standesgenossen für wichtiger, als den eines Arbeiters hält, ist nach den herrlichen Proben, die die Edelsten und Besten in den letzten Wochen von der Auffassung ihres Berufes gegeben haben, freilich nicht gerade wunderbar. — In der heutigen Debatte bezeugte sich mit Ausnahme des Nationalliberalen Eckels kein einziger Redner als Freund der Vorlage; wer sie nicht grundsätzlich verwarf, der brachte doch mehr oder minder schwere Bedenken vor, und selbst die Konservativen ließen durch den Abg. v. Brodhagen verkünden, daß sie die Vorlage nicht annehmen könnten. Ob es sich bei den Konservativen um einen ernsthaften Widerstand handelt oder ob die Herren insolge der gestrigen Rede des Ministers im Reichstage nur eine vorübergehende Verknüpfung zeigen, wird die Zukunft lehren. Obgleich der Minister, falls der Grundgedanke der Vorlage, nämlich ein neuer Schritt auf dem Wege der korporativen Organisation der Berufsstände, verworfen würde, eine Kommissionsberatung für überflüssig erklärte, wurde der Entwurf doch an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Am Sonnabend stehen nur kleinere Vorlagen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Ein elsaß-lothringisches Gericht hat es fertig gebracht, mit einem Urtheil gegen politische Verbrecher noch Staunen zu erregen in Deutschland, nachdem die Brauereiwettereien und sonstige richterliche Leistungen den Reichsdeutschen allgemach des Staunens entwöhnt hatten. Wir meinen die Verurtheilung vom Genossen Jean Martin zu einem Jahr und Genossen Hermann Kessler zu sechs Monaten Gefängniß, über die wir noch einem Privattelegramm aus Mülhausen bereits Mittheilung gemacht hatten. Jetzt liegt ein ausführlicher Bericht vor. Es heißt darin:

In Mülhausen i. G. wurde am 22. April vor der Strafkammer ein Prozeß verhandelt, dessen Ausgang geeignet ist, Aufsehen zu erregen. Angeklagt waren der Mülhauser Korrespondent der Mannheimer sozialdemokratischen „Volkstimme“, Schriftsteller Jean Martin und der verantwortliche Redakteur genannten Blattes, Hermann Kessler-Mannheim, wegen Beamteneinbeleidigung, begangen durch die Presse. In einer Nummer der „Volkstimme“ vom vorigen Jahre fand sich eine Mülhauser Korrespondenz, in der erzählt wurde, zwei Nachwächter hätten insolge Befehdung von der Verhaftung eines „bessern Herrn“ Abstand genommen, der auf der Straße standhalten sollte. Der Polizeipräsident und die Nachtpolizisten stellten Strafantrag wegen Beleidigung der Polizei im allgemeinen und der Nachwächter im besonderen. Hieraus wurden Martin als der mutmaßliche Verfasser und Kessler als Verbreiter des inkriminirten Artikels vor Gericht zitiert. In der heutigen Hauptverhandlung sollte der Wahrheitsbeweis erbracht werden. Die Entlastungszeugen sagten aus, daß die nächtliche Straßenszene sich unter Umständen und Handreichungen abgepielt hätte, durch die sie der Meinung sein konnten, die Beamten seien durch Geldgeschenk zur Unterlassung ihrer amtlichen Obliegenheiten veranlaßt worden. Die Nachwächter bestritten, Geld erhalten zu haben, ebenso stellte derjenige, der das Geld gegeben haben sollte, jeglichen Befehdungsverfuch in Abrede. Martin verweigerte die Auskunft über die Auctorität. Der Staatsanwalt beantragte gegen

Martin 2 Monate Gefängniß, gegen Kessler 300 M. Geldstrafe. Das Gericht verurtheilte hierauf Martin, als den Verfasser des beleidigenden Artikels zu einem Jahre, Kessler zu sechs Monaten Gefängniß und ordnete sofortige Verhaftung beider an. Die vorläufige Freilassung Kessler's wurde von einer Kaution in Höhe von 6000 M. abhängig gemacht. Das harte Urtheil wird lebhaft kommentirt, allerdings nur mündlich, denn der Presse ist durch unsere samose Befehdungsgebung die Berichterstattung in dieser Prozeß „bei Geldstrafe verboten“.

Es steht unseres Wissens einzig da in der Geschichte der Prozeßesse, daß ein Gericht wegen einer einfachen Beleidigung gegen einen Angeklagten eine sechs mal so hohe Geldstrafe verhängt und gegen einen anderen statt der beantragten Geldstrafe auf sechs Monate Gefängniß erlennt. Eine derartige Umsturzbeleidigung wird zweifelsohne ihre Früchte zeitigen, schwerlich aber Früchte, die den Machthabern in Elsaß-Lothringen wohlschmecken werden. —

Die französische Verfassungskrise. Ob nun Bourgeois, wie von verschiedenen Seiten geglaubt wird, des weiteren Kampfes müde geworden ist und, um nicht die bürgerlichen Schiffe hinter sich zu verbrennen, sich von dem Führerposten zurückziehen will, — oder ob seine Demission nur ein taktisches Manöver ist — die Partie zwischen Senat und Kammer ist jetzt engagirt, und sie steht über alles Erwarten günstig für die Kammer, oder sagen wir richtiger: für die Sache der Verfassungs-Revision. Sehr geschickt war die Erklärung, welche das Ministerium gestern in der Kammer abgab. Es betonte sein locales, peinlich gesetzliches Verfahren, das sich durchweg auf die Kammer stützte; stellte die geringere Autorität des mit beschränktem Stimmrecht gewählten Senats der aus allgemeinem Stimmrecht hervorgegangenen Kammer gegenüber; wälzte die Verantwortlichkeit für den Konflikt auf den Senat, der nicht einmal durch patriotische Rücksichten auf die in Madagaskar verlassenen Soldaten in seinem reaktionären Eifer aufgehalten ward; und übergab die Entscheidung dem französischen Volk.

Damit ist der Verfassungskonflikt offiziell proklamirt und die Verfassungsrevision offiziell auf die Tagesordnung gesetzt.

Durch Annahme der von Ricard, dem Justizminister und Schreden der Panamisten eingebrachten Tagesordnung ist die jetzige Kammer schon zum Konflikt verpfichtet und mit Marschroute gegen den Senat versehen. Diese Tagesordnung, die in ihrem ersten Theil mit 309 gegen 88 und im zweiten mit 417 gegen 87 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen ward, lautet:

Die Deputirtenkammer betont von neuem die Vorherrschaft der Erwählten des allgemeinen Stimmrechts und ihren Entschluß, eine Politik demokratischer Reformen zu verfolgen.

Diese Tagesordnung wurde schließlich noch in ihrer Gesamtheit einstimmig angenommen, wobei allerdings die reaktionären Parteien sich der Abstimmung enthielten.

Wer von dem Präsidenten mit Bildung des neuen Ministeriums betraut werden wird, darüber liegen nur Vermuthungen vor. Man spricht von Brisson, Goblet, Peytral, Sarrien, Ricard u. a.

Auf die Personen kommt wenig an. Der Konflikt ist da. Und der Ausgang hängt nicht von Ministern, nicht von dem Präsidenten der Republik ab, sondern von der Bewegung im Lande, zunächst von den bevorstehenden Gemeindevahlen.

Die Angst vor diesen Wahlen, die am 3. Mai in ganz Frankreich stattfinden, und der Wunsch, sie durch ein reaktionäres Ministerium „leiten“ zu lassen, bestimmte das Vorgehen des Senats.

Dieser Zweck ist nicht erreicht worden. Das Kammer-votum des gestrigen Tages hat einem Opportunisten-Ministerium vorläufig den Weg verlegt.

Die sozialistischen Deputirten haben ein Manifest an das Land gerichtet, welches, wie uns telegraphirt wird, bejagt, daß nach der Fahrenflucht des Kabinet's Bourgeois die republikanischen und sozialistischen Deputirten den vom Senat hingeworfenen Handstich aufgenommen und die Schlacht gewonnen hätten, indem sie die Vorherrschaft des allgemeinen Stimmrechts proklamirten. Das Manifest fügt hinzu, es seien die Bürger, welche den Triumph davongetragen hätten, weil sie es verstanden, während der Ferien den Deputirten republikanischen Geist einzufloßen. Jetzt komme es darauf an, daß alle Bürger und Arbeiter sich des allgemeinen Stimmrechts bedienen, um bei den nächsten Gemeindevahlen die Volksmacht und den sozialistischen Geist in die Mairien einzusetzen. —

Der in Brüssel tagende Bimetallisten-Kongreß beschloß, in allen Parlamenten Europa's und Amerika's gleichzeitig die Einberufung einer offiziellen internationalen Münzkongferenz zu beantragen. Belgien wird die Initiative durch ein Mandat an die Richter ergreifen. Der Kongreß denkt am Sonnabend seine Arbeiten zu beendigen. —

Die südafrikanischen Wirren verwickeln sich mehr und mehr. Und Herr Chamberlain hat sich das zweifelhafte Verdienst erworben, die Mißverständnisse zwischen Engländern und Buren durch recht dürftige Gerede zu verschärfen. Im Unterhause wurde deshalb von Dalziel angestregt, ob die gestrige Rede Chamberlain's korrekt berichtet sei, in der es heißt, die Verwaltung in Transvaal sei mangelhaft und verderbt, und ob angesichts des großen Einbruchs, den diese Erklärung in England und Südafrika mache, das Haus bald Gelegenheit haben werde, die südafrikanische Frage zu beraten. Der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain erwidert, die erwähnte Bemerkung beziehe sich auf Verhältnisse und That-sachen, die seit langer Zeit allgemein bekannt seien, bilde daher keinen Grund für die Tringlichkeit der Berathung. Obgleich die Regierung den jetzigen Zeitpunkt nicht für besonders geeignet für die Berathung halte, sei sie bereit diese anzuerkennen, falls ein allgemeiner Wunsch dafür vorhanden wäre. Er habe die Nachricht erhalten, daß die Antwort des Präsidenten Krüger auf die Einladung, nach England zu kommen, unterwegs sei, ein telegraphischer Auszug könne jeden Augenblick eintreffen. Sobald die Antwort eingetroffen sei, werde die Regierung die Lage erwägen und wahrscheinlich den ganzen Schriftwechsel vorlegen. Es sei am besten, die Berathung zu vertagen, bis das Haus den Schriftwechsel in Händen habe. —

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner am 23. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung der Vorlage, betreffend den Etat der Salzsteuer-Verwaltungsstellen für das Fürstenthum Ruz j. L. und dem Entwurf von Bestimmungen über die weitere Bearbeitung der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlung

vom 14. Juni v. J. die Zustimmung ertheilt. Die vom Reichstag insolge des Antrags des Abgeordneten Aht und Genossen gefasste Resolution über das Zulassen wurde dem Reichskamler überwiesen. Von der Zeitfrist über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetz und dem dazu vom Reichstag gefassten Beschluß wurde Kenntniß genommen. Außerdem wurde über eine größere Anzahl von Eingaben Beschluß gefaßt.

Die übrigen in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse haben wir schon in unserer letzten Nummer registirt. —

Der Maximal-Arbeitstag und die Konservativen. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt heute:

Der Minister Freyher von Berlepsch hat gestern im Reichstage bei Gelegenheit der Berathung der Interpellation über die durch den Bundesrath verfaßte Beschränkung der Arbeitszeit der Bäckereien behauptet, der Beifall, den die Ausführungen des Abg. Graf Bismarck gegen jeden Maximal-Arbeitstag gestern fanden, würde ihnen früher von denselben Seiten, speciell von den Konservativen, nicht zu theil geworden sein. Die Konservativen hätten sich bei Berathung des § 120a im Jahre 1891 für den Maximal-Arbeitstag ausgesprochen. Jetzt dürften sie nicht erwarten, daß die Regierungen gleich ihnen inkonsequent, den alten Standpunkt aufgeben.

Der Minister hat mit seiner Behauptung, unserer Ansicht nach, ungewisshalt recht. Wir sehen davon ab, daß im Jahre 1889 bei Berathung der Gewerbe-Ordnung der konservative Abg. v. Brauchitsch, von seinen Freunden unterstützt, geradezu den Antrag auf gesetzliche Einführung eines zwölfstündigen Maximal-Arbeitstages — also in derselben Höhe, wie es jetzt für die Bäder bestimmt ist — gestellt hat. Auch das wollen wir zunächst nicht des weiteren ausführen, daß später wiederholt konservative Abgeordnete wie z. B. der verstorbene v. Kleist-Rhena und Dr. Kropatschek sich für eine solche Beschränkung der Arbeitszeit ausgesprochen haben. Aber einen ähnlichen Standpunkt hat noch am 17. April 1891 der Fraktionsredner der konservativen Partei, der Abgeordnete Dr. Hartmann vertreten, dem wohl niemand den Vorwurf je gemacht hat, ein sogenannter „sozialpolitischer Durchgänger“ zu sein. Wir zitiren aus seiner Rede nur einige prägnante Sätze. „Die konservative Fraktion hat eine grundsätzlich gegnerische Stellung zu der Frage des Maximal-Arbeitstages nicht eingenommen, nicht jetzt und noch nie.“ Zur „Fraktionsfrage“ könne die Frage freilich nicht gemacht werden. Grundsätzlich, so führte Dr. Hartmann aus, kann gegen den Maximal-Arbeitstag nur der Stellung nehmen, der es überhaupt befreite, daß die Gesetzgebung den erwachsenen männlichen Arbeiter „bevormunden“ dürfe. Dieser Einwand könne aber nicht wohl erhoben werden, da er durch die Legislative wiederholt schon thatsächlich widerlegt sei. Das ist durchaus zutreffend.

Indem Dr. Hartmann sodann die Bedenken gegen einen allgemeinen, niedrig gegriffenen Arbeitstag hervorhob, fuhr er fort: „Ja, einen zwölfstündigen Maximal-Arbeitstag in Wege des Gesetzes einzuführen — ich glaube, dagegen würde niemand ein Bedenken haben; der würde nicht viel schaden, aber auch nichts nützen.“

Bessere Erfolge versprach sich Dr. Hartmann von dem gestern so oft herangezogenen § 120a. Nach einem Zitat aus seiner Rede zu § 120a fährt das Hauptorgan der Konservativen dann folgendermaßen fort:

Man sieht, dem Minister v. Berlepsch kann thatsächlich nicht wohl widersprochen werden. Es liegt aber für uns kein Grund zur Annahme vor, daß die Deutsch-Konservativen in ihrer Mehrheit heut über den Maximal-Arbeitstag anders dächten, als bei 1891. Wir würden es bedauern, wenn es anders wäre.“

Und zum Schluß heißt es: „Thatsächlich hatte der Minister Frhr. v. Berlepsch recht, aber daraus ergibt sich nicht ohne weiteres der Schluß, daß die Konservativen ihre Vergangenheit verleugnet hätten.“

Bekanntlich ist Professor Kropatschek Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“. Er scheint persönlich nicht der Meinung zu sein, die in seinem Blatte vermußt wird. Er vermuthet wohl, daß die Konservativen ihre sozialpolitische Vergangenheit verleugnet haben, denn er hat heute auf die Vertretung der deutsch-konservativen Partei in der Reichskommission für Arbeiterstatistik verzichtet.

Herr Kropatschek trat in der Kommission z. B. für die Schwebestimmungen in Bäckereigewerbe ein und vertrat auch sonst den Standpunkt in den Arbeiterschutzzagen ernsthaft, den, wie sich jetzt zeigt, das Gros seiner Partei bloß gehandelt hat. Da Mantel und Konsortien die Heuchelei in Arbeiterfragen nicht mehr für notwendig erachten, mußte Kropatschek die Vertretung seiner Partei aufgeben. Verständige Arbeiter haben sich durch die konservative Heuchelei zwar nie täuschen lassen, gut ist es aber doch, daß auch in dieser Beziehung nun vollständig reine Bahn geschaffen ist. —

Zum Fall Behold. In der Donnerstags-Sitzung des Reichstags hat der antisemitische Abg. Vielhaben, der ein ebenso unwissender wie oberflächlicher Herr ist, unserem Genossen Behold, Bäckereimeister in Lobban bei Dresden, ein auszuweisen versucht, indem er ihn als eine Art Teufelskinder darstellte. Das ist eine ganz lächerliche Darstellung und wäre Bebel noch zum Wort gekommen, so hätte er Herrn Vielhaben gebührend heimgeschickt. Behold ist ein durchaus anständiger Arbeitgeber, wie sich das für einen Sozialdemokraten von selbst versteht; er zahlte anständigen Lohn und hat die kürzeste Arbeitszeit in seiner Bäckerei eingeführt. Behold muß eben büßen, daß er in den Vernehmungen vor der Kommission für Arbeiterstatistik auf die Seite der Arbeiter trat und den Herrn Bäckereimeistern unangenehme Wahrheiten sagte. Bekanntlich hat man darauf verbreitet, Behold sei Schulden halber durchgebrannt und habe eine Reihe seiner Genossen betrogen. Wie das eine bäckereimeisterliche Lüge war, so jene, zu deren Austrumpfen sich Herr Vielhaben machte. —

In dem Kampfe gegen die Zivilehe wird der „Reichsbote“ sogar von der „Kreuz-Zeitung“ im Stich gelassen. In dem leitenden konservativen Blatte tritt nämlich der Professor Cremer-Greifswald gegen die fakultative Zivilehe auf; die „Kreuz-Zeitung“ hat außerdem noch die ähnlichen Ausführungen der Leipziger „Luth. Kirchenzeitung“ und des „Evangel. Kirchlichen Anzeigers“ abgedruckt und sich auf deren Seite gestellt. —

Der Assessoren-Paragraf. Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Richterbefoldungsgesetz hat heute in zweiter Lesung den von den Konservativen und Freikonservativen beantragten Erfaß für den § 8, den Assessoren-Paragrafen, mit 11 gegen 10 Stimmen der antragstellenden Parteien abgelehnt.

Somit haben auch die Nationalliberalen sich noch nicht für die Aushebung der Assessoren gewinnen lassen. Was nicht ist, kann aber noch werden. —

Die Zerlegung unserer Rechtspflege durch das Duellwesen wird durch einen Vorgang treffend illustirt, über den die „Freisinnige Zeitung“ folgendes mittheilt: „Ein Gerichtsassessor halte in einer Strafsache von den drei Angeklagten gefaßt, sie hätten sich, indem sie über den Angeklagten dergelassen seien, nicht gentlemanlike benommen. Einer der Angeklagten war Reserve-Offizier; er forderte den Gerichtsassessor (ebenfalls Reserve-Offizier) auf Pistolen, dieser lehnte ab, weil er in seinem Amte gehandelt, ihm anvertraute Interessen gewahrt habe und darüber sich nicht zu schämen brauche. Der Ehrenrath des Offizierkorps ersuchte den Gerichtsassessor, die Forderung anzunehmen, und als dieser seinen prinzipiellen Standpunkt festhielt, wurde er vor das Ehrengericht gestellt, das ihn, weil er der Weisung des Ehrenraths nicht Folge geleistet habe, mit schlechtem Abschied entließ. Dieses Urtheil wurde bestätigt.“

Dieser Vorgang bestätigt die schlimmsten Urtheile, die in der Reichstags-Debatte über das Zweifeln und seine Wirkungen gefaßt worden.

Die nationalliberalen Anarchisten-Drucke vertheilen folgende Depesche:

Berlin, 22. April. (Privattelegramm.) Die Anarchisten beschließen in vergangener Nacht, den internationalen Arbeiterkongress in London zu beschicken. Als Delegierte wurden Redakteur Landauer und Schloffer Pawlowitsch gewählt. Im Falle der Nichtzulassung der Anarchisten werden diese einen eigenen internationalen Kongress abhalten.

Zittere Byzanzium! Vielleicht sagen uns die Herberghüter der „Anarchisten“, wie viele Duzend nationale und internationale Kongresse ihre liebenswürdigen Schlingel innerhalb dieses Jahres schon abgehalten haben?

Huppia-Tempeln. Der vom Bund der Landwirthe für die Reichstags-Erwahl in diesem Kreise aufgestellte Landtags-Abgeordnete Gutsbesitzer Lamprecht ist, wie das „Volk“ meldet, von seiner Kandidatur zurückgetreten. Der konservative Kandidat, Landrat v. Armin-Milmerdorf, ist nicht Mitglied des Bundes der Landwirthe.

Sonabriel, 24. April. Nach amtlicher Feststellung erhielten bei der Reichstagswahl im 4. Hannoverschen Wahlkreise am 20. d. M. von 27 484 abgegebenen Stimmen Hofbesitzer Wambhoff in Schleddehausen (natl.) 14 045, Freiherr v. Schele in Schelenburg (Welse, Hospitant des Zentrums) 13 439 Stimmen. Wambhoff ist somit gewählt.

Veraktionierung von Armenkindern. Eine Bekanntmachung der Gemeindevorwaltung von Mählingen vom 21. März 1898, die der „Volk-Zeitung“ eingesandt wurde, besagt:

Die Armenkinder der Wittwe Thormann (ein Knabe von 7, zwei Mädchen von 5 resp. 3 Jahren) sollen an den Kinderfürsorge unter den im Termin bekannt werdenden Bedingungen am Sonnabend, 28. d. Mts., mittags 1 Uhr, beim Gemeindevorsteher ausgethan werden.

Und das vollzieht sich öffentlich unter dem Blicke der Sonne im neuen Reiche der Gottesfurcht und guten Sitte und in aller Form Rechts! —

Schwerin i. M., 24. April. Ein von hier städtiger Kammersekretär und Hofrath hat dem Vernehmen nach Werthe im Betrage von 18 000 M. veruntreut.

Den Geburtstag des Königs von Sachsen nutzt die sächsische Ordnungspresse aus, um die sächsischen Staaten zur Nachahmung der sächsischen Wahlrechtsverfechtung anzuweisen. So schreibt das „Leipziger Tageblatt“: „Ob dieses Gesetz auch für andere Bundesstaaten, in denen die legislative Thätigkeit unter dem heimmenden Einflusse revolutionärer Elemente leidet, vorbildlich sein wird, läßt sich vorläufig noch nicht absehen. Aber ohne alle Wirkung wird wenigstens der bei dieser Gelegenheit aufs neue bewährte feste Zusammenschluß der überwiegenden Mehrzahl aller wirklichen Gegner der Umsturzrevolution in Sachsen nicht bleiben können. Und überall, wo die bürgerlichen Elemente zu einem entschlossenen und kräftigen Vorgehen gegen die Apostel der Diktatur des Proletariats sich einigen, wird man mit Dank auf das Vorbild Sachsens und seines Königs blicken.“

Ob die bürgerlichen Elemente gerade besondere Ursache zum Dank für das Vorbild Sachsens haben werden, das sollte die wackeren Leipziger Ordnungshüter doch lieber erst einmal abwarten.

München, 23. April. (Eig. Ber.) Nunmehr ist die Kandidatur des Demokraten Dr. Conrad für die Erziehung in Aufsach: Schwabach gesichert. Die Freisinnigen sind mit der Kandidatur einverstanden, ihre Bedenken sollen überhaupt nur „parteilichlicher Natur“ gewesen sein. Für die Konservativen kandidirt der Landtags-Abgeordnete Fr. Bock.

Das Ergebnis der dreitägigen Schlacht um das Vereins- und Versammlungsgesetz im Landtage war, wie bereits mitgetheilt wurde, die Verweisung sämtlicher Anträge in einen besonderen Ausschuß, in den auch Genosse Bollmar gewählt wurde. Der Ausschuß tagte gestern Nachmittag zum ersten Male. Zunächst verlas der Zentrums-Abgeordnete Fr. Bock eine Vertagung bis zur Verhandlung der betr. Materie im Reichstage herbeizuführen. Der Ausschuß gab dem nicht statt, sondern eröffnete die allgemeine Diskussion über die vorliegenden Anträge. Namens der Liberalen betonte Abg. v. Fischer die Revisionsbedürftigkeit des geltenden Gesetzes. Auch der Zentrumsabgeordnete Hof. Geiger schloß sich dem an, bestand jedoch auf der reaktionären Ansicht seiner Partei, daß den Frauen der Besuch öffentlicher Versammlungen verboten bleiben müsse. Der Minister v. Feilitzsch bemerkte dagegen, nun sei das Vereinsgesetz so lange gut genug gewesen, bis die Sozialdemokraten gegen dieses treffliche Gesetz opponirt hätten. In der weiteren Diskussion trat Gen. Bollmar energisch für volle Vereins- und Versammlungsfreiheit ein. Hof schloß sich seinen Ausführungen im Plenum Abg. v. Stauffenberg an. Schließlich kam ein Kompromiß zu stande, wonach vorläufig nur eine partielle Revision des Vereinsgesetzes vorgenommen werden sollte und zwar bezüglich folgender Punkte: 1. Authentische Definition des Begriffes „öffentliche Versammlung“ und „politische Versammlung“; 2. Ausgiebiger Schutz der Koalitionsfreiheit mit Bezug auf § 102 der Reichs-Gewerbe-Ordnung; 3. Verbesserung des Gesetzes dahin, daß die Affiliation der Vereine (das „Inverbindtreten“) gestattet werden solle; 4. bezüglich der Frage des Ausschusses der Frauen von den öffentlichen Versammlungen; 5. Vermeidung des vorläufigen Verbotes von Versammlungen. — Ueber diese fünf Punkte wird von einem von den Vorstehenden zu ernennenden Referenten ein Referat ausgearbeitet, nach dessen Fertigstellung die Beratungen wieder aufgenommen werden.

Nach zuverlässigen Meldungen der „Münchener Post“ ist in Passau unter den Mannschaften des 16. Infanterie-Regiments wieder der Typhus ausgebrochen. Bis jetzt sollen 15 bis 20 Mann erkrankt sein. Nachdem infolge der letzten diesbezüglichen Interpellation unserer Genossen im Landtage in der betreffenden Kaiserlichen Sanierungsarbeiten erfolgt sind, kann den Untergliederungen kaum mehr die Schuld an dem Wiederausbruch der Epidemie zugeschoben werden. Die Soldaten sehen nach der vorliegenden Meldung auch die Ursache in der Kost.

Zur Einführung der fakultativen Zivilehe nahm in seiner letzten Generalversammlung der württembergische evangelische Pfarrerverein Stellung und stimmten die zahlreich erschienenen Pfarrer beinahe einstimmig folgender Resolution zu: „Nachdem die bürgerliche Eheschließung trotz anfänglicher Schwierigkeiten sich in unserem Volke eingelebt hat, ohne daß die evangelische Kirche dadurch Schaden genommen hätte, spricht sich der evangelische Pfarrerverein von Württemberg dahin aus, daß er sowohl im Hinblick auf die wirkliche Bedeutung der bürgerlichen Eheschließung, als auch besonders in richtiger Würdigung der kirchlichen Trauung die Bestimmungen, die fakultative Zivilehe einzuführen, für verfehlt hält.“

Das württembergische evangelische Konsistorium kann sich über die Angelegenheit Stendel noch nicht beruhigen. Dem Gymnasialvikar Hertlein am Karls-Gymnasium in Stuttgart, der bekanntlich dem Prälaten v. Wittich in den Zeitungen nahe getreten ist und dessen schwaches Gedächtniß etwas nachgeholfen hat, ist seine Stelle am 20. Juli gekündigt worden und darf man auf den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit gespannt sein. Unduldsam die Kirche heute wie ehedem.

Karlsruhe, 23. April. (Eig. Bericht.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl der 2. Wählerklasse siegte die National-liberalen mit ca. 800 Stimmen über die ultramontan-freisinnige Koalition, die es auf kaum 350 Stimmen brachte. Damit wird ein Kompromiß dieser „feindlichen“ Brüder gegenüber der Sozialdemokratie für die 3. Wählerklasse in drei Jahren so viel wie sicher sein.

Offenburg i. B., 24. April. Der frühere Sparkassen-Rechner Bau wurde vom hiesigen Schwurgericht wegen Unterschlagung von nahezu 540 000 M. und Urkundenfälschung zu 8 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Vor dem Schwurgericht hatte sich hier der Redakteur Köthers von der „Offenburger Zeitung“, eines Zentrumsorgans, wegen Verächtlichmachung von Staatsanstellungen zu verantworten, weil er in seinem Blatte die Zivilehe, wie sie im bürgerlichen Gesetzbuch festgesetzt werden soll, als ein „legales Konkubinat“ bezeichnete. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen, so daß der Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Straßburg i. E., 23. April. Der Landesausschuß nahm in seiner heutigen Sitzung folgende Resolution an: Der Landesausschuß richtet an die Regierung das Ersuchen, dahin zu wirken, daß das Reichsgesetz betreffend den Unterstühungs-Wohnsitz vom 6. Juni 1870 in Elsas-Lothringen nicht eingeführt werde. Der Landesausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß den in Elsas-Lothringen hilfsbedürftig gewordenen Staatsangehörigen der Bundesstaaten unter dem Vorbehalte der Gegenseitigkeit eine angemessene Unterstützung gewährt werde und zu diesem Zwecke ein entsprechender Kredit in den Landeshaushalts-Etat eingestellt werde. Ferner brachten mehrere Abgeordnete Klagen darüber vor, daß die Reichs-Eisenbahn-Verwaltung vollständige Abneigung bekunde, die kleinen Nebenbahnen auszubauen, welche für die Bewohner der betreffenden Gegenden von großer Wichtigkeit seien. Staatssekretär v. Buttler gab die Berechtigung dieser Klagen zu und legt den Reichstags-Abgeordneten nahe, in Berlin die berechtigten Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

Österreich. Wien, 23. April. Dem „Neuen Wiener Tageblatt“ zufolge wurde die Einberufung der Delegationen auf den 30. Mai festgesetzt.

Die Delegationen, je eine für Österreich und Ungarn, werden von dem Abgeordnetenhaus und Herrenhaus jeder Reichshälfte zur Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten Österreichs und Ungarns (See-, Marine, auswärtige Politik, Verwaltung Bosniens in der Herzegowina, gemeinsame Finanzen) gewählt.

Ungarn. Budapest, 24. April. Das Abgeordnetenhaus nahm heute den Antrag des Immunitäts-Ausschusses an, in welchem erklärt wird, daß in dem Erlaß des Innenministers an die Gendarmen, welcher den Offizieren das Erscheinen auf der Gallerie des Abgeordnetenhauses während der Verhandlungen über das Konventionbudget untersagte, keine Verletzung der Immunität der Abgeordneten gelegen habe.

Budapest, 24. April. Nachdem der Bruder des Dr. Pulezky der Regierung 56 000 Gulden als jene Summe, um welche Pulezky den Staat betrogen, ausgedrückt hat, wird Pulezky dieser Tage aus der Haft entlassen werden.

Gewöhnliche Diebe, die keine hohen Staatsämter bekleiden und keine Parlamentarier zu Geschwistern haben, kommen auch in Ungarn nicht so billig fort.

Schweiz. Zürich, 22. April. (Eig. Bericht.) Sie haben bereits Notiz genommen von der srenlichen Meuterei der Kavallerie-Obersten gegen den vom Bundesrath zum Waffenschied der Kavallerie ernannten Obersten Markwalder, die geradezu ein würdiges Seitenstück der in Spanien nicht mehr ungewöhnlichen Pronunciamentos ist. Die Meuterei ist wohl direkt oder indirekt von dem, wie er nun beweisen, absolut disziplinlosen Oberst Wille veranlaßt worden und sie bestand darin, daß die Herren Obersten und Majore am 9. d. in Olten eine Zusammenkunft — man könnte auch von einem „Oberstentag“ reden — abhielten und ein von einem dritten (Wille?) abgefaßtes Schreiben akzeptirten, das für das eidgenössische Militärdepartement bestimmt war und eine Anflehnung gegen den neuen Waffenschied wie dadurch auch gegen den Bundesrath betonte. Das Schriftstück wurde auch dem Militärdepartement und von diesem dem Gesamt-Bundesrath vorgelegt, der darauf die einzig richtige Antwort gab, indem er die zwei unterzeichneten Brigaden-Kommandanten Jahn und Gugelmann zu je 15 und 8 weitere Regiments-Kommandanten zu je 10 Tagen Arreststrafe verurtheilte.

Frankreich. Paris, 22. April. (Eig. Ber.) Tasselle Ministerium, welches zweimal erklärt hatte, daß die Vertrauensbedingungen der Deputirtenkammer es ihm „zur Pflicht“ machten, vor einem Mißtrauensvotum des Senats nicht zurückzutreten, hat nun doch vor den Vertretern des beschränkten und indirekten Wahlrechts kapitulirt. In radikalen und sozialistischen Kreisen betrachtet man die Demission des Kabinetts als eine Hohnthat, als einen Verrath an allgemeinen Wahlrecht. Es gab in der That zahlreiche durch-aus geschickte Auskunstmittel, trotz der Verweigerung bzw. Nichtvornahme der Madagaskar-Kredite durch den Senat, die nöthigen Ausgaben bis zum Ablauf der Ferien zu decken. Der Senat hat zwar, kraft der von einer monarchistischen Nationalversammlung fabricirten Verfassung, das Recht der Kreditverweigerung. Dagegen steht ihm das Recht nicht zu, ein Kabinet zur Demission zu zwingen, welches in der Kammer eine Mehrheit besitzt. Der von den Verfassungsdeutern des Senats angerathene Art. 6, der von der Verantwortlichkeit des Ministeriums vor den beiden Kammern spricht, wurde bisher allgemein von aktiven Politikern wie von berufenen Rechtslehrern dahin interpretirt, daß der Senat nicht berechtigt sei, der Kammer seinen Willen aufzuerlegen. Der Senat erhebt aber gerade diesen Anspruch, indem er die von der Kammer votirten Kredite einem anderen Ministerium unverändert bewilligen zu wollen erklärt und die Vertagung seines Vorurtheils über dieselben ausdrücklich damit motivirt, daß das gegenwärtige Kabinet durch die Nichtbeachtung seiner Mißtrauensbedingungen die „Verfassung verletzt“ habe. Unter diesen Umständen bedeutet die Demission des Kabinetts die Anerkennung der amiltonstitutionellen Annahme des Senats.

Die demokratische Minorität des Senats votirte denn auch wiederum eine Protestresolution, worin das Vorgehen des Senats als verfassungswidrig erklärt und dem Kabinet „energischer denn je das Vertrauen und die Sympathie“ der demokratischen Unten ausgedrückt wird. Ebenso forderten während der Abhaltung des außerordentlichen Kabinettsrathes eine Abordnung radikaler Deputirter und der Vorstand des radikalen „Allionskomitees“ das Ministerium auf, vor dem Senatsvotum nicht zu weichen. Jedoch vergebens: Bourgeois hat sich der Situation nicht gewöhnen gezeigt. Er zog es vor, sein Reformprogramm und seine Partei zu opfern, als zur einzig möglichen Lösung, zur Verfassungsrevision die Initiative zu ergreifen.

Damit hat der kurzatmige Reformist das Uebergewicht des reaktionären Senats in der Republik sanktionirt. Von nun an kann, so lange die Verfassung von 1875 zu recht besteht, kein

*) Vorstehende Korrespondenz ist zwar zum Theil durch die Ereignisse überholt, bietet aber werthvolles Material zum Verständniß der verwickelten Lage in Frankreich.

Ministerium gegen den Willen des Senats, d. h. der Groß-bourgeois regieren. Um so schlimmer für die groß-bürgerliche Reaktion und die bürgerliche Reformpartei!

Die Früchte des momentanen siegreichen Widerstandes des Senats und der Kapitulation des Reform-Ministeriums wird auf die Dauer die sozialistische Partei ernten. Wenn die französische Bourgeoisie nicht einmal die schädlichsten Reformen des Kabinetts Bourgeois zu ertragen vermag und wenn andererseits die bürgerlichen Reformen nicht Mäßigkeit genug besitzen, um der großbürgerlichen Opposition stand zu halten, so beweist das unabweislich, daß sämtliche Fraktionen des französischen Bürgerthums politisch abgewirtschaftet haben. Um so sicherer und schneller muß die Führung der nach Reformen verlangenden Volksmasse ausschließlich der Partei des Proletariats zufallen.

Was schließlich der Beschluß des Kabinetts bedeutet, die Demission nicht anzunehmen, bevor die Kammer, deren Einberufung Bourgeois bei dem Kammerpräsidenten Brisson, nebenbei gesagt, nicht ohne Mühe erwirkt hatte, von der Frontänderung Kenntnis genommen hat, daß wird erst die morgige Kammer-sitzung zeigen. Die offizielle Pressemittheilung schweigt sich über die Motive dieses Beschlusses aus. Es ist indes wohl kaum zu erwarten, daß die seit ihrem Bestehen haltlose, hin und her schwankende Kammer mehr Festigkeit zeigen wird als das Ministerium.

England. London, 24. April. Im Unterhause erklärt Curzon, die Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, betreffend Venezuela, dauern fort, es sei nicht rathsam, jetzt Erklärungen darüber abzugeben. Die Gerächte von einem angeblichen Vertrage zwischen Rußland und China seien von den Zeitungen veröffentlicht und erörtert worden; die Regierung besitze keine zuverlässigen Nachrichten darüber.

Bei der Berathung der Budget-Resolutionen erklärt der Anwalt der Schatzkammer Dick-Beach, er begünstige nicht den Ankauf von Konfols zum Kurse von 114 für die Schuldentilgung. Er habe Beschlüsse erlassen, welche bewirken sollen, daß die Regierung auf dem Markte nicht als Konkurrent für Konfols aufträte. Für das kommende Jahr seien keine großen Ausgaben für Egypten oder Südafrika veranschlagt, weil es nicht wahrscheinlich sei, daß England dort große Kosten aufzulegen würde. Die Kosten der Operationen in Südafrika würden von der Chartered Company getragen; er wisse auch nichts von großen militärischen Vorbereitungen für Operationen im Sudan; die ägyptische Regierung habe die Expedition nach dem Sudan mit eigenen Streitkräften und auf eigene Kosten unternommen. Schließlich nahm das Unterhaus die Budget-Resolutionen an.

Die Admiralität ordnete den Bau von 20 neuen Torpedoboots-Zerstörern an.

Rußland. Petersburg, 24. April. Wie verlautet, wird demnächst ein Ulaß ergehen, welcher die weitere Ansiedelung von Ausländern in den westlichen Gouvernements, sowie den Zuzug deutscher Arbeiter nach den dortigen Fabriken verbietet.

St. Petersburg, 9. 12. April. (Eig. Bericht.) Wir theilen Ihnen den finanziellen Rechenschaftsbericht des Vereines für den Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klasse in St. Petersburg für den Zeitraum vom 1. 12. Dezember 1895 bis 1. 12. April 1896 mit.

In diesem Zeitraume standen zur Verfügung des Vereines 3250 Rubel 75 Kop., wovon 497 Rubel auf die Beiträge zum Streikfonds, 2478 Rubel 15 Kop. auf Zuwendungen und 280 Rubel 60 Kop. auf Sammlungen verschiedener Art entfielen.

Die Ausgaben vertheilten sich folgendermaßen: für Unterstützungen bei Streiks 450 Rubel, für anderweitige Unterstützungen (Ausgewiesene, Eingesperrte etc.) 817 Rubel 80 Kop., für die Parteiliteratur 339 Rubel 40 Kop., für Organisationszwecke, Votale etc. 194 Rubel, für die Niederlegung eines Kranzes zu Ehren der Pariser Kommunisten 100 Rubel. Aus dem Ueber-schusse der Einnahmen über die Ausgaben 1889 Rubel 55 Kop., sind 800 Rubel dem Streikfonds zugewendet worden. Derselbe betrug also am 1. 12. April d. J. 847 Rubel. Abgesehen von diesem Betrage hat die Partei im Augenblick zu ihrer Verfügung die Summe von 1042 Rubel 55 Kop.

Türkei. — Aretensische. Nach in Paris vorliegenden Meldungen aus Athen hat bei Episkopi auf Areta zwischen Christen und Türken ein Kampf stattgefunden, welcher zwei Tage dauerte. Etwa fünfzig Personen seien getödtet oder verwundet worden. Die Aretenser hätten Griechenland um Hilfe angerufen.

Amerika. — Duellwesen in Mexiko. Ein Blatt in Panama vom 26. März lobt, wie wir der „Köln. Volkszeitung“ entnehmen, die große Strenge, mit welcher die Gerichte von Mexiko gegen das Duell vorgehen. Kürzlich wurde ein siegreicher Duellant als Mörder bezeichnet und zu drei Jahren Gefängnis verurtheilt. Außerdem muß er der Wittve für die nächsten 18 Jahre eine jährliche Rente von 5000 Pesos zahlen. Präsident Porfirio Diaz „begnadigt“ die Leute, welche auf dem Felde der Ehre gegenseitig sich ermorden und verwunden, nicht, und ist so die Anzahl der Duelle in Mexiko sehr gering geworden. In der Deputirtenkammer wird demnächst ein Gesetzentwurf eingebracht werden, wonach die Tuelle in Mexiko nach dem Vorbilde der englischen Geseze behandelt und bestraft werden sollen.

Afrika. — Negeraufstände im kongostatischen Aru-wimi-Gebiet wurden sehtin privatim nach Europa gemeldet. Wie wir einem Telegramm aus Brüssel entnehmen, befreit die Kongoverwaltung die Neger von der Behauptung, daß das Aru-wimi-Gebiet sich im Aufrebe befinde, gesteht jedoch zu, daß daselbst Aufstände stattgefunden haben, bei welchen mehrere Offiziere umgekommen sind. In diesem eigenartigen Elemente erblickte man in Brüssel wohl mit Recht die volle Bestätigung der pessimistischen Privatmeldungen und zwar um so mehr, als über die Zahl der ums Leben gekommenen Soldaten nichts mitgetheilt ist.

Vom Matabili-Aufstand wird aus Buluwayo 22. d. M. gemeldet: Eine Abtheilung von 300 Mann verließ heute Vormittag Buluwayo und griff die Matabili 4 Meilen nördlich von Buluwayo in der Nähe des Flusses Umguza an. Es entspann sich ein heftiges Gefecht; die englische Streitmacht wurde einige Mal hart bedrängt, befiel aber, nachdem sie einen heftigen Planken-Angriff abgefangen hatte, die Oberhand und trieb den Feind zurück, als Befehl gegeben wurde, nach Buluwayo zurückzuziehen.

Partei-Nachrichten. Das Hotel- und Empfangskomitee für den internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress erucht uns, und durch uns alle Arbeiterorgane deutscher und slawischer Zunge, um die Bekanntheit des nachstehenden Kundschreibens: In Beantwortung der vielen, an das Organisationskomitee des Kongresses gerichteten Anfragen über die Höhe der Unterhaltungskosten für die Delegirten zum Kongress, kann das Hotel- und Empfangskomitee feststellen, daß nach seinen Ermittelungen die Kosten sich ungefähr so stellen werden: Zimmer (bzw. Bett) und einfaches, aus Thee oder Kaffee mit Brot, Butter und Ei bestehendes Frühstück: 3 bis 4 Schillinge pro Tag.

Zimmer (bezw. Bett) und Kräftiges, durch Fleisch oder Fisch verstärktes Frühstück: 3/4 bis 5 Schillinge pro Tag. Für zweites Frühstück („Lunch“) und Hauptmahlzeit („Dinner“) befinden sich in der nächsten Umgebung des Kongresses eine ganze Anzahl von Restaurants, wo deutsch, französisch und italienisch gesprochen wird, und wo diese beiden Mahlzeiten für zusammen etwa 2 Schilling 6 Pence eingenommen werden können. Dies ist aber begreiflicherweise nur eine allgemeine Schätzung; im Einzelfall können sich die Kosten etwas niedriger und auch höher stellen. Ein Verzeichnis von geeigneten Hotels, Logirhäusern und Restaurationen wird zur gegebenen Zeit ausgestellt und den Delegierten eingehändigt werden.

Alle Organisationen, die den Kongress zu beschicken gedenken, werden dringend ersucht, so zeitig wie ihnen nur irgend möglich, uns Mitteilung über die Zahl der Delegierten zugehen zu lassen, für welche Unterkunft beschafft werden soll. Briefe zc. sind zu richten an:

Sec. Hotel Committee Int. Congress
El. M. Aveling
19 Buckingham Street, Strand
London W. C.

Auf der Parteikonferenz für Schleswig-Holstein, Lauenburg, Hamburg und das Fürstentum Lübeck, die am Sonntag in Neumünster tagte, wurde zum Delegierten für den internationalen Arbeiterkongress in London Legien, zu dessen Stellvertreter Mollenhuth und für den Fall, daß beide verhindert sind, v. Elm gewählt. Da der Provinzial-Parteitag künftig nur alle zwei Jahre abgehalten wird, erhielt die Agitationskommission bereits jetzt den Auftrag, die Herausgabe eines Kalenders auf das Jahr 1898 zur geeigneten Zeit einzuleiten; weiter hat sie in Gemeinschaft mit den Hamburger Genossen folgenden Antrag zu erwägen: Diejenigen Kreise, welche selbständig organisiert sind, haben die Referentenfrage selbst zu regeln. Diejenigen Kreise, welche in der Organisationsfrage vom Agitationskomitee geleitet werden, haben sich bei Bestellung von Referenten an das Agitationskomitee in Neumünster zu wenden. Handelt es sich um Referenten, die fortwährend in der ganzen Provinz zu referieren beabsichtigen, so haben sich die Vororte der einzelnen Kreise mit dem Agitationskomitee in Neumünster ins Einvernehmen zu setzen. Zum Schluss wurde einstimmig ein Antrag der weiblichen Vertrauenspersonen L. Peck, L. Baumann-Altona und G. Bode-Riel beschlossen, daß in allen Orten, wo es möglich ist, die Frauen eine weibliche Vertrauensperson wählen, damit das weibliche Geschlecht aus seiner Gleichgültigkeit aufgeweckt wird.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: Dr. Müdt erklärt im „Offenburger Volksfreund“ eine „Berichtigung“, worin er bestritten, den beiden nationalliberalen Redakteuren der „Bad. Landeszeitung“, Flach und Cloß, das Material gegen den Genossen Dreesbach zum Zwecke der Denunziation gegeben zu haben. Auch sei nicht er es gewesen, der Dreesbach wegen der Dämonengeschichte denunziert habe. Zugleich aber wiederholt derselbe Dr. Müdt in seiner „Berichtigung“ diese Denunziation, indem er schreibt, Dreesbach habe damals auf Kosten des badischen Staates eine Versammlung in Freiburg abgehalten. Müdt dementiert also, trotzdem die beiden Redakteure vor Gericht bezeugten, daß sie von Müdt ihr Material bekommen haben, und trotzdem der Brief, worin die Denunziation enthalten ist, von der Staatsanwaltschaft bei Cloß beschlagnahmt wurde. Müdt hat damit nur noch deutlicher bewiesen, wem Geistes Kind er ist. Die badischen Genossen können froh sein, daß der deutsche Parteitag tabula rasa mit dem Herrn machte.

In Brinn saßen bei der Wahl von 96 Delegierten zur Bezirkskrankenkasse 90 Kandidaten der Sozialdemokratie. Sie erhielten von 3409 abgegebenen Stimmen 2886. Die Gegner brachten nur 6 Delegierte durch.

In Bologna wurde am 12. April ein Kongress der italienischen Sozialisten abgehalten, an dem sich die Abgeordneten Agnini, Ferri, Perenni, Prampolini, Badaloni, De Marinis, Casili, Saffi, Costa und Delegierte von Toscana, Umbria, den Marken, Piemont, Liguria, der Lombardei, Emilia, Latium, Venetien und der Romagna beteiligten. Als Vertreter des Zentral-Exekutivkomitees waren Dell'Avalle, Bertini und Nonbani erschienen. Die Verathung dauerte über sieben Stunden. Man beschloß, ein täglich erscheinendes Blatt zu gründen, das als Organ der Partei und der Parteifundgebungen gelten soll. Am 1. Mai wird die Partei eine Festnummer erscheinen lassen mit einem an die arbeitende Bevölkerung gerichteten Manifest. Ferner wurde über die Organisation der Partei verhandelt. Der nächste Nationalkongress soll in Florenz stattfinden.

Vollzetteltes, Gerichtliches zc.

— Aus der Haft entlassen sind in Altona gegen 3000 M. Ration die Mitglieder der Boykottkommission, J. Heine, Geery und Stahbert.

— Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs Kauffmann vom „Volksblatt für Hamburg“, der wegen Verächtlichmachung einer Staatsanwaltschaft (des deutschen Heeres) vom Landgericht in Stade zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist; desgleichen die Revision des Redakteurs Wiehle von der „Thüringer Tribüne“, dem das Erfurter Landgericht wegen einer Notiz über den dortigen Feilenhauer-Streit eine Geldstrafe auferlegt hat.

— Wegen Beleidigung des Superintendenten Zander in Ludenwalde waren der Redakteur der „Brandenburger Zeitung“, Wolfgang, und Genosse Muckrasch aus Ludenwalde vom Schöffengericht zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ihre Berufung wurde vom Landgericht Potsdam verworfen.

— Wegen Beleidigung des Fürsten Pleß wurde der Redakteur der Breslauer „Volkswacht“, Genosse Neulrich, vom dortigen Landgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Das Vergehen soll in einem Artikel begangen sein, worin die Frauenarbeit auf den Pleß'schen Gruben behandelt ist.

— Wegen Beleidigung des Gemeinderaths und des Bürgermeisters in Neustadt a. O. wurde Genosse Biertelarz, Redakteur der „Thüringer Tribüne“, vom Erfurter Landgericht zu 2 Monaten Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Er hatte eine Zuschrift aus Neustadt a. O. veröffentlicht, worin die Erhöhung des Bürgermeister-Gehaltes durch den Gemeinderath kritisiert war.

— Redakteur Zielowsky von der „Pfälzischen Post“ wurde wegen Beleidigung der Direktionsräthe der pfälzischen Eisenbahnen vom Schöffengericht in Ludwigshafen zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Soziale Uebersicht.

Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts vernahm gestern 17 Hausarbeiter und Zwischenmeister der Herren- und Knabenkonfektion. Ein 61jähriger Arbeiter, der 30 Jahre bei der Firma Rosenbaum beschäftigt ist, arbeitet Jaquett im Preise von 2,50 bis 3 M., Wäde von 3,50 bis 4,50 M., Fracks von 5 bis 8 M. Mit Hilfe der Frau erreicht dieser Arbeiter bei täglich 13stündiger Arbeitszeit einen durchschnittlichen Netto-Wochenverdienst von ca. 10 M. Ein anderer Arbeiter, der die gleichen Sachen anfertigt, arbeitet mit seiner Frau öfter von morgens 5 Uhr bis abends 10 und 11 Uhr. Bei dieser Arbeitszeit verdienen beide zusammen nur 12 bis 14 M. wöchentlich. Die

Frau des Mannes, der wegen Krankheit nicht erscheinen konnte, giebt eine eingehende Schilderung der Arbeits- und Lebensweise der Familie. Die Kinder im Alter von 5, 8 und 1 Jahr sind sich größtentheils selbst überlassen, weil die Mutter von früh morgens bis spät abends für die Beschaffung der dürrigsten Existenzmittel mitarbeiten muß. Der Mann bekommt öfter Krampfanfälle, die ihm das Arbeiten zeitweise unmöglich machen. Die Frau ist der Ansicht, daß die Ursache des Leidens die übermäßige Anstrengung ist. Das günstige Verhältnis wird bei einem Zwischenmeister der Rockbranche festgestellt, der mit Frau, Schwiegermutter und 2 Gefellen arbeitet und einen wöchentlichen Nettoverdienst von 36 M. erreicht. Ein 51jähriges Kind muß zeitweise mithelfen. Darüber befragt, ob er das der Gesundheit des Kindes förderlich hält, meinte der Schlafkopf von Zwischenmeister, er habe schon von 7 Jahren an Röhre hüten müssen. Von der Firma Hugo Hermann u. Co. sind eine Anzahl Arbeiter vorgeladen, denen ebenfalls sämtlich die alten Arbeitsbücher abgenommen worden sind. Ein Theil der Arbeiter hat die vereinbarten 12 1/2 pCt. Lohnzuschlag nicht erhalten. Der anwesende Konfektionär Prenzlauer, dessen Firma die 12 1/2 pCt. korrekt zahlt, weist die Betreffenden darauf hin, die Lohnzuschläge vor dem Gewerbegericht einzuklagen.

Ueber die Konfektionsfirma M. B. Rosenthal in Berlin bringt die „Post-Zeitung“ eine Notiz, wonach die in der letzten öffentlichen Versammlung der Schneider und Schneiderinnen erhobene Anschuldigung der Lohnrückerei unbegründet sein soll. Die Arbeiter der Firma Rosenthal sollen die schriftliche Erklärung abgegeben haben, daß die Firma Rosenthal seit dem Ausstände der Konfektionsarbeiter die erhöhten Löhne voll gezahlt hat. Diese Mitteilung ist falsch. Daß sie falsch ist, ist bereits vor dem Gewerbegericht konstatiert und wird bei einer Anzahl noch schwebender Prozesse weiter bewiesen werden. Die Stellung der Arbeiter dieser Firma gegenüber hat sich seit der letzten Versammlung nicht verändert.

Dem Arbeiter-Sängerbund von Hamburg, Altona, Wandersbeck und Umgebung gehören nach einer neueren Statistik 96 Liedertafeln und Gesangsvereine mit 4217 Mitgliedern an; davon sind 1770 Sänger.

Gewerkchaftliches.

Zur Tabakarbeiter-Bewegung Berlins. Unter dem im Anzeigenteil genannten Zigarettenfabrikanten, die ihren Arbeitern den Lohn nicht bewilligt haben, und deren Arbeiter insoweit dem Streik treu sind, wurde irrtümlich der Fabrikant J. Thiele, Prinzen-Allee 29, mit aufgeführt. Dieser hat, wie hiermit berichtigt wird, seinen Arbeitern den geforderten Lohn bewilligt.

Die Berliner Mechaniker und Berufsgenossen beschlossen am Donnerstag Abend in einer sehr gut besuchten Versammlung, am Montag in allen Werkstätten, wo die Majorität der Arbeiter für die aufgestellten Forderungen eintritt, die Arbeit niederzulegen. Im wesentlichen handelt es sich um die neunstündige Arbeitszeit, um einen Minimallohn von 24 M., 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden und 50 pCt. für Sonntagsarbeit. Für die Hilfsarbeiter über 18 Jahre wird ein Lohn von 21 M., und für die Arbeiterinnen ein Lohn von 12 M. verlangt.

Achtung, Metallarbeiter! Der Ausstand der Klemperer der Firma Moosdorf u. Hochhäuser in Berlin, Kommandantenstr. 60 und Alexandrinenstr. 25, dauert fort. Die Angelegenheit über die Angelegenheit gemacht wurden, sind unzutreffend. Näheres in nächster Nummer des „Vorwärts“. Der Vorstand des Berliner Metallarbeiterverbandes.

Aus Kottbus wird uns mitgeteilt, daß am Mittwoch das ganze Komitee der Textilarbeiter kommissarisch vernommen worden ist, und zwar auf Requisition der Schweidnitzer Staatsanwaltschaft, die großen Anlauf darin erndet hat, daß im „Proletariat“ aus dem „Gulengebirge“ zum Fernhalten des Zugzugs nach Kottbus aufgefordert worden ist.

Weiter wird uns mitgeteilt, daß einem Mitgliede des Textilarbeiter-Komitees ein Strafmandat über 60 M. (sechzig Mark!) oder 20 Tage Haft zugegangen war, weil eine Besprechung des Komitees nicht als Versammlung angemeldet worden ist. Es wurde gerichtliche Entscheidung beantragt. Das betreffende Komiteemitglied mußte leider eine dringende Reise unternehmen, weshalb es der Verhandlung nicht zu dem bestimmten Termin beizumehren konnte. Das Strafmandat wurde daher bestätigt, obwohl um Verabredung der Verhandlung auf eine Woche nachgeschoben worden war. Ob die Fabrikanten ihre Zusammenkünfte ebenfalls sämtlich angemeldet haben? —

Die „Volks-Zeitung“ erzählt aus Kottbus: Infolge des Ausstandes ist in allen Fabriken die 14 tägige Kündigung befristet worden. Mehrere Fabrikanten haben bereits eine Aufbesserung der Löhne einzelner Arbeitsbranchen vorgenommen, so der Vorstände der Fabrikanten-Vereinigung S. Samion. Auch hat man einige der sich gemahrgelagerten Arbeiter am Nachmittag wieder in demselben Betriebe zur Arbeit holen lassen. Eine große Anzahl Arbeiter kann vorläufig aber keine Arbeit erhalten, da Vorarbeiten zur Weberei genügend vorhanden, Waare zum Fertigmachen aber noch nicht da ist.

Die Zahl der streikenden Schuhmacher der Firma Oppenheim u. Meyer in Bernau beträgt jetzt gegen Hundert. Sie verlangen Lohnhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden. In der Schäftefabrik von Loges u. Bernicke ist ebenfalls ein Ausstand ausgebrochen. Zugug ist fernzuhalten.

Die Töpfer in Halle a. S. sind bei denjenigen Firmen, die den Lohnstaris nicht anerkennen, in den Streik getreten. Zugug ist fernzuhalten.

In Magdeburg haben auf dem Bau des Herrn Modest in der Leipzigerstraße sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil drei organisierte Maurer entlassen worden sind. Herr Modest erklärte: Er habe nur nötig, eine Karte zu schreiben und Erlass stünde ihm sofort zur Verfügung. Darin wird er sich, aller Vermuthung nach, gründlich täuschen.

Die Tischler Leipzigs haben ihre Forderungen bei 109 Firmen mit über 1000 Arbeitern durchgesetzt. Auch in der Wend'schen Fabrik ist bewilligt. Die Zahl der Streikenden ist gering, da nur wenige — und zwar keine großen — Firmen sich noch gegen die Forderungen sträuben. Vom 1. Mai ab sollen die Abmachungen in allen Werkstätten in die Arbeitsordnung aufgenommen sein, anderenfalls weitere Schritte gethan werden.

In Grimmitzsch a. S. streiken seit Montag 200 Bauarbeiter. Sie fordern 33 Pf. Stundenlohn und 50 pCt. Zuschlag für Ueberstunden.

In Nürnberg stehen die Brauer in einer Lohnbewegung erster Art, da ihre Forderungen abgelehnt worden sind.

Ueber eine merkwürdige Mobilmachung berichtet die „Frankische Tagespost“ in einem Rückblick auf die nun beendigten Arbeiterausstände in Fürth: „Die militärischen Vorkehrungen, die in den letzten Tagen getroffen wurden, bilden den Gegenstand lebhafter Erörterung in allen Kreisen der Bevölkerung. Vergangenen Mittwoch hatte von abends 6 Uhr ab die ganze Garnison Marschbereitschaft. Die Pferde der Artillerie und Kavallerie waren gefesselt, die Mannschaft zum Aufsitzen bereit. Vier Munitionswagen der Artillerie waren aufgezogen, um scharfe Munition zu lassen. Die Soldaten waren aufs höchste erkrankt auf dieser Anordnung. Das Unbegreifliche ist, daß man bei diesen umfassenden militärischen Vorbereitungen noch die ganze Gendarmerie von ganz Mittelranken hier konzentrierte; bis Donnerstag Abend waren 40 Gendarmen hier zusammengezogen. Diefelben sind nun wieder abgerückt, die Aufregung hat sich gelegt. Auf die Beendigung des Holzarbeiter-Ausstandes haben die

militärischen Anordnungen zweifellos eingewirkt. Die Ausgesperrten wollten die Verantwortung möglicher Reibereien der aufgeregten Arbeiter mit den Gendarmen begreiflicher Weise nicht tragen. So hat der Kartell-Magistrat mit seinen in geheimen Sitzungen gefaßten Beschlüssen den Holzindustriellen einen wesentlichen Dienst geleistet. Sapientia sat!“

Da hätte ja nicht viel gefehlt, und an den Fürther Holzarbeitern wäre die Kriegslässigkeit bayerischer Truppen in der nämlichen furchigen Weise erprobt worden, wie an den Fuchsmühlener Holzrechtern. So wird dem ländlichen und dem städtischen Proletariat die Gemeinamkeit der Interessen eingepflanzt.

Die Gewerkschaftskommission Augsburgs hält jede Woche zweimal abends von 8—9 Uhr Sprechstunden ab, wo in allen die Arbeiter betreffenden Angelegenheiten, wie Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, gewerbliche Fragen zc. unentgeltlich Rath und Auskunft erteilt wird.

Die Schaffler (Wittcher) Münchens haben gestern fast sämtlich die Arbeit niedergelegt. Dieser Beschluß wurde in einer Versammlung am Donnerstag mit 409 gegen 24 Stimmen gefaßt.

Der Ausstand der Maler Stuttgarts ist zu gunsten derselben beendet. Nach zweitägigem Streik sahen sich die Meister veranlaßt, alle Forderungen der Gehilfen (9stündige Arbeitszeit, 38 Pf. Minimal-Stundenlohn, wöchentliche Lohnzahlung zc.) zu bewilligen. Bemerkenswerth ist, daß vor der Einigkeit der Gehilfen die Einigkeit der Prinzipale so schnell in die Brüche ging. Die vorher so einigen Prinzipale werfen jetzt einander Verrath vor und in einer großen Annonce in der Tagespresse giebt die Zimmermalerei-Genossenschaft folgende Erklärung ab: „Durch das Vorgehen der Firmen-Kammerer, Hofmann und Koch (3 größere Firmen), welche gegen den von der Genossenschaft gefaßten und auch von ihnen unterzeichneten Beschluß die Forderungen der Gehilfen bewilligten, waren die übrigen Mitglieder genötigt, diese Forderungen ebenfalls zu bewilligen, um etwa verheißenen Absichten obiger Firmen entgegenzutreten.“

Die Aussperrung der Stuttgarter Bauhandwerker seitens der Unternehmer hat in allen Kreisen der Bevölkerung Stuttgarts große Erbitterung hervorgerufen. Gegen 3000 Arbeiter sind durch den Rathwillen der Bauherren auf das Pflaster geworfen worden. Wie schon berichtet, haben die Unternehmer den Schiedspruch des Einigungsamts abgelehnt, trotzdem sie in den Zeitungen vorher behaupteten, daß die Zimmerer besser gestellt seien, als in dem Urtheilspruch verlangt wird. Die Bauarbeiter lassen sich aber durch diese Aussperrung nicht abschrecken, sondern treten jetzt erst recht für ihr Recht ein, die Maurer haben, wie bereits gemeldet, ihre Forderungen eingereicht und beschlossen, Stuttgart zu verlassen und auswärts Arbeit zu suchen. (Arbeitsangebote sind an das Komitee der ausgesperrten Maurer J. Stolle, Lindenstr. 14, zu richten.) Die Steinbauer verlangen jetzt ebenfalls zehnstündige Arbeitszeit, Abschaffung der Akkordarbeit, 45 Pf. Minimalstundenlohn zc. und verpflichten sich, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis alle Forderungen genehmigt sind. Der Zimmererstreik, wenn von einem solchen wegen der Aussperrung noch die Rede sein kann, dauert unverändert fort.

Da ein großer Theil der Aussperrten schon Stuttgart verlassen hat, so werden die Bauherren bei Wiedereröffnung ihrer Betriebe lange Gesichter machen, wenn ihre besten Arbeiter ausbleiben.

Aus Webers wird der „Köln. Ztg.“ zum Auslande der Weber geschrieben: Bei der Firma Pelzer u. Söhne waren am Mittwoch von 590 Webrähnen 108 in Betrieb. Die Firma Hezelle erklärte alle Weber für entlassen, die bis Donnerstag Nachmittag nicht die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Der Ausstand hat sich am Mittwoch auf die Tuchfabrik J. Lientenant in Pöppinger ausgebreitet. Die Fabrik wird bis auf die Kammgarnspinnerei geschlossen, wodurch die Zahl der streikenden Arbeiter um 250 wächst.

In Helsingfors in Finland ist vorige Woche ein Streik großen Umfangs ausgebrochen. Gegen 2000 Landarbeiter feiern, weil ihre Forderung, die Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden herabzusetzen, nicht bewilligt wurde. Obgleich der Fabrik- und Gewerbe-Inspektor vermittelte, blieben die Verhandlungen zwischen den Arbeitern und Unternehmern erfolglos.

Gerichts-Beitrag.

Eine Anklage wegen Kindesmordes, welche gestern das Schwurgericht hiesigen Landgerichts I beschäftigte, erzählte wieder einmal die bekannte traurige Geschichte von dem unerfahrenen Mädchen aus der Provinz, das hier als Dienstmädchen Stellung findet, in einer schwachen Stunde der Verführung unterliegt und schließlich zur Verbrecherin wird. Die Angeklagte, Dienstmädchen Bertha P., besand sich, als sie einem Kinde das Leben schenkte, in einer so trüben materiellen Lage und so tiefen Seelenstimmung, daß sie der Verweigerung nahe war und vor dem Verbrechen nicht zurückschreckte, das Neugeborene durch Erwürgen zum Tode zu befördern. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefundene Verhandlung muß viele Momente ergeben haben, die die That der Angeklagten in milderem Lichte erscheinen lassen, denn die Geschworenen billigten ihr mildere Umstände zu und der Gerichtshof verurtheilte sie zur niedrigsten zulässigen Strafe von zwei Jahren Gefängnis.

Durch seinen jugendlichen Ueberhand veranlaßt im Anfang dieses Jahres der Lehrling Otto Sch. eine Feuersbrunst von bedeutendem Umfange. Der wegen fahrlässiger Brandstiftung Angeklagte, der sich vor der 7. Strafkammer am Landgericht I zu verantworten hatte, war in einer Fabrik im Industriegebäude in der Wehrstraße beschäftigt. Eines Tages war er mit einem jugendlichen Freunde auf den Boden des Gebäudes gegangen, woselbst große Vorräthe von Haas und Berg lagerten. Der junge Mensch wollte dem Freunde zeigen, wie heiß die Heizungsrohre seien und suchte das dadurch zu erreichen, daß er ein schwedisches Streichholz dagegen hielt und zu entzünden suchte. Das gelang nur zu gut, aber zu gleicher Zeit standen auch sämtliche Vorräthe und der ganze Dachstuhl in Flammen. Die Vorräthe, die ein Haub der Flammen wurden, hatten einen Werth von 2000 M., während das Gebäude um 20 000 M. Sch. ab en erlitt. Der Gerichtshof ließ den Angeklagten unter Berücksichtigung seiner Jugend trotz der Erheblichkeit des Objektes mit einem Verweise davontommen.

Deyeschen und letzte Nachrichten.

Vielefeld, 24. April. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Betreffs des Streiks in der Dürkopp'schen Fabrik fand heute eine geheime Abstimmung unter Kontrolle der Bürgerchaft statt. Für Fortführung des Streiks wurden 1616 Stimmen abgegeben; dagegen waren nur 116 Stimmen. 250 Streikende sind bereits abgereist.

Paris, 24. April. (W. Z. B.) Der Senat genehmigte nach kurzer Verathung einstimmig die Madagaskarcredite. Anglis brachte einen Antrag auf Revision der Verfassung ein und verlangte die Dringlichkeit für denselben, die aber mit 214 gegen 33 Stimmen abgelehnt wurde. Die nächste Sitzung findet Dienstag statt.

Bremen, 24. April. (W. Z. B.) Der „Norddeutsche Lloyd“ setzte die Zwischendeckpreise für die Ueberfahrt nach New-York für Schnelldampfer auf 150 M., für Postdampfer auf 140 M., für Hollanddampfer auf 130 M. fest und für die Ueberfahrt nach Baltimore für Postdampfer und Hollanddampfer auf 180 M.

Reichstag.

76. Sitzung vom 24. April 1896. 1 Uhr.
Am Tische des Bundesraths: Niemand.
Auf der Tagesordnung stehen lediglich **Wahlprüfungen**.
Die Wahl des Abg. v. Salisch (2. Breslau) wird für gültig erklärt und die auf Grund des vorigen Reichstagsbeschlusses festgesetzten Ungehörigkeiten werden dem Reichskanzler zur Kenntnissnahme überwiesen.

Besüglich der Wahl des Abg. v. Kardorff (3. Breslau) wird der vorjährige Reichstagsbeschluss durch die Mandatsniederlegung und Wiederwahl des Genannten für erledigt erklärt. Die Wahlen der Abgg. v. Reibnitz (1. Gumbinnen) und Hyppeken (2. Kassel) werden für gültig erklärt und hinsichtlich der Wahl des Abg. Graf zu Eimburg-Stirum der Beschluss des Reichstages vom 14. Mai 1895 durch die stattgehabten Erhebungen für erledigt erklärt.

Die Wahl des Abg. Meyer-Halle (4. Merseburg) beantragt die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären, weil ohne die Wahlbeeinflussungen des Landraths bei der Hauptwahl (und zwar für den konservativen Kandidaten) Meyer bei der Stichwahl nicht die nöthige Stimmzahl erhalten haben würde.

Abg. Warth (fr. Bg.) erklärte sich gegen diesen Antrag und behält sich vor, die Zurückverweisung dieser Wahl an die Kommission zu beantragen.

Abg. v. Hollenfer (H.) protestirt dagegen, daß dem Landrath in der Kommission das Recht abgesprochen worden sei, in seiner privaten, außeramtlichen Eigenschaft sich an einer politischen Thätigkeit zu betheiligen. Das widerspreche dem Geiste der Verfassung. Er werde deshalb für die Gültigkeit der Wahl, eventuell für ihre nochmalige Prüfung in der Kommission stimmen.

Abg. Auer (Soz.) will den Landrathen ihre staatsbürgerlichen Rechte, auch bei der Wahltagation, nicht beschränken. Der Landrath v. Werder habe aber, da er zugleich Wahlkommissar war, in amtlicher Eigenschaft an der Wahlbeeinflussung theilgenommen unter Mithilfe von Gendarmen. Diese Wahlbeeinflussung ist zwar nicht zu Gunsten des Siegers, aber zu Ungunsten des Unterlegenen, nämlich des Kandidaten Kunert, ausgeschlagen und deshalb sei die ganze Wahl zu annulliren. Die Wahl an die Kommission zurückzuverweisen habe keinen Zweck, es seien geradezu schamlose Beeinflussungen vorgekommen, und der Reichstag würde sich ins Gesicht schlagen, wenn er die Wahl für gültig erklärte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) J. Breiner verweist noch darauf, daß der Landrath durch die Verbreitung der Depesche: „Kunert ist wegen Anstiftung zum Diebstahl verhaftet“ die Wahl zu Ungunsten Kunert's beeinflusst habe.

Abg. Gamp erklärt sich im Sinne des Abg. v. Hollenfer und in Uebereinstimmung mit der bisherigen Haltung der konservativen Partei in solchen Fragen für die Gültigkeit der Wahl und spricht die Erwartung aus, daß die Freisinnigen sich in Zukunft bei ähnlichen Fällen des Vorganges Meyer erinnern werden.

Abg. Friedberg (nat.) vermisst den Nachweis, daß die Thätigkeit des Landraths das Resultat der Wahl zu Ungunsten des sozialdemokratischen Kandidaten beeinflusst habe und schließt sich dem Antrage auf nochmalige Prüfung des noch nicht ganz aufgelärten Falles in der Kommission an.

Abg. Spahn (3.) erklärt sich gegen diesen Antrag und für denjenigen der Kommission unter Hinweis auf den einzig dastehenden Fall, daß der Landrath eine ihm amtlich bekannte Thatsache durch Depesche an die ihm unterstellten Organe zu Ungunsten eines Kandidaten habe verbreiten lassen.

Abg. v. Marquard (nat.) will den Landrath v. Werder in seinem persönlichen Kampfe mit dem Kandidaten Kunert nicht in Schutz nehmen, glaubt aber, daß ein Kaufsalz zwischen seiner Wahlbeeinflussung und dem definitiven Resultat der Wahl nicht nachgewiesen sei; Meyer habe bei der Stichwahl 4000 Stimmen mehr erhalten als Kunert.

An der weiteren Debatte betheiligen sich noch die Abgg. Gorny (fr. Bg.), Brandenburg (3.), Pachnide (fr. Sp.) und Fischer (Soz.), der darauf hinweist, daß Kunert bei der Hauptwahl trotz des staatsanwaltlichen Steckbriefes, trotz der unerhörten Wahlmanipulationen des Landraths und trotz der Verhaftung am Abend vor der Hauptwahl nur 4000 Stimmen zur absoluten Majorität gefehlt haben.

Die Abstimmung über den Antrag auf Rückverweisung der Prüfung der Wahl des Abg. Meyer bleibt zweifelhaft; es muß deshalb gestrichelt werden; die Auszählung ergibt die Anwesenheit von 222 Mitgliedern; davon stimmen 97 für, 125 gegen den Antrag. Mit derselben Mehrheit wird der Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl Meyer's angenommen.

Beauftragt wurden die Wahlen der Abgg. Rother (5. Breslau), Reichmuth (1. Sachsen-Weimar), für gültig erklärt die Wahl des Abg. Graf von Dönhoff-Friedrichstein (4. Königsberg). Besüglich der Wahl der Abgg. Münch-Herber (1. Oberfranken), Rimpau (7. Magdeburg), Walter (3. Sachsen-Weimar) und des Abg. Fuchs (5. Arensburg) werden ältere Beschlüsse des Hauses infolge der veranstalteten Erhebungen für erledigt erklärt. Die Wahl des Abg. Krupp (5. Düsseldorf) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Die Abg. Litgenau, Auer u. Gen. beantragen dagegen, die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Krupp auszusagen und den Reichskanzler zu ersuchen, über die in dem Wahlbezirk Altdorf 11 vorgekommenen Verletzungen der Wahlfreiheit und des Wahlheimlichkeits Erhebungen zu veranlassen.

Abg. Lenzmann beantragt, diese Erhebungen auch auf Vordorf 2 auszudehnen.

Die Abgg. Spahn, Gamp und Gammacher belämpfen beide Anträge; dieselben werden abgelehnt und dem Kommissionsantrage gemäß die Wahl des Abg. Krupp für gültig erklärt.

Die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Polk (5. Marienwerder) beantragt die Kommission weiterhin anzusehen und den Reichskanzler zu ersuchen, über die bei dieser Wahl vorgekommenen Wahlbeeinflussungen und Unregelmäßigkeiten Erhebungen anstellen zu lassen.

Abg. Gamp u. Gen. beantragen, die Wahl des Abg. Holz ohne weiteres für gültig zu erklären, während Abg. Segelstki (Pole) u. Gen. die Ungültigkeitserklärung der Wahl beantragen.

Abg. v. Garlinoffi befürwortet diesen Antrag, während Abg. Gamp ihn belämpft; er habe den Eindruck, als wenn die Wahlprüfungskommission die Wahlen der konservativen Abgeordneten vom politischen Standpunkte aus prüfe. (Lebhafte Widerprüfung.)

Abg. Spahn (3.) weist als Vorsitzender der Kommission diesen Vorwurf zurück. Die Kommission habe sämtliche Wahlen objektiv geprüft, auch die vorliegende.

Der Antrag der Kommission wird abgelehnt. In der namentlichen Abstimmung über den Antrag Gamp wurden 184 Stimmen abgegeben, das Haus war also nicht mehr beschlußfähig, und die Sitzung mußte abgebrochen werden; für den Antrag Gamp stimmten 62, dagegen 121; 1 Mitglied enthielt sich der Stimme. Schluß gegen 9/4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Wahlprüfung; Vorsehung.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission hat am Mittwoch Abend ihre letzte Sitzung für diese Session abgehalten. Die der Kommission vorliegenden Proteste haben nämlich ihre Erledigung gefunden bis auf ein paar Stichwahlen, welche sich noch im Stadium der Erhebungen befinden, z. B. die Wahl des Abgeordneten Reichmuth-Weimar. Erledigt wurde gestern in der letzten Sitzung noch die Wahl des Abgeordneten Graf von Bismarck. Gegen diese Wahl lag ein Protest vor und wurden auf denselben hin Erhebungen besonders auch darüber beschloffen, ob in Burg Stimmzettel mit Wasserzeichen für Bismarck vertheilt worden sind. Die Erhebungen haben ergeben, daß von circa 1200 für Bismarck in Burg abgegebenenzetteln 228 mit auffälligen Wasserzeichen versehen sind. Es wurde deshalb beantragt, auch die Stimmzettel aus den übrigen Orten des Wahlkreises einzufordern, der Antrag aber mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt und dann die Wahl mit allen gegen 4 Stimmen für gültig erklärt. Damit sind die Aufgaben der Kommission vorläufig erledigt. Der Vorsitzende theilte mit, daß von 114 der Kommission überwiesenen Akten 65 durch Beschluss der Kommission und 41 im Plenum erledigt wurden. Die Kommission hat die Wahlen der Abgeordneten Bantleon, Böttcher (Waldeck), Casselmann, Dziembowski, Gerlach, Geiser, Greiß, Kardorff, König, Meiß, Möller (Dortmund), Meyer (Halle), Graf v. Rolke, Pichler, Pöhlmann, Polenz, Ramhoff für ungültig erklärt. Diese unverhältnismäßig große Zahl von Kassationen beweist, wie nahe wir den unter dem Napoleonischen System geübten offiziellen Kandidaturen bereits gekommen sind; es muß nämlich konstatiert werden, daß neben den Vergewaltigungen durch die Unternehmer es vor allem der unzulässige amtliche Einfluß war, der die Kassation veranlaßte. Unsere Partei hat bei den durch die Ungültigkeitserklärungen notwendig gewordenen Neuwahlen drei Kreise: Plauen, Dortmund und Olmsen gewonnen, dagegen den Wahlkreis Lennep-Mettmann verloren.

Die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch begann am Freitag die Beratung über das Familienrecht. Der Entwurf nimmt den Standpunkt ein, daß aus einem Verlöbniß nicht auf Eingehung einer Ehe gelangt werden und daß auch das Versprechen einer Ehe für den Fall, daß die Eingehung unterbleibt, nichtig sein soll. Er will aber den Verlobten, der von dem Verlöbniß zurücktritt, verpflichten dem anderen Verlobten und dessen Eltern den Schaden zu ersetzen, der daraus entstanden ist, daß diese in Erwartung der Ehe Aufwendungen gemacht haben. Auch soll eine unbeschwolene Verlobte, die ihrem Verlobten die Wohnung gestattet, eine billige Entschädigung verlangen können. Jedoch soll nach dem Entwurf die Entschädigung nicht eintreten, wenn ein wichtiger Grund für den Rücktritt vorliegt. Die Ultramontanen wollen dem kanonischen Recht entsprechend aus dem Verlöbniß die Verpflichtung zur Gehelichung begründet wissen. Allerdings gehen auch sie nicht so weit, diese Verpflichtung zu einer durch Klage zu erzwingenden zu machen. Stadthagen erklärt sich im Gegensatz zu diesem Antrag mit dem Prinzip des Entwurfs, daß dem übergroßen Theil des geltenden Rechts entspricht, einverstanden. Aber die Anschauung der Motive und des Entwurfs, daß auch ein Mann für den Fall des Rücktritts Entschädigung für die gemachten Aufwendungen, ja selbst dafür, daß er in Erwartung der Heirat seinen Beruf aufgegeben habe, verlangen könne, sei unbillig. Ihr könne er nicht beitreten. Billig unrichtig sei es, auch an dieser Stelle dem richterlichen Ermessen den weitesten Spielraum zu geben. Der Richter kenne die meisten Lebensverhältnisse nicht, siehe im allgemeinen leider auf Seiten des Mannes und könne doch nicht zum Ober-Sachverständigen in Verlöbnißsachen gestempelt werden. Die Begriffe „wichtiger Grund“ und „billige Entschädigung“ müßten deshalb gestrichen beziehentlich durch weniger lauschuldrige, der Willkür minder breiten Spielraum lassende Bestimmungen ersetzt werden. Bei der Entschädigung der geschwächten Braut müssen insbesondere die Vermögensumstände des Mannes und die Erschwerung der Heirathsmöglichkeit des Mädchens berücksichtigt werden. Wie einseitig, ja geradezu das weibliche Geschlecht kränkelnde viele Richter verfahren, wenn ihrem freien Ermessen anheimgestellt wird zu beurtheilen, was nach „billigem Ermessen“ als eine Art Entschädigung zu leisten sei, zeige die württembergische und sächsische Praxis, die in der Regel etwa 20-30 M. Deslorations-Entschädigung zubillige, während allerdings in anderen Gegenden Mitteldeutschlands und in Hamburg nach dieser Richtung hin verhältnißmäßig geüthert und auf Entschädigung wegen Desloration in Höhe bis 10000 Mark und mehr erkannt wurde. Nothwendig insbesondere sei es, daß ausdrücklich die Vermögensverhältnisse des Mannes betont werden. Diesen Ausführungen entsprechende Anträge stellen die Abgg. Frohme und Stadthagen. Der Abg. Vielhaben schließt sich den letzteren Ausführungen an und will eventuell als Minimalmaß den 50fachen ordentlichen Tagelohn fixiren. Die auf entsprechende Aenderung des Entwurfs gerichteten Anträge werden jedoch sämtlich abgelehnt. Nur wird beschloffen, auch den Personen, die an Stelle der Eltern Aufwendungen infolge des Verlöbnißes gemacht haben, einen Schadenersatzanspruch zuzubilligen und die im Entwurf auf 1 Jahr normirte Verjährungsfrist auf 2 Jahre zu erhöhen. Die Kommission geht sodann zur Beratung der Bestimmungen über **Zerschlagung der Ehe** über. § 1288 des Entwurfs schlägt vor, die **Ehemündigkeit** des männlichen Geschlechts von 20 auf 21 Jahre zu erhöhen und Dispensationen für das männliche Geschlecht nicht zuzulassen. Der Abg. Kaufmann (fr. Bg.) beantragt: das Ehemündigkeitsalter für das weibliche Geschlecht von 18 auf 18 Jahre zu erhöhen! Frohme und Stadthagen beantragen, diesen Antrag und die Aenderungen des Entwurfs gegenüber dem bestehenden Gesetz abzulehnen. Nicht das geringe liege vor, um die Eheschließungen noch mehr zu erschweren. Die Statistik zeige das Bedürfnis der Eingehung von Ehen insbesondere auch für Mädchen unter 18, aber auch für junge Männer von 20 Jahren. In Berlin standen im Jahre 1880 von 277 429 verheiratheten Frauen 1 im Alter unter 15, 3 im Alter unter 16, 11 im Alter unter 17, 108 unter 18 Jahren, 29 Ehemänner waren unter 20, 84 20-21 Jahre alt. Alljährlich werden ferner in Deutschland 2-3000 Dispensationsgesuche an Mädchen, die noch nicht 16 Jahre alt sind, ertheilt. Wo liege da ein Bedürfnis zur Erhöhung der Heirathsmündigkeit vor? Vor 1875 war in Preußen das Ehemündigkeitsalter für Mädchen 14 Jahre. Die Fleischederger gegen Mädchen unter 16 Jahren haben zugenommen. Und da solle das Heirathsalter nach dem freisinnigen Antrage noch erhöht werden! Unsere Genossen erklären sich gegen jede Erschwerung der Heirat. Es wird der Antrag Kaufmann zurückgezogen, der Antrag Frohme-Stadthagen gegen 4 Stimmen (Vielhaben (Reform-P.), Schädler (3.) und die Antragsteller) abgelehnt, mithin das Ehemündigkeitsalter des männlichen Geschlechts auf 21 Jahre erhöht. § 1288 des Entwurfs verlangt in Verbesserung des bestehenden Gesetzes, daß die **elterliche Einwilligung** zur Eheschließung nicht wie jetzt bei Mädchen bis zum vollendeten 24., bei Männern bis zum vollendeten 25. Lebensjahre nothwendig sein soll, sondern daß bei Mädchen und Männern bis Voll-

endung des 25. Lebensjahres die Zustimmung des Vaters erforderlich sei. Frohme und Stadthagen beantragen, statt dessen das 21. Jahr, mit dem die Volljährigkeit erlangt wird, zu setzen, eventuell wenigstens den bestehenden Zustand wieder herzustellen. Auch gegen diesen Antrag, den im Jahre 1875 selbst Bindhorst für zutreffend erachtet hatte, stimmen die Ultramontanen, Freisinnigen, Nationalliberalen, Freikonservativen und Konservativen. Dafür stimmt außer den Antragstellern nur Abg. Vielhaben (Antifemist). Die die Eingehung von Ehen erschwerende Bestimmung des Entwurfs ist demnach angenommen. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Sonnabend um 10 Uhr vormittags statt.

Die **Zuckersteuer-Kommission** nahm gestern mit sachlich geringen Aenderungen abermals die Bestimmungen über die Kontingentsvertheilung nach der Form der ersten Sitzung an. Am Dienstag find noch die wichtigen Festsetzungen über die Höhe des Gesamtkontingents und der damit zusammenhängenden Verbrauchssteuer zu erledigen.

lokales.

In **Veran** stehen den Genossen folgende Lokale zur Verfügung: Schützenhaus; Elysium; Bahre's Restaurant, Kaiserstraße.

An die „Freunde der Mäßigkeitsache“ wendet sich ein kürzlich ausgegebenes Flugblatt des „Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“. Darin wird gesagt, daß der Alkoholisimus mancherlei Wurzeln habe, also auch auf mancherlei Art bekämpft werden müsse. Als Ursachen der Trunksucht werden genannt: Unwissenheit, Gedankenlosigkeit, Prahlerei, Genussucht, Unmäßigkeit u. s. w. Von den wirtschaftlichen Ursachen, von der langen und schweren Arbeit und den geringen Löhnen, von der unzureichenden Ernährung und den unangünstigen Wohnungsverhältnissen, überhaupt von der ganzen niedrigen Lebenshaltung der Arbeiterklasse wird mit keinem Worte gesprochen. Dagegen wird erklärt, daß der Mißbrauch geistiger Getränke ein Uebel von Armen und Nothleidenden erzeuge. Man blicke nur in die Armlöcher Häuser hinein und auf die Landstraßen, wo die Heimathlosen dahingehen. Die Arbeiterkolonien, wo sich jeden Winter ein großer Theil der schiffbrüchigen Existenzen sammelt, berichten, daß mindestens neun Zehntel dieser Leute durch den Trunk heruntergekommen sind. Daß die Verarmung mindestens ebenso sehr die Neigung zum Trunk fördert, wie der Trunk den Fortschritt der Verarmung, das könnten auch die Leiter von Arbeiterkolonien wissen, wenn sie nur das Vorleben ihrer Schöpfung etwas weniger von Standpunkte des Moralisten aus betrachten wollten. Bei dieser Ignoranz der zwischen Verarmung und Trunk bestehenden Wechselwirkung darf man sich dann nicht wundern, daß das Flugblatt zwar die Kaffeehallen, Trinkerbeianstalten, Besessener, Volkshäuser und Familienabende der Mäßigkeitsvereine anpreist, aber von der Nothwendigkeit, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klasse zu heben, gänzlich schweigt!

Ans der **Magistrats-Sitzung vom Freitag**. Der Staat beabsichtigt, eine Lehrmittel-Werkstatt für die preussischen Fachschulen der Textilindustrie auf Staatskosten einzurichten, in welchen Lehrmittel, wie Stümmen, Holz, Draht, Pappmodelle und anderes mehr für den Unterricht hergestellt werden sollen. Der Minister für Handel und Gewerbe hat sich befehrt dessen an den Magistrat gewandt, für den ausgegebenen Zweck in der städtischen Webeschule zwei Zimmer unentgeltlich zu überlassen. Das Magistrats-Kollegium hat beschloffen, dem Verlangen des Ministers nachzukommen. — Der städtische Bau-Inspektor bei der Hochbauabtheilung des Magistrats, Herr Streichert, ist vom Magistrat an Stelle des verstorbenen Direktors Cuno, zum Direktor der städtischen Gast-Anstalt gewählt worden. — Der Wasserbau im Viktoria-Park wird während der drei Pfingstfeiertage, am 24., 25. und 26. Mai c. in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends in Thätigkeit sein.

Ueber die **Behandlung, die Arbeiter-Gesangvereine** zu theil wurde, wenn diese sich wegen eines Grabmädens an Geistliche wandten, ist bekanntlich schon mehrfach im „Vorwärts“ Klage geführt worden. Neuerdings wird uns berichtet, daß der Gesangverein Hilaritas (M. d. A. S. V.) am vorigen Sonntag zwar die Erlaubniß zum Singen des Liedes „Im Reich der Gräber“ anstandlos von einem Geistlichen bewilligt erhalten habe, von einem anderen Pastor jedoch abgewiesen worden sei, als dasselbe Lied am Dienstag auf dem Nazareth-Kirchhof gesungen werden sollte. Der am Dienstag gleichfalls an der Grabstätte anwesende patriotische Gesangverein Nord-Zabul, der ungleich dem Verein Hilaritas nicht schon am Tage vorher dem Geistlichen die Noten eingereicht hatte, erhielt die Bewilligung zum Singen zweier Lieder, nachdem sie dem Pastor erst im letzten Augenblick auf dem Kirchhof vorgezeigt worden waren.

Ein **Schwindel**. Einer unserer Kollegen erhielt gestern einen Brief, in welchem auf die Noth zweier Familien aufmerksam gemacht und unter Anrufung der sozialdemokratischen Bruderliebe Unterstützung erbeten wird. Um das Geben zu erleichtern, war gleich eine unausgefüllte Postanweisung beigelegt mit der Adresse — des Briefschreibers. Namen und Ort theilen wir nicht mit, da der Mann jedenfalls verschiedene Adressen führt. Denn keintliches wird auch — in etwas verdächtigem Form — von anderer Seite gemeldet. Es handelt sich also offenbar um eine methodische Spekulation auf sozialdemokratische Gutmüthigkeit.

In mehreren **bürgerlichen Blättern** findet sich die Meldung, daß die diesjährige Reichszeitung konfiszirt worden sei. Diese Nachricht ist un wahr; das Fechtblatt ist noch wie vor bei jedem Kolporteur, sowie in unserer Expedition erhältlich.

Geradezu unerhört hohe Bierpreise sind für das Ausstellungsgebiet festgesetzt worden. Vier Beutel Gutes kosten 30 Pf., für das ganze Litermaß sind 75 Pf. zu zahlen, nur im Bürgerbräu ist der Literpreis auf 70 Pf. festgesetzt. Diefestes Bier soll in drei Beutel-Litergläsern zu 15 Pf. ausgehänkt werden. Da man bekanntlich in Berlin das „Schneiden“ sehr gut versteht, so wird der Biergenuss in den Ausstellungsräumen zu den Dingen gehören, die der kleine Mann sich nicht leisten kann. Die Ursache dieser unerhörten Schröpfung des Publikums ist bekanntlich in der unverhältnißmäßig hohen Pacht zu suchen, die auf der Ausstellung erhoben worden ist.

Ein **merkwürdige Beamten-Funktion** hat seit einigen Monaten ein Beamter auf der Haltestelle der Stadtbahn in Charlottenburg zu verrichten. Seit dort nämlich die Nordring-Länge auf dem zweiten Bahnsteig, von Westend kommend, einlängen, hat man in dem Bahntunnel einen Beamten stationirt, der jedem Fahrgast, welcher den Tunnel betritt, während der Zeit zwischen der Abfahrt des vordergehenden Zuges und des von dem Bahnsteig II abgehenden laut die Worte zuzurufen hat: Nächster Zug nach Berlin-Friedrichstraße zweiter Bahnsteig! Nicht jedem Fahrgast ist der Sinn dieser Worte

gleich verständlich und eine weniger geistreiche Beschäftigung für einen Beamten ist kaum denkbar. Seit einigen Tagen hat man dem die Funktionen derselben dahin erweitert, daß er bei starkem Andrang beim Kontrollieren der Fahrkarten mitzuhelfen hat und hier nun bei jedem Kniff der Koupirzange seinen Ruf ertönen läßt: Nächster Zug nach Berlin - Friedrichstraße, zweiter Bahnsteig! Diese Auskunft hat nun auch für die Fahrgäste ihr Mißliches, denn wenn jemand nicht mit der nötigen Geschwindigkeit den zweiten Bahnsteig erreicht, so hat er die 6 Meter hohe Steintreppe vergeblich erstiegen, geht also wieder zurück und abermals sechs Meter in die Höhe zum Bahnsteig I. Sollte denn das Publikum sich nicht an eine mechanisch zu bewegende Aufschrift oder Signaleinrichtung gewöhnen können, welche lautlos die Funktion dieses Beamten verrichtet? Für die vielen Stadtbahn-Abonnenten wäre es sehr erwünscht, wenn sie durch derartige Signale beim Eintritt in die Bahnhofshalle darüber unterrichtet würden, ob ein Vortortzug früher als ein Stadtbahnzug in der gewünschten Richtung abfährt.

Für die Zeit vom 1. Mai bis Ende September wird aus Anlass der Internationalen Kunstausstellung in Berlin 1896 auf dem Landesausstellungsplatz am hiesigen Lehrter Bahnhof eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb und Fernsprechstelle in Wirksamkeit treten.

Zur Gründung einer Sanitätswache in der nördlichen Rosenfelder Vorstadt ist am Donnerstag ein Komitee zusammengetreten. Auch die Errichtung einer Fortbildungsschule für Mädchen im Schulgebäude in der Graunstraße wird angestrebt.

In der letzten Sitzung der Nixdorfer Gemeindeverwaltung theilte der Vorsitzende, Gemeindevorsteher Boddin mit, daß die Gemeindeverordneten Schmidt und Schimke ihre Mandate niedergelegt haben, ersterer wegen Geschäftsüberbürdung, letzterer wegen Verzug nach Berlin. Die Ersatzwahl soll in allernächster Zeit anberaumt werden. Der Kreisausschuß hat genehmigt, daß eine Gemeinde-Abtheilung im Betrage von 500 000 M. aus der Kreis-Sparkasse entliehen wird. Die Beleuchtung des Lohmühlengewässers und eines Theiles des Maybach-Weis wird genehmigt, desgleichen die Bewilligung der erforderlichen Mittel zur Einklebung von 25 neuen Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr, sowie zur Beschaffung eines zweiten Mannschaftswagens. Die Ernennung von Bezirks-Hebammen wurde abgelehnt, da ein Bedürfnis hierzu nicht vorliegt. Genosse Meyerhaug führt Beschwerde über den Verwalter des Nieselgutes Waghmannsdorf und fordert dessen Entlassung. Als Neben seinen Antrag begründen will, beantragt der Vorsitzende, diese Angelegenheit in nichtöffentlicher Sitzung zu besprechen, womit der Antragsteller sich einverstanden erklärt. Die Versammlung beschließt sodann, die städtischen Behörden von Berlin im Wechseltreff zu bitten, die Angelegenheit der elektrischen Vorort-Ringbahn nach Möglichkeit zu beschleunigen. Genosse Meyerhaug fragt an, wie sich der Gemeindevorstand zu der Angelegenheit des Kurators Klose stelle, den die Regierung vom Amte des katholischen Lokal-Schulinspektors entbunden habe, nachdem derselbe wegen Urkundenverfälschung unter Anklage gestellt worden, aber freigesprochen sei, weil das Landgericht angenommen, daß er nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlung gehabt habe. Die Gemeinde zahlt dem Kurator Klose jährlich 300 M. für die Ertheilung des Religionsunterrichts in der katholischen Gemeindegemeinschaft. Nach dem Vorgefallenen empfiehlt es sich aber, den Unterricht einem Lehrer zu übertragen. Der Vorsitzende erklärt, es sei dies Sache des Schulvorstandes, dem man event. die Sache zur Erwägung überweisen könne. Meyerhaug stellt hierauf einen diesbezüglichen Antrag, der jedoch abgelehnt wird. — Der letzte Punkt betrifft die Pflasterung des Tristweges. Genosse Thomae erklärt, wenn der Arbeiterbesatz verboten werden sollte, die Wege in den Köllnischen Wiesen zu benutzen, um auf diese Weise bequem ihre Arbeitsstätten zu erreichen, wie es beabsichtigt sei, so könne er für Pflasterung dieses Zugangsweges nach den Wiesen nicht stimmen. Der Gemeindevorsteher erklärt darauf, das Verbot sei erlassen, um die Gemeinde vor finanziellen Opfern zu sichern, die nöthig werden könnten, sobald durch Verjährung die vom Publikum benutzten Wiesenwege öffentlichen Charakter erhalten würden. Ausnahmen seien jedoch gestattet und müßten die betreffenden Arbeiter darum bei ihm einkommen. Hierauf wird die Befestigung des Tristweges mit Schlacken bewilligt.

An die Ladenbesitzer wenden sich jetzt fast sämtliche Berliner Frauenvereine, welche auf das körperliche und geistige Wohl der Mädchen und Frauen bedacht sind, mit der Bitte, schriftlich ihre Geneigtheit zu bekunden, daß die bei ihnen beschäftigten Verkäuferinnen, soweit ihre Berufstätigkeit es zuläßt und wenn sie unbeschäftigt sind, sich sehen dürfen und daß sie Gelegenheit zum Sitzen schaffen wollen. Als dieselben Vereine vor einiger Zeit eine Agitation in dieser Sache in die Hand nahmen, stellte sich die öffentliche Meinung entschieden auf ihre Seite. Seitdem haben sich die Erklärungen, in denen Frauen aus den Reihen der Käuferinnen denselben Wunsch ausdrücken, mit Unterschriften in außerordentlich großer Anzahl bedeckt. Ob die Unternehmer der Anregung Folge geben werden?

In der Strafsache wegen Meineids, die gegen den Amtsvorsteher von Friedrichsberg, Lichtenberg und Wilhelmberg, Rittergutsbesitzer und Dientenant a. D. Höderer schwebt, haben gestern beim Untersuchungsrichter am Landgericht I. mehrere Vernehmungen stattgefunden.

Die Redaktion des „Berliner Tageblatt“ schreibt uns: In Nummer 98 des „Vorwärts“ nehmen Sie in einem mit den Worten „Auf eigenthümliche Geschäftspraktiken“ beginnenden Artikel davon Notiz, daß der Chemischen Fabrik Oranienburg eine Nummer des „Berliner Tageblatt“, in der eine angeblich unrichtige Mittheilung über die Gesellschaft enthalten war, unter Beifügung einer Abonnements-Einladung zugegangen ist. Der Verleger des „Berliner Tageblatt“ hatte inzwischen an den Aufsichtsrath der Gesellschaft bereits die Erklärung gerichtet, daß die Beifügung der Abonnements-Einladung lediglich auf einem Versehen der Expedition beruhte.

Die betreffende Auslassung des „Berliner Tageblatt“ über die Gesellschaft aber lautete: „Die Oranienburger chemische Fabrik hat es für erforderlich gehalten, 578 000 M. neue Stammprioritäten auszugeben. Mit dem Geldbedarf, den die Gesellschaft hierzu verspürt hat, steht es in einem gewissen Widerspruch, daß sie Ende 1894 ein Bankierguthaben von 602 122 M. hatte. Wir halten es aber überhaupt für wenig rathsam, daß eine Gesellschaft bei ihrem Bankier ein so unverhältnismäßig hohes Guthaben hat.“

Wenn daraufhin in der Generalversammlung der Chemischen Fabrik angesetzt wurde, die Angelegenheit der Staatssanwaltschaft zu übergeben, so möchten wir hierzu, wie wir das bereits bei der Behandlung dieser Thatsache im „V. L.“ selber gethan haben, bemerken, daß auf die Erörterung von Mißbräuchen im Bank- und Börsenwesen mit der Staatsanwaltschaft wiederholt gerade solche Personen gedroht haben, deren Geschäftsgebahren nachträglich dem Strafichter anbeimgelassen ist.“

Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: In dem Hause Leipzigerstraße 134 betreibt unter der Firma G. D. Braun der Apotheker Fuchs das Heilgerverbe und erbetet sich insbesondere zur Heilung von Neuralgien und Magenschwäche. Die Patienten erhalten nach Vorauszahlung von 4 M. eine schriftliche Verordnung und aus der homöopathischen Zentralapothek von Johannes Müller in Breslau gegen Nachnahme von 2,40 M. spirituelle Lösungen. Die wiederholte Untersuchung hat in den Medicamenten keinerlei Stoffe in wirksamer Konzentration nachweisen lassen. Die schriftliche Verordnung und die Drohhäute „Spezialbehandlung von Kopfwehen“ und Magen-

leiden etc.“ sind vollständig werthlos. Das Publikum wird vor dem Ankauf gewarnt.

Sie tranken sich weiter nieder. Gestern früh gegen 8 1/2 Uhr soll, nach einem uns zugekommenen Gerücht, im Grunewald zwischen einem hiesigen Civil-Ingenieur P. und einem Schriftsteller F. ein Pistolenduell stattgefunden haben. Die Bedingungen sollen 15 Schritte Barriere und dreimaliger Kugelwechsel gewesen sein.

Die Leiche eines Mannes wurde Freitag Morgen um 7 Uhr von Schiffen im Potsdamer Hafen gefunden und gelandet. Nach Papieren, die man bei der Leiche fand, handelt es sich um einen am 15. Oktober 1862 zu Aschersleben geborenen Zimmergesellen Wilhelm Gebhardt.

Von einem Mülwagen wurde in der Hobrechtstraße zu Nixdorf das 24jährige Schenken des Arbeiters Friedrich Werner, Hobrechtstr. 81 wohnhaft, überfahren. Das Kind harb nach wenigen Stunden. — Der Wagen der elektrischen Bahn in Treptow überfuhr vorgestern die Weber Zahn und Malwald aus Nixdorf. Beide wurden entsetzlich zugerichtet. Während Zahn nach dem Krankenhaus am Urban gebracht wurde, schaffte man Malwald nach seiner in der Zietenstr. 46 belegenen Wohnung.

Selbstmord verübt hat in Groß-Fichterfelde der Holzwaarenfabrikant und Hauseigenthümer Emil Schoenewerk aus der Neuen Grünstr. 20 zu Berlin, der seit Dienstag verschwunden war. Man fand seine Leiche gestern Abend im Lindenpark zu Groß-Fichterfelde, wo er sich erhängt hatte. Bei sich hatte er über 50 M. bares Geld und eine goldene Uhr mit Kette. Schoenewerk, ein Mann von 42 Jahren, war sehr nervös und hat ohne Zweifel in einem Anfall von Geistesgeistes Hand an sich gelegt. Er hinterläßt eine Frau und zwei Töchter im Alter von 10 und 15 Jahren.

Witterungsübersicht vom 24. April 1896.

Stationen.	Barometerhand in mm reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Skala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (10 Uhr).
Swinemünde	762	N	4	halb bedeckt	5
Hamburg	764	NNW	4	halb bedeckt	4
Berlin	761	N	5	wollig	5
Wiesbaden	765	WB	2	wollig	6
München	763	WB	5	wollig	4
Wien	757	WNW	4	halb bedeckt	6
Saparanda	754	N	2	wolkenlos	1
Petersburg	751	SW	2	Regen	2
Cord	769	SWW	2	heiter	9
Aberdeen	769	SW	3	heiter	9
Paris	769	NNW	2	bedeckt	6

Wetterprognose für Sonnabend, den 25. April 1896. Vielfach heiteres, zeitweise wolfiges Wetter mit nächtlichen nördlichen Winden, Nachtfrösten und etwas höherer Tagestemperatur; keine oder nur vereinzelte Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Die neue Urania in der Taubenstraße 48/49 wird heute zum ersten Male dem Publikum geöffnet werden. Bereits gestern waren die Vertreter einer Anzahl Behörden, Professoren der Universität und sonstige wissenschaftliche Kapazitäten, manche Reichstags-Abgeordnete, sowie die Vertreter der Presse einer Einladung zur Besichtigung der neuen Räume gefolgt. In einem einfach-vornehm ausgestatteten Theateraal von vielleicht der dreifachen Größe des alten Raumes schloßen sich rechts und links in je drei Stockwerke abgetheilt, die Säle für die „naturkundliche Ausstellung“. Die Räumlichkeiten sind wie folgt eingerichtet: Im ersten Stock links hat man die Instrumente für Akromie und Physik der Erde aufgestellt, die Ausstellung im zweiten Saal behandelt die Elektricität und den Magnetismus, im dritten Saal befinden sich die Apparate für Akustik und Optik. Dann folgt oben ein Keller nach der Straße belegener Saal für Biologie mit reichlichen mikroskopischen Präparaten: in diesem Raum befinden sich in einer etwas bunten Zusammenstellung auch das Operntelephon sowie Aquarien und Terrarien. Die Ausstellung im fünften Saal, der sich rechts vom Theateraal zwei Stock hoch befindet, behandelt gleichfalls die Biologie, der sechste birgt Apparate zur Erklärung der chemischen und technologischen Wissenschaft, während der siebente, zu ebener Erde gelegen, in einer nennenswerthen Anzahl Modelle die Maschinenkunst behandelt. Endlich sei noch der Oberlicht-Saal erwähnt, in dem das plastische Modell der Gotthardtbahn bei Basel ausgestellt ist. Die Gruppierung in verschiedenen Sälen hat sich vornehmlich dem Vortheil größerer Uebersichtlichkeit, doch stehen die neuen Räume an Helligkeit und Freundlichkeit leider dem prächtigen Physikalischen Saal in der alten Urania entschieden nach. Um halb sieben Uhr eröffnete Direktor Meyer dies neue wissenschaftliche Theater mit einem kurzen Willkommengruß, worauf die Schauspielerin Fräulein Marie Pöpschil als Urania einen von Wildenbruch gedichteten Prolog sprach. Die Himmlische erscheint mitleidvoll dem Menschengeschlecht: Den Schrei, der aus des Menschen Seele bricht, Ich höre ihn, den Sehnsuchtschrei nach Licht; Verkaltungen halb vom Daseins-Ocean, Seh' ich dich tastend wandeln deine Bahn, Die Hände redend in die ew'ge Nacht: „Wo sind' ich den, der mir das Licht entfacht?“ Die Göttin senkt den Trost der Wissenschaft friedbringend in des ringenden Menschen Brust: Du, dessen Seele unter Wülfen köhnt, Vernimm mein Wort, das dich der Welt verschönt; Es waltet ein Gesetz, es ist und bleibt. Es ist der Geist, der alles hält und treibt. Der Geist, der treibend dir zum Geiste spricht: „Nimm', suche, zweifle, doch verweisse nicht!“

Die im idealistischen Schwung gehaltenen Verse wurden von der Künstlerin etwas gar zu massiv gesprochen, doch löhnte das Publikum gern die mit der realen Wirklichkeit des Seins nicht ganz im Einklang stehenden Trostesworte durch freundlichen Beifall.

Hierauf gelangte das neue wissenschaftliche Ausstattungsgelände „Durch den Gotthardt“ zur Probeaufführung. Die vierzehn prächtigen Bilder erläuterte Herr Thies durch einen von Herrn Wilhelm Meyer verlesenen instruktiven Vortrag. Bei dem Interesse, das die Arbeitererschaft Berlins unzweifelhaft dem neuen Unternehmen entgegen bringen wird, behalten wir uns vor, auf das Tochterinstitut der wohl jedem Arbeiter bekannten alten Urania baldigst eingehender, als heute geschehen kann, zurückzukommen.

Max Halbes „Jugend“ wurde am Donnerstag zum ersten Male im Deutschen Theater aufgeführt, nachdem das Stück bekanntlich die ganze vorletzte Saison hindurch mehr als zweihundertmal im Neuen Theater gegeben worden ist. In einem beträchtlichen Theil war die Besetzung dieselbe wie damals geblieben. Herr Mittner suchte als Student Hans vielleicht etwas beschämter als sonst den dummen Jungen hervorzuheben, während Herr Jarno den ringenden Sittenprediger Kaplan Gregor in Spiel und Aussprache meisterhaft gab. Auch der bildsamme Tölpel, der am Schluß des Stückes eine so plumpe Rolle spielt, war bei Herrn Wiensfeld in den besten Händen geblieben. Neu waren Fräulein Stagle und Herr Reicher als Kunzchen und

Parrer Hoppe. In Charlotten, wahren Bagen schuf Reicher eine seine durchgearbeitete Charaktergestalt voll sympathischen Lebens, bieder und jovial beim Glase Bier und doch voll kräftiger Größe während der brutalen Katastrophe. Desgleichen gab Fräulein Stagle das Kunzchen mit schlichter, naturwahrer Wärme ohne affektirte Ziererei, selbst nach dem vermeintlichen Sündenfall noch lebensfreudig und liebevoll im Kampfe gegen ihr Glend. — Das Publikum nahm das Stück mit beifälliger Ruhe auf; ein kleiner Kreis von Opponenten hielt sich wenigstens von Unarten fern. Diese Leidenschaftlichkeit spricht allerdings wohl nur dafür, daß das Drama, in dem der Verfasser nach neuer, ungehinderter Lebens- und Liebesfreudigkeit ringt, ohne sich von den Fesseln der alten Vorurtheile losmachen zu können, fortan nicht die Lebensdauer haben wird, die ihm bislang vom Glück beschieden gewesen ist.

Der Direktor der Kieler Sternwarte, Professor Adalbert Krüger, ist 64 Jahre alt gestorben.

Coryhus Tromholt, der durch seine astronomischen Werke und Vorträge weltbekannt Nordlichtbeobachter, ist am Freitag in der Schweiz gestorben. Er war in Husum geboren und wurde 1876 Lehrer der Mathematik und Naturgeschichte in Bergen. Sein Lieblingsstudium bildete jedoch die Astronomie, in welchem Fache er dann als Schriftsteller wie als Vortragender allgemeiner bekannt geworden ist. Im Jahre 1882 reiste er mit Unterstützung des norwegischen Staates nach Kautokeino in Finnmarken, um dort während der langen Winternächte Nordlichtbeobachtungen anzustellen. Zu gleichem Zwecke reiste er 1888 nach Island, wozu ihm der verstorbene dänische Brauer Jacoben die Mittel gewährte. Diese beiden Reisen hat er in seinen Büchern „Unter den Strahlen des Nordlichts“ und „Brieve aus Ultima Thule“ beschrieben. In seinen Vorträgen, bei denen er Europa und Amerika durchkreuzte, mußte er die Zuhörer durch seinen leichten und fließenden Vortrag, sowie durch lebendige Darstellung zu fesseln.

Soziale Rechtspflege.

Geterbegegericht. Vorsicht beim Unterscheiden von Reversen! Zwei Maurer beanspruchten unter anderem vom Maurermeister Meier mehrere Tage voll bezahlte, an denen sie wegen Mangels an Material hatten feiern müssen. Der Beklagte war jedoch in der Lage, dem Gerichtshof ein von den Klägern unterzeichnetes Schriftstück vorlegen zu können, in dem festgelegt ist, daß der Maurermeister Meier nicht regresspflichtig zu machen sei, wenn wegen Mangel an Material nicht gearbeitet werden konnte. Die Kläger erklärten ihre Unterschrift insoweit für ungültig, als sie sich auf die fragliche Bestimmung beziehen lassen. Das Schriftstück wäre ihnen mit dem Bemerkten: „Unterschriften Sie — Kündigung findet nicht statt“, darauf hingelegt worden, daß sie die Rückseite vor sich hatten. Infolge der Heftigkeit des Beklagten seien sie der festen Ueberzeugung gewesen, es handele sich nur um den Ausschluß der Kündigungsfrist, und lediglich deshalb hätten sie das Blatt nicht umgewandt und sich nicht selbst von seinem Inhalte überzeugt. Die dritte Kammer wies aber die erwähnte Forderung mit der Begründung zurück, daß die Kläger auf jeden Fall das Schriftstück hätten durchlesen müssen und an ihre Unterschrift auch mit bezug auf die frichtige Bestimmung gebunden seien. — Die Kläger hatten neben anderen keinen Forderungen noch 1 1/2 Stunden bezahlte verlangt, da sie am Lohnungstage auf Geld warten mußten. Der Beklagte wurde für nicht verpflichtet erklärt, diese Zeit zu vergüten.

Die Altersversicherung der Musiker, welche in Wirthshäusern, bei Hochzeiten und ähnlichen Gelegenheiten Tanzmusik machen, betrifft eine Revisionsentscheidung des Reichs-Versicherungsamtes, in der neben anderen folgendes gesagt ist: Die Glieder jener erwähnten Kategorie der Musiker, welche je nach der Gelegenheit sich zu gemeinsamer Thätigkeit vereinigen, ohne jedoch ein ständiges Musikkorps zu bilden, stehen sich im allgemeinen gleichberechtigt gegenüber. Wenn einer der Leute, welche sich so zusammenschließen, um bestimmte Aufträge auszuführen, das Gesamtkorps fernmacht und die Musik leitet, so wird er dadurch noch nicht der Arbeitgeber seiner Mitspieler und diese werden noch nicht seine Angestellten. Selbst dann ist dies der Fall, wenn der erstere bei der Honorierung bevorzugt wird. Das Merkmal jeder der Versicherungsbeiträge begründende Thätigkeit ist die persönliche Abhängigkeit des Arbeitenden, und diese wird durch das angeführte Zusammenwirken nicht geschaffen. Es steht bei diesen Beziehungen jedem einzelnen vollkommen frei, das nächste Mal mit anderen Kollegen zusammen zu spielen. Der Kläger, den die Versicherungsanstalt als nicht versicherungspflichtigen, selbständigen Unternehmer anfang und dementsprechend behandelt hatte, wurde auch von der Revisionsinstanz mit seinem Anspruch auf Altersrente abgewiesen.

Gerichts-Beilage.

Der Leiter der „Freien Volksschule“, Julius Türk, war seinerzeit vom Landgericht zu Berlin zur Zahlung von 96 M. verurtheilt worden, weil in seinem Auftrage auf Kosten des Vereins „Freie Volksschule“ im Sommer 1893 Zigaretten, Zigaretten und „geistige Getränke“ angeschafft und gelegentlich des großen Festes in Schönholz am 29. Juni desselben Jahres verkauft worden waren. Es wurde ihm zur Last gelegt, Handel im Umherziehen zu betreiben zu haben, ohne die nach dem Gesetz vom 3. Juli 1876 und nach § 86 Nummer 1 der Gemeinde-Ordnung erforderliche Erlaubnis zu besitzen. Seine Revision hat nun der Strafsenat des Kammergerichts am 22. April zurückgewiesen, indem er sich den Gründen des Landgerichts im wesentlichen anschloß. An einem gewerblichen Zweck habe es bei dem Kauf und Verkauf nicht gelehrt, denn es habe ein Gewinn erzielt werden sollen, wenn auch zu Gunsten eines Vereins, der einen erzieherischen Zweck verfolgte. Auch sei unter den Umständen, welche dabei obwalteten, in dem Handel ein „Handel im Umherziehen“ zu erblicken.

Eine Privatklage, in welche auch ein von dem Freiherrn v. Hamnerstein in genommenes Darlehen hineinspielt, kam gestern vor der Berliner 8. Strafkammer in zweiter Instanz zur Verhandlung. Kläger war der Versicherungs-Direktor von Kunowski zu Breslau, Angeklagter der Redakteur der „Deutschen Versicherungs-Zeitung“ Hans Raubow zu Berlin. Der Kläger war seinerzeit Generalagent der Hagelversicherungs-Gesellschaft „Vorussia“, deren Verwaltungsvorsitzender von Hammerstein im Jahre 1885 war. Dieser erhielt 1885 von dem Vorhande aus der Gesellschaftskasse auf sein Ansuchen 15 000 M. geliehen. Er hinterlegte zur Bedung Werthpapiere, bei denen aber nicht alles in Ordnung gewesen sein soll; als die verprochenen Rückzahlung nach drei Tagen nicht erfolgte, führte Direktor Ed die Summe aus eigenen Mitteln an die Kasse ab und erhielt sein Geld erst nach 3-4 Wochen von Hammerstein zurück. Im Jahre 1890 reichte v. Kunowski plötzlich eine Beschwerde gegen die Vorussia ein, in welcher er eine lange Reihe von Mißthatigkeiten der Verwaltung, unter denen auch das Hammerstein'sche Darlehen figurirte, aufzählte. Der Vorstand wies die Beschwerde nach eingehender Prüfung zurück. v. Kunowski ging dann an den Ausschuß und als auch dieser die Beschwerden nicht anerkannte, an den Sanitätswirtschaftsminister, der den Polizeipräsidenten mit einer Untersuchung betraute. In letzterer sind einzelne Unregelmäßigkeiten, aber keine kriminellen zu verfolgende Vergehungen festgestellt worden. Herr v. Kunowski wurde darauf aus seiner Stellung entlassen und verlor seinen gegen die „Vorussia“ angehängten Zivilprozeß in zwei Instanzen. Tagesweise fiel eine Verleumdungs-Affäre mit dem Direktor Krüger. v. Kunowski wurde,

weil er es verweigert hatte, sich mit letzterem zu schlagen, durch ehrenrichtliches Urteil der Berechtigung beraubt, die Offiziersuniform zu tragen. v. Kunowski gründete dann die Dänersche Hagelversicherungs-Gesellschaft, eine aus hochfeudalen Großgrundbesitzern bestehende Gesellschaft und bekämpfte die Konkurrenzgesellschaft und deren Praktiken in verschiedenen Zeitungen. Nun brachte die „P o s s i l e Zeitung“ einen Bericht aus Breslau vom 25. Oktober, wonach der Projektbevollmächtigte des Herrn v. Kunowski, Rechtsanwalt Freige, in einem in fortgeschrittenen Verein „Franz Ziegler“ gehaltenen Vortrage das Vorgehen der „P o s s i l e“ gegen v. K. und das Darlehensgeschäft, welches Herr v. Hammerstein mit dem Vorstande gemacht habe, grell beleuchtete. Nunmehr erschien in der „Deutschen Versicherungszeitung“ ein geharnischter Artikel gegen Herrn v. Kunowski, in welchem dessen Persönlichkeit und Charaktereigenschaften stark herabgewürdigt wurden, die Quellschicht erzählt und schließlich behauptet wurde, daß er als konfessioneller Mann sich nicht scheue, durch den angeblich in seinem Auftrage gehaltenen Vortrage des Rechtsanwalts Freige den politischen Gegnern vergiftete Waffen zu liefern. — Das Schöffengericht hatte diesen Artikel für beleidigend erkannt und den Angeklagten zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Gesehn beanspruchte Rechtsanwalt Sach s für den Angeklagten den Schutz des § 193, dessen Anwendbarkeit der Rechtsanwalt Radbly aus Breslau energisch bekämpfte. Der Gerichtshof erkannte auf Verwerfung der Berufung.

In geradezu krafftem Widerpruch mit einander standen die Aussagen bei einer Verhandlung wegen Körperverletzung bezw. Beleidigung und Bedrohung, die gegen den Eisenbahnschaffner Hartwig und den Maurer Köhl vor die I. Strafkammer führten. Auf dem Bahnhofs Gesundbrunnen kommen, wie der erste Angeklagte behauptet, häufig Reibereien zwischen dem Publikum und den Bahnbeamten vor, und letztere wollten vielfach der Gegenstand höhnischer Bemerkungen bei der Kontrolle der Fahrkarte sein. Am 20. Dezember ereignete sich dort ein Aufruhr, der darin seine Ursache hatte, daß einige Arbeiter, die mit einem Zuge angekommen waren, der Anordnung des ersten Angeklagten, den rechten Teil der Ausgange- treppe zu benutzen, angeblich nicht nachkommen wollten. Die Erregung war eine große; aus der Mitte der Arbeiter sollen dem Beamten Schimpfworte entgegengeschleudert worden sein und dieser soll schließlich seinen Platz verlassen und dem Angeklagten Köhl mit der eisernen Kontrollzange einen Schlag gegen den Kopf versetzt haben, daß er blutete. Köhl bestritt, überhaupt Beleidigungen ausgestoßen zu haben und behauptete, daß der Mitangeklagte Hartwig direkt seine Kontrollzange verlassen habe und ihm nachgeeilte sei, um ihm den Schlag zu versetzen. Der Schaffner wiederum bestritt dies lebhaft. Er behauptete, daß es sich hier wieder um eine der auf dem Bahnhofs Gesundbrunnen nicht ungewöhnlichen Schilonen gegen die Bahnbeamten handele. Tatsächlich habe er nur in der Notwehr die Kontrollzange zu seinem Schutze erhoben, als Köhl in drohender Haltung auf ihn zugekommen sei. Die Behauptung wurde von einem anderen Bahnbeamten durchweg bestätigt, während dessen Aussage wieder von zwei Arbeitern des Angeklagten Köhl in jedem Punkte als der Wahrheit widersprechend bezeichnet wurde. Diese einander bekämpfenden Befundungen ergaben ein so wenig klares Bild, daß der Gerichtshof beschloß, noch einige der von beiden Parteien vorgeschlagenen Zeugen zu einem nächsten Termine zu laden. Es wird abzuwarten sein, ob sich eine Form finden läßt, um diese Widersprüche auszugleichen, ohne daß eine der beiden Parteien den Eid zu verlegen braucht.

Eines jener modernen Mädchengelasse, die den Namen „Dienstbotenkäse“ verdienen, gab Veranlassung zu einem Schandensener, für dessen Entstehung die unerbietliche Emilie G. gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II verantwortlich gemacht wurde. Die Angeklagte befindet sich im vergangenen Jahre im Dienst des Tonkünstlers Ansförge zu Charlottenburg, Ullmen-Allee 17. Als Schlafraum ward ihr eine Dachkammer angewiesen, die so niedrig war, daß man nicht aufrecht darin stehen konnte. Außerdem war die Kammer vollständig dunkel und so eng, daß das Mädchen sich kaum darin bewegen konnte. Am 15. Dezember v. J. hatte die Hofmann ihren Ausgeh-Sonntag; um sich anzuziehen, mußte sie eine Lampe mit in die Kammer nehmen, und da die niedrige Hängelampe auf dem Hausflur gebraucht wurde, bediente sie sich zur Beleuchtung ihres Schlafraums einer mit Zylinder versehenen Studenlampe ohne Glaste. Bei einer früheren Gelegenheit hatte die G. die Lampe auf den Fußboden gestellt und hierbei das Malheur gehabt, dieselbe, als sie sich in dem engen Raum umdrehte, umzustößen. Um diese Unannehmlichkeit zu vermeiden und größeres Unglück zu verhüten, stellte das Mädchen die Lampe auf ein in geringer Entfernung von den Dachsparren angebrachtes Brett, alsdann vollendete sie ihre Toilette und ging fort. Als sie abends um 10 Uhr nach Hause zurückkehrte, brannte das Dach des Hauses und die Feuerwehrr war gerade dabei, den Brand zu löschen. Das Feuer war in der Kammer entstanden und konnte nur dadurch hervorgerufen sein, daß ein hölzerner Dachsparren durch die auf dem darunter befindlichen Brett stehende Lampe in Brand geraten war. Gegen das Mädchen wurde — nicht gegen die Herrschaft — Anklage wegen fahrlässiger Brandstiftung erhoben. Vor der Strafkammer schilderte das Mädchen den Tatbestand in der angegebenen Weise und gab an, sie habe die Lampe anderweitig nicht hinstellen können, als auf jenes Brett, und auch nicht gewünscht, daß die mit Farbe über- tünchte Verschalung des Daches aus Holz bestünde. — Der Gerichtshof erachtete in dem Umfange, daß die Angeklagte die Lampe dicht unter die Verschalung gestellt hatte, eine fahr- lässigkeit und erkannte auf zehn Mark Geldstrafe!

Wegen Schilderung der absonderlichen Sittenverhältnisse, unter denen die Arbeiterinnen der Patronenrahmen-Fabrik von Berthold u. Mansfred Weis in der Chauffee Nr. 50 zu leiden hatten, war, wie noch erinnert sein wird, der Metallarbeiter Ventler in der Schöffengerichtssitzung vom 8. März zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Einer der angegriffenen Werksführer der Fabrik, namens Simon, hatte durch Justizrat v. Simon eine Privatbeleidigungsklage gegen Ventler eingeleitet und dieser war mit der erwähnten Strafe bedacht worden, weil in der im vorigen für völlig wahr erkannten Schilderung sich ein nebensächlicher Punkt nicht hätte erweisen lassen. Am 20. April stand in der Sache vor der Verurteilung Termin an. In dieser Verhandlung wurde Ventler völlig freigesprochen; das Gericht legte dem klagenden Weis sämtliche Kosten zur Last. Simon war zu dieser Verhandlung trotz gerichtlicher Ladung übrigens gar nicht erschienen; wie uns berichtet wird, war er nicht aufzufinden gewesen. Mit diesem Ausgang der Gerichtsverhandlung bleibt die Brandmarlung, welche die für unsere heutigen Zustände im Vaterlande des Kapitalismus bezeichnenden Arbeitsverhältnisse in der Fabrik von Berthold u. Mansfred Weis erlitten haben, in ihrer vollen Schärfe bestehen.

Die weiße Fahne mit der roten Aht. Am 1. September v. J. hatte der Schmelzer Ernst Ritter aus der Wohnung seiner Mutter in Bahnen bei Leipzig eine weiße Fahne mit einer roten Aht zur Passafestherausgegeben. Im Orte veranstaltete der Militärverein an diesem Tage einen Umzug; einige dieser Patrioten nahmen an der weißen Fahne Anstoß. Obgleich die Einwohner von Bahnen zu zwei Dritteln Sozialdemokraten sind, nahm das Schöffengericht in seiner Sitzung vom 4. Februar doch als erwiesen an, daß der größte Teil der Bevölkerung durch die Fahne beleidigt sei und verurteilte Ritter wegen groben Unfugs zu einer B o s e H a f t. Obgleich nun in einem Zivilrechte das Gericht in zwei Instanzen entschieden hatte, daß das Heraushängen einer weißen Fahne mit einer roten Aht

gegen kein Verbotsgesetz verstoße, mithin keine strafbare Handlung sei, wies das Landgericht Leipzig durch die Strafkammer 5 die Berufung als unbegründet zurück, da beim Heraushängen der Fahne offenbar von der Absicht beseelt gewesen sei, eine Kundendemonstration zu veranstalten, dadurch aber das Publikum belästigt und die öffentliche Ordnung gestört hat.

Nötigung? In der unter dieser Stichmarke in Nr. 91 gebrachten Meldung haben wir richtig zu stellen, daß der Angeklagte nicht Rebel, sondern Ehlers hieß; Rebel, der bei der Firma Neumann (nicht Neumann u. Ehlers) arbeitete, diente in der Gerichtsverhandlung als Zeuge.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung von Handlungsgehilfen, Gehilfen und Gewerbetreibenden, welche von der „Freien Vereinigung“ veranstaltet worden war und den großen Saal des Herrn Cohn, Weußstraße, bis auf den letzten Platz füllte, nahm zu den bekannten Vorschlägen der Reichskommission für Arbeiterkaffien Stellung. Der Referent, Zigarettenhändler Dünge, verübte zunächst die Feststellungen der Kommission über die Dauer der Geschäfts- bzw. Arbeitszeit in den „offenen Verkaufsstellen“. Dieselben hätten unter andern ergeben, daß in beinahe fünfzig Prozent der in die Enquete einbezogenen Geschäfte die Arbeitszeit über 14 Stunden hinausging und daß in 44,9% der fraglichen Handlungen sogar die männlichen Lehrlinge über 14 Stunden täglich (Pausen eingeschlossen) schonen mußten, während weibliche Lehrlinge in 17,5% d. d. in betracht kommenden Handlungen eine längere Arbeitszeit als 14 Stunden hatten. Diese und andere Mißstände hätten nun die Reichskommission zu den Gesetzesvorschlägen veranlaßt, gegen die seitens eines Theils der Geschäftsinhaber Sturm gelaufen werde. Redner verteilte die Vorschläge der Kommission, deren hauptsächlichster ist, daß offene Verkaufsstellen von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh für Publikum und Verkehr geschlossen sein sollen. Er erklärte betreffs der vorgeschlagenen Ausnahmen, daß es genügt wird, wenn man das Offenhalten der Geschäfte bis spätestens 10 Uhr nur für höchstens 14 Tage im Jahr zuließe und nicht, wie vorgeschlagen sei, für etwa 30 Tage. Nicht ganz zufrieden sei man mit dem Vorschlag, daß die Mittagspause $1\frac{2}{3}$ Stunden nur dort dauern müsse, wo das Essen nicht vom Prinzipal gewährt werde. Auch denen sei eine gesetzlich normierte feste Mittagspause wohl zu gönnen, welche, wie meistens in der Kolonialwaaren-Branche, die Kost vom Prinzipal bekämen. Jetzt werde in der genannten Branche die Arbeitszeit oft neben der Arbeit eingenommen. Eine einständige Mittagspause wäre für die betreffenden jungen Leute nicht zu viel. Mit dem zweiten Theil der Vorlage, der die Kündigungsgesetze betrifft, könne man sich völlig einverstanden erklären, besonders mit der vorgeschlagenen Minimalfrist von vier Wochen. Wenn im dritten Theil gefordert werde, daß Betragsklauseln, welche den Eintritt des Gehilfen in ein anderes Geschäft oder die Möglichkeit, sich selbständig zu machen, erschweren, nur unter gewissen Bedingungen zulässig sein sollen, dann sei das an und für sich erstreblich; die Gehilfenschaft jedoch fordere das gesetzliche Verbot jedweder sogenannten „Konturrenzklausel“. Redner wandte sich dann zu der vielbesprochenen Protestversammlung des Vereins der Kaufleute und Industriellen vom 19. April, indem er deren Veranstalter und besonders den Referenten Direktor Bogis gebührend charakterisierte. Redner schlägt schließlich eine Resolution vor und schließt mit den Worten: Wir wollen nach 8 Uhr Menschen und frei sein. (Lebhafte Beifall.) H. S o f f m a n n, welcher als „Eingeladener“ in der berichtigten Versammlung vom 19. April anwesend war, schildert unter wiederholter stürmischer Heiterkeit den Verlauf derselben. Er bemerkt, die Stücker-Antisemiten-Versammlungen von früher seien noch die wahren Anstandslosigkeiten gewesen gegenüber dieser Versammlung. Das regelhafte Betragen der Gegner des Nachschlusses habe alle Grenzen überschritten. — Rechtsanwalt Dr. B i e d e r tritt lebhaft für die Kommissionsvorschläge ein und betont dabei, sich eins zu wissen in seinem sozialen Verlangen mit allen Mitgliedern der „Ethischen Kultur“, welcher Gesellschaft er angehört. (Lebhafte Zustimmung.) — Reichstags-Abgeordneter M o l k e n b u h r: Er sei auch Gegner des Entwurfs, aber nur deshalb, weil er nicht weit genug gehe. Wenn derselbe die ununterbrochene Nachtarbeit auf 9 Stunden normieren wolle, dann werde damit den Handlungsgehilfen immer noch eine fast übermenschliche Arbeitszeit (15 Stunden) zugemuthet, und wenn der Entwurf dann auf sechs ungeheuren Widerstand stoße, dann könne man erst erwägen, welche grenzen- hafter Zustand in Wirklichkeit herrschen. Redner schildert dieselben nach den Erhebungen der Reichskommission für Arbeiterkaffien, der er angehöre und ermahnt die Versammelten, es den Unternehmern im „Schreien“ gleichzutun. (Großer Beifall.) Die weitere Debatte bewegte sich im Sinne der Ausführungen der Vorredner. Gegen 2 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung richtet an den hohen Reichstag und Bundesrath das dringende Ersuchen, die von der Reichskommission für Arbeiterkaffien unter I. gewachten Vorschläge mit der Abänderung um Gesetz zu erheben, daß sämtliche kaufmännische Geschäfte um 8 Uhr abends geschlossen werden müssen, daß jedoch die nächtliche ununterbrochene Nachtarbeit 12 Stunden (nicht 9) betragen dürfe. Im Falle der Ablehnung bittet die Versammlung um die Einföhrung einer Maximal-Arbeitszeit von höchstens 10 Stunden und von höchstens 8 Stunden für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren. Mit der Einföhrung der Minimal-Kündigungspflicht erklärt sich die Versammlung einverstanden, fordert dagegen das Verbot jeder Konturrenzklausel, da sie in derselben eine schwere Schädigung der Handels- Angelegenheiten erblickt. — Der Vorstand der „Freien Vereinigung“ wurde beauftragt, für die Angehörigen der Kolonial- und Zigarettenbranche eine Versammlung mit der gleichen Tagesordnung zu einem Sonntag Nachmittag einzuberufen.

Zur Lohnbewegung der Tabakarbeiter. Die Tabakarbeiter Berlins versammelten sich am Donnerstag Abend sehr zahlreich in Meißer Salon, Weußstraße, um den Bericht der Lohnkommission über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Zutry berichtete im Namen der Kommission. Es haben bis zur Stunde 76 Firmen mit 684 Arbeitern den Tarif bewilligt; nicht bewilligt und folge dessen im Streik befindlich sind 198 Arbeiter bei 88 Firmen. Zur Unterstützung der Streikenden empfiehlt die Kommission der Versammlung, dieselbe wie folgt festzusetzen: Für den männlichen Arbeiter eine wöchent- liche Unterstüfung von 12 M., für den weiblichen Arbeiter eine solche von 9 M., für Hilfsarbeiter Juristen resp. Postmacher werden 7,50 M. und für Tabakrippers 6 M. gezahlt. Ferner wurde der Versammlung seitens der Kommission empfohlen, die Unter- stützungsfrage in der Weise zu regeln, daß die Versammelten sich verpflichten, vom nächsten Sonnabend an einen Wochenbeitrag, und zwar die männlichen Arbeiter einen solchen von 1 M., die weiblichen von 0,50 M. an die Kommission zu zahlen, um die im Kampf befindlichen Kollegen auch unterstützen zu können. Diese Vorschläge der Kommission wurden von der Ver- sammlung einstimmig zum Beschluß erhoben. Ferner wurde das Verhalten einiger Kollegen, welche bis jetzt nicht den Muth hatten, ihren Fabrikanten die Forderung der Tabakarbeiter zu unterstützen, scharf verurtheilt, und forderte man dieselben auf, das Verfümmelte nachzuholen. Ganz besonders aber wurde das Verhalten der Arbeiter, welche in der Fabrik von Toussin, Heiligegeiststr. 21, arbeiten getadelt, da diese unter ganz besonders eigenwilligen Bedingungen sich verpflichteten weiter zu arbeiten. Genannter Fabrikant erklärte seinen Arbeitern, daß er den Tarif bewillige, den betreffenden Lohnzuschlag aber den Arbeitern sparen werde, bis der Streik für die Arbeiter

siegreich zu Ende geführt sei. Sollten aber die Arbeiter in ihrem Lohnkampf nicht überall den tarifmäßigen Lohn erlangen, dann wird der Lohnzuschlag auch nicht ausgezahlt. Daß es möglich war, auf diese Bedingungen einzugehen, schien der Versammlung fast unverständlich. Ganz anders und zwar wider alles Erwarten, sieht es in der Fabrik von Martienssen, Weberstr. 5, aus. Eine große Anzahl von Arbeiterinnen erklärten sich solidarisch mit den andern Arbeitern und gaben das Versprechen, ebenfalls bei ihren Fabrikanten betreffs der Tarifbewilligung vor- sätzlich zu werden; sollte das Verlangen abgelehnt werden, so wolle man die Arbeit niederlegen. — Es wurde insolge dessen und nach Lage der ganzen Sache anerkannt, daß der Stand der Lohnbewegung ein sehr günstiger sei und es nur an der Unentschlossenheit der Kollegen liegt, daß der Streik noch nicht überall siegreich beendet ist. Jedoch ist die Versammlung der Ansicht, und giebt sich der Hoffnung hin, daß der Muth und die Entschlossenheit in der heutigen Versammlung dafür bürgt, daß in nicht mehr allzu langer Zeit der tarifmäßige Lohn überall gefordert und auch bewilligt werden wird. Es wurde außerdem noch bekannt gegeben, daß die Gelder, welche für die streikenden Arbeiter bestimmt sind, an jedem Sonnabend, abends von 7—9 Uhr, im Verkehrslokale, Reinitzstr. 11, vom Kassirer der Lohnkommission gegen Quittung entgegengenommen werden.

Eine zahlreiche besuchte Versammlung der Wandpudrieren der Puhler fand am Donnerstag Abend statt. Nach den Feststellungen der Kommission sind es nur 181 Puhler, die nicht an der Lohnbewegung theilgenommen haben. Die Theilnahme erstreckt sich bis auf die Außenbezirke Berlins, Zehlendorf, Lichterselde, Steglitz, Grünau, Karihof, Friedrichshagen, Richtenburg, Pankeow und Reinickendorf. Ferner theilte die Kommission mit, daß in den nächsten Wochen 127 Bauten in Angriff genommen werden, so daß die Lage als eine günstige zu bezeichnen sei. Aufgabe der Puhler müsse es aber sein, bei keinem Puhmeister in Arbeit zu treten. In der Diskussion pflichteten sämtliche Redner den Anordnungen der Kommission bei und empfahlen eine rührige Agitation, denn es sei zu erwarten, daß sich die Puhmeister bald wieder bemerkbar machen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, auf keinem Bau Maurerarbeiten auszuführen.

Die Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter beschloß am 23. d. M., die Verfügung des Oberpräsidenten auf Ersetzung der Unterscheidungsnummer von 52 Wochen auf 26 Wochen abzuweichen. Besondere wurde darauf hingewiesen, daß im ersten Quartal d. J. das finanzielle Ergebnis der Kasse als ein recht gutes bezeichnet werden kann.

Der Aufstand der Kleinfabrikarbeiter. Die Ausständigen hielten am Freitag eine gut besuchte Versammlung ab, die von einer regen Begeisterung für die Sache Zeugniß ablegte. Allgemein wurde behauptet, daß die Fabrikanten diesen Aufstand deshalb hervorgerufen haben, um für ihre Fabrikate höhere Preise zu erzielen. Beim zweiten Punkte entstand eine lebhaftige Diskussion betreffs des Arbeitsnachweises der Ausständigen. Obwohl einzelne Redner von der Ansicht ausgingen, um die Unterstützung nicht in Anspruch zu nehmen, sollte man, wenn sich Gelegenheit bietet, in Arbeit treten, wurde man sich dahin einig, bis auf weiteres keine Arbeit zu nehmen und stimmte folgendem Antrag zu: Sämmtliche Kollegen halten es für ihre Ehrenpflicht, im Aufstand so lange zu verharren, bis unsere Forderungen bewilligt sind und somit kein Kollege in andere Arbeit tritt.

Nixdorf. Die Schuhmacher nahmen am 19. April Stellung zur Lohnbewegung. Winler sprach in sehr eingehender Weise über die aufgestellten Forderungen. Auf Antrag des Redners soll eine Kommission den Jungmeister folgende Forderungen unterbreiten: 1. Vornormierung von 10 bis 15 pCt. für neue Arbeit, 2. für sämtliche Reparaturen 40 pCt. Stundenlohn bei selbständiger Arbeitszeit, 3. Freigabe des 1. Mal. In der Diskussion wurde diesen Vorschlägen zugestimmt und zum An- schluss an den deutschen Schuhmacher-Verein aufgegeben.

Arbeiterbildungsschule. Sonnabend Abend von 6—9 Uhr: Sied- schule, Waldemarstr. 14: Rede: Die wichtigsten Gründe für die Berufung der öffentlichen Schulen. 7 Uhr: Vortrag von Professor Dr. G. H. Herrmann: Die Nationalökonomie. 7 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 8 Uhr: Nationalökonomie. 8 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 9 Uhr: Nationalökonomie. 9 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 10 Uhr: Nationalökonomie. 10 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 11 Uhr: Nationalökonomie. 11 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 12 Uhr: Nationalökonomie. 12 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 1 Uhr: Nationalökonomie. 1 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 2 Uhr: Nationalökonomie. 2 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 3 Uhr: Nationalökonomie. 3 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 4 Uhr: Nationalökonomie. 4 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 5 Uhr: Nationalökonomie. 5 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 6 Uhr: Nationalökonomie. 6 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 7 Uhr: Nationalökonomie. 7 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 8 Uhr: Nationalökonomie. 8 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 9 Uhr: Nationalökonomie. 9 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 10 Uhr: Nationalökonomie. 10 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 11 Uhr: Nationalökonomie. 11 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 12 Uhr: Nationalökonomie. 12 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 1 Uhr: Nationalökonomie. 1 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 2 Uhr: Nationalökonomie. 2 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 3 Uhr: Nationalökonomie. 3 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 4 Uhr: Nationalökonomie. 4 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 5 Uhr: Nationalökonomie. 5 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 6 Uhr: Nationalökonomie. 6 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 7 Uhr: Nationalökonomie. 7 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 8 Uhr: Nationalökonomie. 8 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 9 Uhr: Nationalökonomie. 9 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 10 Uhr: Nationalökonomie. 10 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 11 Uhr: Nationalökonomie. 11 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 12 Uhr: Nationalökonomie. 12 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 1 Uhr: Nationalökonomie. 1 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 2 Uhr: Nationalökonomie. 2 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 3 Uhr: Nationalökonomie. 3 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 4 Uhr: Nationalökonomie. 4 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 5 Uhr: Nationalökonomie. 5 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 6 Uhr: Nationalökonomie. 6 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 7 Uhr: Nationalökonomie. 7 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 8 Uhr: Nationalökonomie. 8 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 9 Uhr: Nationalökonomie. 9 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 10 Uhr: Nationalökonomie. 10 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 11 Uhr: Nationalökonomie. 11 1/2 Uhr: Nationalökonomie. 12 Uhr: Nationalökonomie. 12 1/2 Uhr: Nationalökonomie.

Arbeiter-Vereinigung Berlins und Umgebung. Vorsitzender: Dr. Neumann, Voss-Offenstraße 4. — Alle Veränderungen im Vereins-Verzeichnis sind zu richten an Frau Wäckerle, Str. 10, p. 1. Arbeiter-Kundendienst Berlins und Umgebung. Veränderungen im Verzeichnis sind zu richten an Otto Schulz, Kottbuser Damm 72. Vorstand der Vorkasse: Dr. Neumann, Voss-Offenstraße 4. Geste, abends 8 Uhr, bei Frau Wäckerle, Str. 10, p. 1. Vorstand: Dr. Neumann, Voss-Offenstraße 4. Wahl des Delegirten zur Generalversammlung. Ethische Gesellschaft. Sonntag, den 26. April, abends 7 Uhr bei Hofmann, Alexanderstr. 170: Große Versammlung. Vortrag über: Ver- treuen und Strafe. Nachher geistliches Besammentein.

Vermischtes.

Vischöflicher Stil. In einer Rede, die der Weihbischof Schmitz in Krefeld bei Vollendung des Thurmbauens der Sankt Dionysius-Kirche gehalten, lesen wir folgende Stillsätze: „Dieser Thurm, ein Gedankenstrich, so inhalt- voll, steht da inmitten der Stadt und überschattet nicht allein die Kirche, sondern auch unser Haus und Gewerbe und unser ganzes wirtschaftliches Leben.“ Großartiger Still!, dieser Bischof! Daß ein Thurm zum Gedankenstrich wird, ist schon ein köhnes Bild, aber wie der Gedankenstrich inhaltsvoll werden kann, ist uns vollständig unbekannt. Dann überschattet dieser inhaltsvolle Gedankenstrich gar das wirtschaftliche Leben — hören Sie auf, Herr Bischof! und schwindelt. Wippen ist ja ein Waisenkübe gegen Sie. Wenn Sie den Thurm noch mit einem Ausruhmzeichen ver- gleichen hätten, oder wie der selige Alfred de Musset mit einem i, aber dem der Bollmoud den Punkt bildet, — aber ein aufrecht- stehender Thurm als horizontaler Gedankenstrich, das ist wohl ein Gleichniß aus der vierten Dimension!

Von Verschwommenen lesen wir in nationalliberalen Blättern (die Nationalliberalen betreiben, wie man weiß, die Anarchisten- kultur als Spezialität):

In der sozialdemokratischen Bewegung spielte Kusang der 80er Jahre der Schuhmacher Max Baginsky eine größere Rolle unter den „Jähren“. Später Redakteur des „Proletariats“ aus dem Eulengebirge, wurde er zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurtheilt, verübte sie aber nicht ganz, da er einen ihm zur Herstellung seiner Gesundheit gewährten Urlaub zur Flucht nach der Schweiz benutzte, von wo er nach Amerika ging. Nachdem er längere Zeit verhoffen war, hat er jetzt, der „Post“ zufolge, in Chicago ein anarchisches Blatt „Sturmloeden“ gegründet, welches in deutscher Sprache erscheint. Das Blatt trägt das Motto: „Spiez voran — drauf und dran!“ Gleichfalls in Chicago befindet sich jetzt der aus Deutschland geflüchtete anarchische Agitator Kaiser Victor Buch und der aus der Unabhängigen-Bewegung be- kannte Sauter L o m b i n, sowie der Bruder des genannten Baginsky.

Von den „Sturmloeden“ ist uns eine Nummer zugegangen. Schwach, langweilig und ungrammatikalisch. All diesen Leuten, die keine Gedanken haben und bloß schimpfen, ist Amerika ver- derblich, wo jeder das Recht hat, so viel zu schimpfen wie er will und — kann. Sogar Most konnte nicht lang. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 26. April.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen.
Erster Abend: Die Walküre.
Schauspielhaus. Judith.
Deutsches Theater. Der Meister von Palmyra.
Festung-Theater. Das Glück im Winkel.
Berliner Theater. König Heinrich.
Neues Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Residenz-Theater. Hotel zum Freihaufen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Der Hungerleider.
Schiller-Theater. Durch's Ohr.
Unter Brüdern. Der Jantarfel.
Nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Selle-Alliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Theater Unter den Linden. La Cigale.
Central-Theater. Der Schwiegervater.
Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin.
Alexanderplatz-Theater. Die Russtiere im Damenstift.
Reichshallen-Theater. Die kleinen Kammern. Vorher: Die Balletschule.
National-Theater. Nathan der Weise.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Sausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr: Durch's Ohr. Unter Brüdern. Der Jantarfel.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ohne Geländ. Abends 8 Uhr: Ein toller Einfall.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Gastspiel des Contr. Dreher-Ensembles vom Gärtnerplatz-Theater in München.
Conrad Dreher als Gast.
Auf vielseitiges Verlangen:
Der Schwiegervater.
Poffe mit Gesang in 3 Akten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Der Schwiegervater.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Gastspiel des Fr. Clara Leno vom Berliner Theater und des Herrn Ernst Eppstein v. Stadttheater z. Göttingen.
Nathan, der Weise.
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von G. E. Lessing.
Regie: Max Samst.
Morgen: Im Abgrund. Vorher: Ein kleines Mißverständnis.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 21. Male:
Das flotte Berlin.
Große Aufführung-Gesangspoffe in 3 Akten von Leon Treptow und Ed. Jacobson.
Kupfisch und Quodlibets von G. G. S. R. R.
Musik von G. Steffens.
2. Akt: „Alt Berlin.“
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Eden-Theater.
Welt-Restaurant
97. Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich:
Weltberühmte Tyroler-Sänger-Gesellschaft
Almenrausch u. Edelweiss.
Direktion: Alois Ebner.
Entree vollständig frei!
Sonntag, den 26. April:
Große Variété- und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 6 Uhr.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Neu! Berliner Blau. Neu!
Poffe mit Gesang u. Tanz in 1 Akt.
Morell Stuart,
Gallerie berühmter Männer.
Auftritte d. gesammten Künstlerpersonals in sein. Glanznummern.
Anf. Wochent. 8 U. 10 Pf.
Sonnt. 6 1/2 U. **Entree** 30 Pf.
R. Winkler.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr, vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.

Wissenschaftl. Theater
abends 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62, Leber. Stadtbahn.
Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr
abends ab. Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Vorträge abends 8 Uhr.
Näheres die Tagesanschlüge.

Passage-Panopticum.

Echter Harem
aus der afrikanischen Stadt Kayrowan.
Haremsfrauen und Kinder, Tänzerinnen, Sängerinnen, Eunuchen und Sklaven.

Castan's Panopticum.

165 Friedrichstrasse 165.
Neu! Der Ballon-Mensch
!! Allerseelen !!
die sensationelle Illusion.
Kasparle-Theater. • Concert-Kapelle.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Nur noch bis 30. dieses Monats
das erfolgreiche
April-Programm.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Am 1. Mai 1896:

Eröffnung der Sommer-Saison
und des
Concert-Gartens.
Vollständig neues Programm.

Wer ist Rudinoff???
Rudinoff macht alles!!!
Jeden Abend 9 1/2 Uhr:
Die geniale Rudinoff
Kaufmann's Variété-Theater
Königsstrasse, Colonnaden.
Bomben-Erfolg des neuen Programms.
Die Mimode.
Die deutschen Eiden.
Die lebende Brücke.
Jean Bayer
mit seinen Lokal-Schlagern.
Baron's dreifürte Löwen.
Die reizende Luftsee Albertina.
Ferner 18 Nummern.
Ausverkauft! Ohne Reklame.

Th. Boltz' Festsäle,
S., Alte Jakob-Strasse 75.
Am 1. 1082. 4501L.
Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen.
Zum 1. Mai oberer Saal frei.

Mart. Berndt's Bürstelnube
empfiehlt nach wie vor allen Freunden und Bekannten ihren vorzüglichen Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch.
Jeden Sonnabend von 8 Uhr ab: ff. Eisbeins. Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bitte! Martin Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstrassen Ecke.

Oranienburg.
Waldhaus Sandhausen,
nahe dem Lehnitz- u. Grabowsee, fünfzehn Minuten vom Bahnhof rechts.
Empfehle den Genossen mein Lokal zu Ausflügen. Dasselbe ist am Walde gelegen, mit großem schattigen Vor- und Hintergarten, gr. Pariser Zausaal, Konzertbühne, für Gesangsvereine vorz. geeignet. Al. Saal für Gesellschaften etc. zur gef. Benutzung. 4698L.
J. Woyde, Gastwirth.
Einziges Verkehrslokal der Genossen von Oranienburg und Umgegend.

Reichsgarten
Friedenstr. 20
(Ecke Böckstrasse).
Täglich:
Grosses Frei-Concert.
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.
NB. Meinen alten Kunden und Freunden zur Nachricht, daß ich mein Gartenlokal in dieser Saison wieder selbst bewirtschaftete. H. Koslowski.

Feen-Palast, Burg-Strasse 22.

Nur noch bis 30. April Gastspiel der Türkenringer.
Internationale Ringer-Truppe unter der Leitung des Sultanrings H. Nieman, Hamburg }
des Sultanrings v. d. Berg, Holland }
Ringlämpfer Sr. Maj. des Sultans. Ch. Foret, Belgien }
Dazu das große erfolgreiche Spezialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr. **Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.**
Sonntags 6 1/2 Uhr. **Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.**
Sonntag, den 26. April: Sensations-Ringkampf zwischen dem bis jetzt unbefiegten Sultanringer Memisch und Richard Nogat.

Frischen Maitrank
ausgezeichnet im Geschmack, à Flasche 50 Pf. excl. 4780L.
Johannisbeer-Wein, weiß und roth.
Heidelbeer-Wein, Stachelbeer-Wein, ganz vorzügl. Dessertwein, à Fl. 75 Pf.
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin
Eugen Neumann & Co.
8a Belle-Alliance-Platz. 81 Neue Friedrichstr. 8 Oranienstr.
29 Genthinerstr. Niederlage in Potsdam, Bäckerstr. 7.

Bekanntmachung!

Sonnabend, den 25. April c., eröffne in dem Hause
Bülowstraße 57
eine Filiale für
Butter, Delikatessen feine Fleischwaren.
Durch beste Waare zu billigsten Preisen werde ich mich auch hier, wie in meinem seit 1880
Benthsstraße 3
bestehenden Geschäft, bemühen, eine dauernde Kundschaft zu erwerben.
Am geneigten Zuspruch bitte!
Hochachtungsvoll
Leopold Reinhardt,
Bülowstraße 57. 1085b

Kaufen Sie nicht
bevor Sie sich nicht überzeugt haben, dass bei mir die „billigste Bezugsquelle für Hüte“ ist.
Herrnhüte, steif u. weich à 2,- 2,50 3,- 3,50
do. K. Haarhüte à 5,- 6,- 7,-
Kinderhüte u. Kostümhüte à 0,75 1, 1,25 1,50 1,75 2 2,50
Cylinderhüte à 4,- 6,- 7,50 9,- 11,-
Lodenhüte, Reishüte, Turnierhüte, weiche Damenhüte und Mädchenhüte etc.
bei Oscar Arnold, Hut-Engroslager
Dresdenerstr. 116 am Oranienplatz (keine Laden).
Controlmarken-Hüte sehr billig! Diese beziehen nachweislich nur aus der Genossenschafts-Hutfabrik.

Grünau. Gastwirthschaft Grünau.
von
Gustav Lindenhayn, Friedrichstraße 2.
Garten - Kegelbahn - Kleiner Saal mit Piano. Verkehrslokal des Arbeiter-Bildungs- und Arbeiter-Gesang-Vereins.
Grünau. Grünau.

Herrn-Hüte 75 Pf.
Mustersachen. Vollständig fehlerfrei.
Nur neuere Façons, erste prima Qualitäten, giebt zu enorm billigen Preisen ab
Die Fabrik
im Comptoir im Comptoir
Grüner Weg 2, I, Reichenbergerstraße 166.
im Comptoir
Chausseestraße 59, I., an der Nordb. Brauerei.
Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags.

Möbeltischlerei

u. Lager compl. Wohnungseinrichtungen
von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
4594L.
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
Eigene Werkstätte im Hause.

Möbel-Anverkauf,
vollständige Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königsstrasse 59, sollen ca. 200 Wohnungseinrichtungen, verlichen gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganz Werthlosheiten für 50, 100, 200 Mark abzugeben. Zweitklassig gefastet, Bommen ohne Auszahlung, Kleiderständer 10 Mark, Kommoden, Kleiderschrank 10, Aufbaum-Kleiderschrank, Vertikals 20 Mark, Kleiderschrank 20, Vertikals mit Matrasen 10 Mark, Sophas 10, Sesselschrank, Kleiderständer, hochlegant 10, Herrenschreibtisch, Plüschgarnituren 10 Mark, Pianofort 10 Mark, Stoppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark, Geschnitten können drei Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch nach außerhalb. 4581L.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hitzsche, gegründet 1872, Skalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuscher Thor. 4270L.
Möbel u. Polsterwaren, reelle Waare empf.
Franz Tutzauer,
Tischlermeister, 45129
Berlin SW., Gläcker-Strasse 14.
Hoffmann's zoologische Handlung empfiehlt frische Ameiseneier, Netzgr. Vögel in- und ausländischer Vögel, Prachtvögel, Papageien, edle Harzer Hölzer, junge fingerzähne Eichhörnchen. Streng reelle Bedienung. Reinickendorferstraße 64 (Bahnhof Wedding). Kaufe Kanarienvögel (keine Schaper).

Milchkübel,
Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen
Jordan,
Kleine Markus-Strasse Nr. 28.
Herrn-
Stoffe, Cheviots, Kammgarne, Reste zu Dosen, Paletots, Anzüge, Sportbillig! Gelegenheitskäufe im Tuchlager. Dober Steinweg 4. Engel.
Magen, Eingaben, Hufklingen, Puffer, Steglitzerstr. 65.

Achtung! **Achtung!**
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Zeitl. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung umsonst.
Gudel, Pausierplatz 2, Gasserstr. 12

Ich erkläre die Frau Kunze verw. Grabe, Am Ostbahnhof Nr. 5, in Erregung am 18. April beleidigt zu haben, nehme diese Beleidigung zurück, weil ich die Frau Kunze für eine achtbare und ehrenwerthe Frau halte. 1095b
Otto Funke, Am Ostbahnhof Nr. 5.

Georg Wagner
Uhrmacher
jetzt
Skalitzer-Strasse 126,
nahe Kottbuscher Thor,
Uhren, Goldwaaren etc., sowie alle Reparaturen. 782b

Straußfedern, Blumen,
besondere Spezialität, zu Engrospreisen, d. h. die Hälfte billiger als anderswo. Gebundene Gultblumen, sowie hochgarantirte Köpfe etc. **B. Lentge, Neuenh. 23, I.** Ebenfalls selbst Waschfedern 25 Pf., Krausfedern 10 Pf.

Englischer Garten.
Alexanderstr. 27a.
Saal zu 500 Pers. mit Garten und Kaffeeküche unentgeltl. z. Vergn. 14502L.
Empfehle allen Freunden und Bekannten mein neu eingerichtetes Weiß- und Bairischbier-Lokal mit Vereinszimmer. **Dermaun Robert, Uledomstraße 28.** 725b

Paster's Gesellschafts-Säle
Neue Königstrasse 7.
Säle von 100-400 Personen mit Garten für Festlichkeiten und Versammlungen.
Saal 500 Personen fassend mit großem Garten ist im Juni und Juli noch einige Sonnabende frei. 1036b

Breuer's Salon,
Frankfurterstraße 74.
Auch ein großes Vereinszimmer ist noch zu haben.

Restaurant zum Eichbusch
Neue Krug-Allee 4. **Treptow** Neue Krug-Allee 4.
3 Minuten hinter dem Paradiesgarten. Großer Tanzsaal.
Jeden Sonntag: Großer Ball. Zimmer für Vereine und Gesellschaften unentgeltlich! 4570L.
Georg Schulmeisterstr.

Ein seit 12 Jahren gutgehendes Vorkost- u. Grünfram-Geschäft ist sof. bill. zu verkaufen. Prichwalterstr. 4.
Ein gut gehendes Schankgeschäft ist Umstände halber billig zu verkaufen. Näheres Mariannenstr. 8 im Cigaretten-Geschäft. 1084b

Hüte! mit u. ohne Kontrollmarken. Herren-, Damen- und Kinder-Strohüte in größter Auswahl. Billige Preise. **W. Rother, Bergmannstr. 15, part.**

Hüte! Gelegenheitskauf! Hüte!
in bekannter Qualität, keine fehlerhaften Sachen, nur moderne, eleg. Formen à 1,75 M. wie bisher. 4757L.
Leopold Frankenstein, Dragonerstr. 10.
Filiale: Alexanderstr. 14a.

!! Hosen, Anzüge, Paletots !!
nach Maß best., nicht abgeh., vert. Hälfte Kostenpreis. Münzstr. 4. Engel.
Nur Hüte mit Kontrollmarke von 2,80 Mark an. Nähen von 50 Pf. an.
Ph. Haase, Reinickendorfer Straße Nr. 64, part.

Zähne 1 M., auß. haltb., festl., sehr brauchb. b. Essen, Garant., Spezialität Aluminium. Dresdenerstr. 105. 1081b
Herrn- und Knaben-Hüte, reell, billig, Reichenbergerstr. 60. 1092b

Fahrrad, Pneumatik, neu, 1 jährige Garantie, für 165 M., seltene Gelegenheit. **Schulze, Brangelstr. 81 I.**
Möbl. Schlafstelle Adalberstr. 84 bei Bwe. Gsch. 1079b
Freundl. möbl. Schlafstelle Reichenbergerstraße 65a bei Bwe. Schröder.
Fr. Schlaf. u. Balk. u. Badeben, 12 M., f. 1 Z. verm. Müller, Holzmarktstraße 19 4 Tr. 1098b
Schlafst. f. 2 verm. Raumstr. 90 v. 8 Tr. b. Fr. Bleul. 1097b

Der Achtuhrschluß in den kaufmännischen Geschäften.

Aus kaufmännischen Kreisen wird uns geschrieben:
Die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik, welche der „Vorwärts“ gleich nach der Publikation mittheilte, haben die Interessentenkreise mobil gemacht. Die bedeutendste kaufmännische Unternehmer-Organisation, der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, hat sich in scharfer Weise gegen den Gesetzentwurf erklärt. Die dabei angewendeten Argumente enthalten nicht einen einzigen neuen Gedanken, sondern sind nur eine Wiederholung dessen, was der Verein bereits in seinem ersten Gutachten ausgesprochen hat, über das die „Reichskommission“ mit Zug und Recht zur Tagesordnung übergegangen ist. Es erscheint daher überflüssig, dieselben noch einmal zu erörtern. Die Gehilfenvereine, welche sich bisher dazu geäußert haben, akzeptieren den Gesetzentwurf als das Mindestmaß dessen, was ihnen an Verkürzung der täglichen Arbeitszeit geboten zu sein scheint. In dieser Stellungnahme ist ein Unterschied zwischen den Vereinen der verschiedenen wirtschaftspolitischen Richtungen so gut wie nicht vorhanden.

Wenn der Kampf um den neuen Gesetzentwurf allein zwischen den beiden Interessentengruppen ausgefochten würde, kann es kaum zweifelhaft sein, auf welcher Seite der endliche Sieg zu verzeichnen wäre. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Unternehmer in den für die Gesetzgebung maßgebenden Kreisen sichern ihnen, wie der Sonntagnachmittags-Rundgang des Geheimen Kommerzienraths Goldberger mit den Ministern in der Trepptor-GeWERBE-Ausstellung beweist, einen außerordentlichen Einfluß. Ihre umfangreichen Mittel gestatten ihnen, eine ausgedehnte Reklame für die mit zweifelhaften Mitteln, wie Ausschließung der Öffentlichkeit, zu Stande gekommenen Versammlungsbeschlüsse zu entfalten. Die von ihrem Korrespondenzbureau reichlich ausgestreuten Wafschettel werden von der gesammten kapitalistischen Presse, deren Existenz zum großen Theil auf Annoncen und Geschäftsreklame beruht, mit Behagen abgedruckt. Kein Wunder also, wenn die Öffentlichkeit auf diese Weise irreführt wird, wenn auf diese Weise der gute Wille der Gesetzgebung, einen Fall übermäßiger Ausbeutung zu mildern, korrumpirt und lahmgelagert wird.

Wie schon so oft ausgeführt worden ist, sind die Fragen des Arbeiterschutzes, wenn sie sich auch nur auf begrenzte Berufskreise erstrecken, dennoch von großer Bedeutung für die Allgemeinheit. Die geistige und körperliche Frische und Leistungsfähigkeit eines so zahlreichen Berufes, wie es die Angehörigen des Handelsgewerbes sind, muß den allgemeinen Stand der Volksgesundheit außerordentlich beeinflussen. Der geplante Fortschritt der Sozialgesetzgebung auf diesem Gebiete muß deshalb in allen den Kreisen Anhänger und thätigkeitsvolle Unterstützung finden, welche, abgesehen von ihren sonstigen Anschauungen, in der schrittweisen Einführung des Maximal-Arbeitstages einen Kulturfortschritt erblicken.

Zur Sammlung und Organisation aller dieser Kreise hat sich eine Liga gebildet. Es hat sich eine Reihe von Leuten vereinigt zu dem Zweck, in dieser Frage die öffentliche Meinung aufzuklären und vor falscher Information zu bewahren. Am 21. April hat sich eine Gesellschaft gebildet, deren Aufsat und Statut nachfolgend zum Abdruck gebracht wird:

Liga

zur Verbeiführung des Achtuhrschlusses in sämtlichen kaufmännischen Geschäften.

Die Kenntnis von der überlangen Arbeitszeit der Handlungsgehilfen und Gehilfen hat sich zu einem Gesetzentwurf verdichtet. Die Reichskommission für Arbeiterstatistik schlägt zur Abstellung der bestehenden Mißstände den allgemeinen Schluß sämtlicher Ladengeschäfte um 8 Uhr abends vor. Wenn verhängt werden soll, daß ein wesentlicher Teil unserer Bevölkerung auch fernerhin der geistigen und körperlichen Verkümmung anheim fällt, ist für die Durchführung dieser Maßregel eine energische und allgemeine Propaganda erforderlich. Die Einwände, welche von Seiten der Industriellen und Großkaufleute dagegen erhoben werden, sind nicht geeignet, die Notwendigkeit derselben zu widerlegen. Die Lagenzeit ist im weitesten Sinne des Wortes gleichbedeutend mit Arbeitszeit, da die Aufmerksamkeit des Angestellten, gleichviel ob er persönlich beteiligt ist oder nicht, auf intensiver Weise dem allgemeinen Geschäftsgang gewidmet sein muß. Im Interesse der Gesundheit und des Familienlebens der Gewerbetreibenden und Handelsangestellten liegt es, dieser Opposition von vornherein so zu begegnen, daß sie den Vorschlägen der Reichskommission für Arbeiterstatistik nicht schädlich werden kann. Die Liga zur Verbeiführung des Achtuhrschlusses in sämtlichen kaufmännischen Geschäften hat die Leitung der Bewegung in die Hand genommen und fordert sämtliche Personen, welche den Gesetzentwurf unterstützen, auf, ihr in untenbezeichnete Weise beizutreten.

Der Vorstand.

Berthold Heymann, Vorsitzender, Niederwallstr. 18, III.
Georg Boh, Schriftführer, Kleine Marktstr. 30, III.
W. Jastrow, Kassirer, Große Hamburgerstr. 4, III.

Statut. § 1. Zweck der Liga ist, für sämtliche kaufmännischen Betriebe den gesetzlichen Achtuhrschluß herbeizuführen.
§ 2. Mitglied der Liga kann außer allen Angehörigen des Handelsgewerbes jede männliche und weibliche Person werden, die für den Achtuhrschluß der kaufmännischen Betriebe eintritt.
§ 3. Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich 10 Pfennig.

In dem rücksichtslosen und beschränkten Kampf, der von Seiten der Kaufleute und Industriellen gegen die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik geführt wird, wird die „Liga“ harte Arbeit zu verrichten haben; hoffentlich wird sie bald so viel Anhänger in ganz Deutschland hinter sich haben, um ihrem Vorgehen den nötigen Erfolg zu verschaffen.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 24. April 1896. 11 Uhr.

Eingegangen ist eine Vorlage betr. die Erhöhung des Betriebskapitals der Zentral-Genossenschaftskasse auf 20 Millionen Mark.

Das Haus tritt in die erste Lesung der Handelskammer-Vorlage ein.

Abg. Stengel (fr.) hat schwere Bedenken gegen die Vorlage; ebenso seine Freunde; gewünscht ist die Vorlage vom Handelsstande nicht; man hört auch keine Zustimmung der Kaufleute. (Wichtig!) Die vorgeschlagene Organisation der Handelskammern ist durchaus mangelhaft. Es kann vorkommen, daß eine Handelskammer über Dinge befragt wird, die keines ihrer Mitglieder kennt; dann wird natürlich der Handelssekretär das Gutachten ausarbeiten im Namen der Handelskammern. Das ist kein wünschenswerther Zustand. Auch die Modalitäten der Zusammenkunft unter Zugrundelegung der Gewerbesteuer sind anfechtbar. Es kann vorkommen, daß eine Handelskammer ganz verschiedene Interessen zu vertreten hat innerhalb des Bezirks ihrer Zuständigkeit; eine andere vertritt ziemlich einheitliche Interessen. Beide werden aber trotz aller Verschiedenheit ihrer Aufgaben nach gleichen Grundsätzen organi-

sirt. Die Vorlage bedarf jedenfalls einer gründlichen Kommissionsberatung.

Abg. Kircher (3.) hält zwar die Berufsorganisation für sehr wichtig, hat aber doch gegen die Vorlage recht erhebliche Bedenken; die Bestimmungen der Vorlage über die Auflösung bestehender Handelskammern bedürfen der Verbesserung. Das Zentrum wird sich bemühen, ein brauchbares Gesetz zu Stande zu bringen.

Abg. v. Snyern (natl.): Fürst Bismarck erklärte, es gäbe keinen preussischen, keinen bayerischen, sondern nur einen deutschen Handel und er übernehme das preussische Handelsministerium nur, um dasselbe zu beseitigen. Von diesem Gedanken ist in der Vorlage nichts enthalten. Der Handel bedarf der reichsgesetzlichen Organisation. Ein Bedürfnis für die Vorlage hat sich nirgends bemerkbar gemacht, wenn auch das Vorhandensein von Mißständen nicht verkannt werden soll. Es ist sogar kürzlich noch von amtlicher Stelle anerkannt worden, daß die Handelskammern durchaus ihrer Aufgabe gerecht werden. Bedenklich erscheint die den Handelskammern in § 22 der Vorlage auferlegte Verpflichtung, im Auftrage des Ministers Erhebungen anzustellen. Die Handelskammern werden also wahrscheinlich nur dann zu solchen Erhebungen beauftragt werden, wenn der Minister sicher ist, daß die Auskunft in seinem Sinne ausfällt. Die Vorlage hat die Entwicklung der einschlägigen Verhältnisse nicht berücksichtigt.

Minister v. Berlepsch: Von den zunächst beteiligten Handelskammern war das Prinzip der obligatorischen Handelskammern anerkannt und ich konnte nicht erwarten, daß dies Prinzip in diesem Hause Widerspruch finden würde. Auch die dem Vordredner nachstehende Barmer Handelskammer hat ausdrücklich anerkannt, daß die Vorlage die Verhältnisse zur Zufriedenheit der Beteiligten ordne und es scheint, als ob der Vordredner über die Wünsche seiner Heimath nicht richtig unterrichtet ist. (Weiterkeit.) Gegen eine reichsgesetzliche Regelung lagen erhebliche Bedenken vor, da die außerpreussischen Staaten ihre Verhältnisse fest geregelt haben und einer Umgestaltung schwerlich geneigt sein dürften. Die Bestimmung des § 22 ist keine so wichtige, daß darauf entscheidendes Gewicht zu legen wäre. Die Handelskammern haben selbst diese Bestimmung gewünscht, weil ihnen sonst vielfach entgegengehalten wird, daß sie Erhebungen ohne Grund veranlassen. Die Wichtigkeit der Vorlage ist nicht zu verkennen, denn sie bedeutet die kooperative Organisation des Handels und der Industrie, um diese in den Stand zu setzen, mit größerem Nachdruck ihre Interessen zu vertreten.

Abg. Edels (natl.) findet in der Vorlage erhebliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustande. Der Hauptvortrag der Vorlage ist zweifellos der, daß die Handelskammern der Disziplin des Ministers entzogen werden; die Auflösung kann der Minister zwar noch aussprechen, aber hiergegen ist ein Beschwerderecht gegeben.

Abg. Gosein (fr. Bg.): Ich vermag mich nicht zu der Höhe der Auffassung auszusprechen, daß es sich hier um einen neuen Schritt auf dem Wege der kooperativen Organisation der Berufsstände handle. Bei einer solchen Organisation würden die den Arbeitern nicht übergehen dürfen. Solche Organisationen sind sehr bedenklich und es liegt für dieselben vielfach gar kein Bedürfnis vor. Die Vorlage macht aus diesen Handelskammern bureaukratische Einrichtungen ohne praktischen Werth.

Abg. Wöttinger (natl.) stimmt im großen und ganzen der Vorlage zu.

Abg. Wölke (natl.) steht der Vorlage viel skeptischer gegenüber als sein Vordredner. Der neue Organisationsplan ist den Handelskammern nicht zur Begutachtung vorgelegt; er würde dort keine Annahme gefunden haben. Es ist bedenklich, den Handelskammern eine über die Interessenvertretung hinausgehende autoritative Bedeutung beizulegen.

Abg. Weverbusch (fr.) steht der Vorlage sympathisch gegenüber und wünscht deren Zustandekommen.

Abg. v. Brockhausen (L.) steht mit seinen Freunden der Vorlage ablehnend gegenüber.

Minister v. Berlepsch: Nach den Erklärungen des Vordredners ist auf die Mitarbeit der konservativen Partei nicht zu rechnen und nachdem er den Grundgedanken abgelehnt hat, verlohnt sich die Kommissionsberatung nicht. Angutreffend ist seine Meinung, daß die Organisation des Handels der Industrie und der Landwirtschaft schade; auch waren seine Auffassungen von den Bestimmungen der Vorlage unrichtig. Handel und Industrie sind bisher gemeinsam organisiert und bleiben es, wenn die Vorlage nicht zu Stande kommt. Daß die Landwirtschaft bei der vorgeschlagenen Organisation schlechter wegkommt als heute ist unrichtig, wohl aber gewinnt der Handel gegenüber Landwirtschaft und Industrie, wenn der heutige Zustand bestehen bleibt.

Abg. Mohr (natl.) stimmt dem Entwurf bei, wünscht aber eine besondere Bestimmung, wonach das Kommerz-Kollegium für Altona eine anderweitige Gestaltung erlangt.

Abg. Nepomkowski (Pole) nimmt einen ziemlich schroff ablehnenden Standpunkt ein.

Abg. Kircher (3.) erklärt sich in wesentlichen Punkten gegen die Vorlage, namentlich auch gegen die obligatorische Einrichtung der Handelskammern.

Darauf wird der Schluß der Debatte angenommen und die Vorlage an eine 2er-Kommission verwiesen.

Morgen 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Petitionen.

Der Präsident theilt noch auf Anfrage Sattler's mit, daß er die ersten Tage der künftigen Woche für Kommissionsberatungen freizulassen und deshalb keine Plenarsitzungen abzuhalten gedenke.

Schluß 4 Uhr.

Verfassungen.

Eine Buchdrucker-Versammlung, von etwa 1500 Personen besucht, tagte am Donnerstag im Keller'schen Saal. Giesecke, der Gehilfenvertreter des Tarifausschusses, berichtete über die in Leipzig stattgehabten Tarifverhandlungen, deren Ergebnis den Lesern aus Nr. 98 des „Vorwärts“ bekannt ist. Der Redner gab einen Ueberblick über den Gang der Verhandlungen, bei deren Beginn auf Seiten der Prinzipalvertreter die Auffassung zu herrschen schien, als ob sie nur die alleinigen legitimen Vertreter und die von den Gehilfen erwählten sozusagen nur als Gäste anwesend waren. Erst nach langer Debatte wurde dann durch Annahme der bekannten Resolution die Grundlage für die Verhandlungen geschaffen. Der Redner schildert weiter, wie gerade um die von den Gehilfen geforderte Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden einschließlich der Pausen ein langer und schwerer Kampf entbrannt sei, und daß die Prinzipalvertreter in der Vormittags-sitzung des ersten Tages die Gehilfenforderungen rundweg ablehnten und sich nur zu einer Erhöhung der Grundpositionen um 5 pCt. und Verkürzung der Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden am Sonnabend bereit erklärten. Die Debatte dehnte sich bis in die Nacht des ersten Verhandlungstages aus und wurde auch noch am zweiten Tage fortgesetzt, bis dann endlich, nachdem alle Bemühungen der Gehilfenvertreter, mehr für ihre Kollegen zu erringen, vergebens waren, die bekannten Vereinbarungen angenommen wurden, und

zwar mit allen Stimmen gegen die des Verretters für Rheinland-Westfalen. Bei der am dritten Tage stattgehabten Debatte über das Koalitionsrecht erklärten die Prinzipale, daß sie dasselbe unbedingt respektieren würden. Uebergriffe seien zwar in der Zeit der gegenseitigen Erbitterung vorgekommen, müßten aber jetzt unterbleiben. Redner giebt zu, daß auch er von dem Resultat der Verhandlungen nicht befriedigt ist, betont aber, daß trotz eifriger Bemühungen der Gehilfenvertreter, wie die Verhältnisse nun mal liegen, nicht mehr zu erreichen war. (Beifall.) Der 1. Diskussionsredner Michaelis sprach sich entschieden gegen die Vereinbarungen, namentlich gegen die zu geringe Verkürzung der Arbeitszeit aus; auch erklärte er das Eingehen auf die Tarifgemeinschaft für einen Fehler und meinte, man müsse die günstige Zeit ausnützen, um die Gehilfenforderungen durchzusetzen. Auf die Verprechungen der Prinzipale könne man sich nicht verlassen. Giesecke wies demgegenüber darauf hin, daß die Prinzipale versprochen hätten, die neuen Bedingungen, soweit sie die materiellen Forderungen betreffen, am 1. Mai einzuführen, da werde man ja sehen, ob man sich auf sie verlassen könne, und wenn das nicht der Fall, werde man geeignete Schritte thun. Maschinenmeister Wolff bemängelte die Bestimmungen bezüglich der Maschinenmeister, welche nur ein Schachzug seien, damit bestimmt, diese um die verkürzte Arbeitszeit zu bringen. Zübecke erklärte sich unter mehrfachen unwilligen Unterbrechungen durch einen Theil der Versammelten für die Leipziger Vereinbarungen. Es sei nun einmal nicht anders, daß von zwei mit einander Unterhandelnden jeder von seinen ursprünglichen Forderungen etwas nachlassen müsse. Um durch Kampf etwas zu erreichen, dazu sei die Organisation doch wohl nicht stark genug. Böblin führte in längerer Rede aus: er begreife die Unzufriedenheit der Kollegen vollkommen. Man müsse sich aber vor Augen fassen, daß der Zweck der Gehilfenbewegung gewesen sei, bessere Verhältnisse für die Kollegen zu schaffen und zwar, wenn möglich, in Gemeinschaft mit den Prinzipalen. Was den Gehilfen durch den neuen Tarif geboten werde, sei allerdings nur wenig. Man müsse indeß bedenken, daß nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland geregelte Tarifverhältnisse eingeführt werden sollen. Wenn die von den Kollegen gewählten Vertreter zu der Ansicht gekommen wären, daß beim besten Willen nicht mehr zu erreichen sei, dann solle man doch so viel Vertrauen zu denselben haben, und ihren Vereinbarungen zustimmen, wie es bereits die Vertreter der Gause und des Verbandsvorstandes gethan haben. Des weitern bedauert der Redner, daß der „Vorwärts“ von seiner bisherigen Praxis abgewichen sei und sich mit einer abfälligen Kritik in die Verhältnisse der Buchdrucker gemischt habe. Die Behauptung des „Vorwärts“, daß die Straßburger Buchdrucker sich bereits die 9stündige Arbeitszeit errungen haben, sei unzutreffend. In Straßburg bestehe, wie in Berlin, die neunehnhalfstündige Arbeitszeit. Der Redner rechtfertigt im fernern Verlauf seiner Darlegungen den vorliegenden Tarif, indem er darauf verweist, daß in dem theuren Wien das Minimum um 4,15 M. geringer sei als in Berlin und daß es in Deutschland noch mehr als 700 Druckerereien mit 12stündiger Arbeitszeit gebe. Wenn es gelänge, innerhalb dreier Jahre die Verkürzung der Arbeitszeit allgemein durchzuführen, dann sei immerhin ein nicht zu unterschätzender Vortheil erreicht. Die Entwicklung der Verhältnisse zum besseren Gehe naturgemäß nur langsam und schrittweise vor sich. Wenn man jetzt ohne Kampf einen Schritt vorwärts gekommen sei, so könne das nur mit Freuden begrüßt werden. (Lebhafte Beifall.) Salomon ist der Meinung, daß die Gehilfenvertreter unter keinen Umständen von der Forderung des neunstündigen Arbeitstages einschließlich der Pausen abgehen dürfen. Die Kollegen hätten sich in Leipzig über den Köffel barbiere lassen; nun müsse man leider in den sauren Apfel beißen. Auf eine Tariffdauer von 3 oder gar 5 Jahren dürfe man nicht eingehen. Höchstens 1 Jahr sei annehmbar. Giesecke erwidert darauf: Wir haben den neunstündigen Tag vertreten mit größter Anstrengung und bis zum äußersten. Als wir aber vor der Frage standen, entweder das Gebotene zu nehmen oder in ganz Deutschland den Streik ausbrechen zu sehen, gingen wir auf den 9 1/2stündigen Arbeitstag ein. Indem ich diesen Entschluß faßte, habe ich als redlicher Mann nach besser Ueberzeugung gehandelt. (Beifall.)

Nachdem noch Massini für die Leipziger Vereinbarungen gleichfalls unter großem Beifall eingetreten war, wurde die von den Gauvertretern und dem Verbandsvorstand beschlossene Resolution, die in Nr. 98 des „Vorwärts“, 2. Beilage abgedruckt ist, gegen einzelne Stimmen angenommen. Eine vom Maschinenmeister Wolff eingebrachte Resolution, die folgenden Wortlaut hat, wurde gegen etwa 20-30 Stimmen angenommen: Die Versammlung drückt ihr Mißfallen über das Resultat der Leipziger Verhandlungen aus, insofern die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eine einheitliche sein soll und die Bestimmungen bezüglich der Maschinenmeister in der gegebenen Verfassung auch nicht entfernt den Ansichten der Maschinenmeister entspricht, sondern geeignet erscheint, Zwistigkeiten zwischen Maschinenmeister, Prinzipal, Seyer und Dispersional hervorzurufen und dem Drucker die bewilligte Arbeitszeitverkürzung zu schmälern. Die Versammlung protestirt daher ganz entschieden gegen diese Beschlüsse.

Nachschrieb der Redaktion. Was der Verbandsvorsitzende Böblin mit seinem Vorwurf, der „Vorwärts“ habe sich in Buchdrucker-Verhältnisse „eingemischt“, eigentlich sagen will, ist uns dunkel. Der „Vorwärts“ hat die Geheimnisthatserei gerügt, die der Tarifausschuss mit seinen Verhandlungen trieb und die z. B. dazu führte, daß die Berliner Prinzipale bereits am Sonnabend über die Abmachungen Beschlüsse faßten, während die Berliner Buchdrucker bis zum Dienstag warten mußten, um zu wissen, woran sie waren. Dann hat der „Vorwärts“ an dem fertigen Ergebnis der Verhandlungen eine kurze, sehr maßvolle Kritik geübt, die Annahme der Abmachungen aber empfohlen. Nach beiderlei Richtung hin war er durch seinen Charakter als Arbeiterblatt legitimirt, das Wort zu nehmen, und er hat das schon im Interesse der zahlreichen Buchdruckergehilfen thun müssen, die auf ihn abonniert sind. Im übrigen hat die Presse gerade in Angelegenheiten des Buchdruckerwesens ein Recht, ihre Meinung zu äußern, weil beide mit einander in untrennbarem Zusammenhang stehen. Böblin's Behauptung, daß die Straßburger Buchdrucker nur die effektive neunstündige Arbeitszeit errungen haben, ist dagegen, wie wir aus dem „Correspondent“ ersehen, zutreffend.

Ueber 1000 Mechaniker und Berufsangehörigen waren am Donnerstag bei Martens, Friedrichstraße, zur endgültigen Beschlußfassung über die Lohnbewegung versammelt. Nach dem Bericht über das Resultat der Werkstattabstimmungen erklärten sich von ungefähr 900 Mann circa 600 durch Unterschrift für den Eintritt in die Bewegung. Die Diskussion ergab, daß in verschiedenen Geschäften aus mancherlei Gründen keine Abstimmung vorgenommen werden konnte, so daß anzunehmen wäre, daß die Vetheiligung an der Bewegung eine weit größere sein wird, als vorderhand festzustellen war. Nach längerer Debatte, in der sich alle Redner für den Eintritt in die Bewegung aussprachen, wurde den Anträgen der vorigen Versammlung gemäß beschloffen, überall da die Forderungen zu stellen, wo die Majorität der Beteiligten,

sich dafür erklärt hatte. In allen denjenigen Werkstätten, wo eine dementsprechende Abstimmung bereits vorgenommen ist, sind die Forderungen durch eine Kommission am Freitag an den Arbeitgeber zu stellen und soll dort, wenn bis Sonnabend nicht bewilligt wird, am Montag die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden. In denjenigen Werkstätten, wo ein Beschluß noch nicht gefaßt wurde, sollen umgehend Werkstätten-Versammlungen einberufen werden. Das Resultat ist in allen Fällen bei Schönmann, Staligerstraße 7, bekannt zu geben, und wird in einer öffentlichen Versammlung, die am Montag stattfindet, der Bericht erstattet werden. Die zu stellenden Forderungen haben eine Erweiterung erfahren, indem sie in folgender Weise formuliert wurden: Neunständige Arbeitszeit für alle in betracht kommenden Arbeiter. Für Mechaniker und Berufsgenossen (gelernte Arbeiter) 24 M. Minimallohn pro Woche, 25 pCt. Aufschlag für Ueberstunden, 50 pCt. für Sonntagsarbeit und bei Akkordarbeit Garantie des Minimallohnes nebst entsprechendem Zuschlag für Ueberstunden nach der Scala der Lohnarbeit. Für Hilfsarbeiter über 18 Jahre 21 M. Arbeiterinnen 12 M. Minimallohn pro Woche bei gleicher Arbeitszeit. Mit der Leitung der Bewegung wurden: Mahhold, Meißner, Schwarz, Schönmann und der Vertrauensmann Rätzer betraut. In bezug auf die Unterstützungsforderung gelangten folgende Anträge zur Annahme: Eine materielle Unterstützung erhalten die Streikenden die erste Woche nicht. Nach Ablauf der zweiten Woche wird eine Unterstützung nach Maßgabe der vorhandenen Mittel gewährt. Zur thätigsten Unterstützung der Streikenden hat jeder Mechaniker und Berufsgenosse 50 Pf. wöchentlich an den Streikfonds abzuliefern. Jeder Mechaniker und Berufsgenosse, der die Forderungen bewilligt erhalten hat, ist verpflichtet, so lange wie die Bewegung dauert, wöchentlich 1 M. zu zahlen. Gewünscht wurde noch, daß durch ein Flugblatt den Kollegen in den einzelnen Werkstätten die Beschlässe bekannt gegeben werden.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmänner hatte in ihrer Generalversammlung am 21. April eine enge Debatte über die Maifeier. Der Vorstand hatte beschlossen, den 1. Mai bei Geschäftsabschlüssen als Wochentag zu betrachten, welchen Standpunkt Schonek und Blancheffky auf das entschiedenste vertraten, die Mahnung anknüpfend, die Vereinigung durch falsche Beschlüsse nicht leichtsinniger Weise an den Rand des Abgrundes zu bringen. Dies gab O. Krüger, Meißner und Hoch Veranlassung, das Vorgehen des Vorstandes als inkorrekt zu bezeichnen und aufzufordern, den 1. Mai nicht nur in moralischer, sondern auch in geschäftlicher Beziehung als Feiertag zu betrachten und dementsprechend an den Lohnforderungen im Tarif festzuhalten. Bräutigam behauptete, der Vorstand habe sich von ein paar Arbeitern „betäupeln“ lassen. Nach langer Debatte kamen folgende Anträge zur Abstimmung: „Die Versammlung erklärt den 1. Mai als ihren höchsten Feiertag, jedoch in geschäftlicher Beziehung, soweit er auf einen Wochentag fällt, als Wochentag, da die Lohnmehrforderungen als Feiertag nicht allenthalben durchgeführt werden können.“ Dieser Antrag wurde mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt. Ein zweiter Antrag lautete: „Die heutige Versammlung erklärt die Geschäfte zur Maifeier nicht unter dem Tarif zu spielen, die Geschäftsausgabe für die unter dem Tarif abgeschlossenen Aufträge auszugeben, bis der Tarif bewilligt ist.“ Mit demselben Stimmenverhältnis gelangte dieser Antrag zur Annahme. Auf Befürwortung Schonek's werden O. Krüger, Meißner und Hoch in die Kommission gewählt, um den Auftragsgebern, der Arbeiterschaft, die Gründe mitzuteilen, welche maßgebend waren, einen solchen Beschluß zu fassen.

Die Sattler beschlossen in einer öffentlichen Versammlung am 23. April überall da, wo es irgend möglich ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Diejenigen, die an diesem Tage arbeiten, müssen verpflichtet, 1 M. der Lohn- und Agitationskommission zu überweisen. In dem Bericht über den Streik der Dreibriemen-Arbeiter bemerkt Försch, daß wenig positive Erfolge erzielt wurden, trotz einer so günstigen Situation, wie sie sobald keine zweite Branche aufzuweisen habe. Zu unterstützen sind gegenwärtig noch sieben Personen. Als einen Erfolg könne man es bezeichnen, daß unter den Dreibriemenarbeitern jetzt der Zusammenhalt ein guter

ist. Im Laufe der Verhandlung wurde der Wunsch ausgesprochen, die Kommission für Arbeiterstatistik zu erschaffen, auch im Sattlergewerbe Erhebungen zu veranstalten. Im Anschluß hieran wurde eine scharfe Kritik an dem Verhalten der Kollegen anderer Orte geübt, die die Ausdehnung der statistischen Erhebung auf die Sattlerbranche theils ablehnten, theils, ganz unverständlicherweise, direkt dagegen opponiert hatten. Schließlich wurde, um die Bewegung unter den Sattlern besser zu fördern, der Vorschlag akzeptiert, das Vertrauensmännchensystem einzuführen. Aus jeder Werkstatt resp. Fabrik soll ein Vertrauensmann entsendet werden, der an den näher bekannt zu gebenden Sitzungen teilzunehmen hat.

Die Schuhmacher Rigdors beschäftigten sich am Mittwoch, den 22. d. M. in den Viktorien-Sälen wiederum mit der Lohnfrage. Die Kommission erstattete Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, welche noch zu keinem Resultat geführt haben. In der Diskussion besprachen sämtliche Redner die sanitären Verhältnisse in den hiesigen Schuhmacher-Werkstätten sehr abfällig. So werden zum Beispiel etliche Schlafräume benutzt, wo mitunter zwei Mann in einem Bett schlafen. In einer Werkstätte in der Wismanstraße, in welcher kein Ofen zum Heizen vorhanden ist, werden, um sich im Winter vor Kälte zu schützen, glühende Kohlen in einen Topf gelegt. Diese Praxis hätte ein Kollege am 9. d. M. mit dem Leben bezahlen müssen, wenn nicht ein Nachtwächter den Brand rechtzeitig bemerkt hätte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige öffentliche Schuhmacher-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Redner einverstanden und verpflichtet sich, mit allen Mitteln dafür zu kämpfen, daß die sanitären Verhältnisse in den Schuhmacherwerkstätten aus der Welt geschafft werden. In Erwägung des Umstandes, daß die Arbeitgeber nicht erschienen sind, um mit uns zu unterhandeln, sehen wir uns veranlaßt, unbedingt in den Kampf einzutreten; für uns giebt es kein Stehenbleiben, der Streik wird uns ausgezwungen. Nachdem der Vorsitzende zum Ausgehen in diesem Kampfe die Kollegen aufmunterte, schloß er die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Die Maurer der Baufirma Held u. Franke, Edert u. Dannenberg, Strauß'sche Altiengeellschaft und Pampuln waren zum Donnerstag Abend zu einer Versammlung geladen, um die einheitliche Durchführung der Forderungen auf allen Bauten der genannten Firmen zu bewirken. Silber Schmidt theilte mit, daß die Firma Edert u. Dannenberg ausseide, indem sie auf allen Bauten die Forderungen bewilligt habe. Aus gleichem Grunde seide auch die Firma Pampuln aus. Die Baufirma Strauß'sche Altiengeellschaft hat die Forderungen nur auf dem Ravenschen Bau in der Wallstraße bewilligt. Ein Vertreter der Maurer von diesem Bau gab die Erklärung ab, daß seine Kollegen nicht gewillt sind, die Arbeit niederzulegen, sondern nur den Beschluß der Versammlung im Freipalast vertreten und für die materielle Unterstützung der streikenden Kollegen ihre Schuldigkeit thun. Von den bei der Firma Held u. Franke ausführenden Maurern waren insgesamt 80 Mann anwesend. Auf dem Ausstellungsbaue hatte die Firma die Forderungen bewilligt, weil die Arbeit drängte. Vom Bau in Martinidenstraße traf soeben die Nachricht ein, daß die Firma dort auch bewilligt werde. Die Streikenden richteten nun an die auf dem Ausstellungsbaue Thätigen das Ersuchen, die Arbeit dort so lange niederzulegen, bis die Firma die Forderungen auf sämtlichen anderen Bauten, Dom, Landtag u. f. w. bewilligt habe. Nach langer Debatte stimmten alle Anwesenden vom Ausstellungsbaue dem Ersuchen der streikenden Maurer zu, und gaben das Versprechen ab, auch die nicht-erschienenen Kollegen zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Die Maurer von Lütze u. Worgmann ersuchten um die Erlaubnis Ueberstunden zu machen, der Ertrag solle den Streikenden zugewendet werden. Die Versammlung lehnte das Verlangen ab.

Der Streik der Klempner bei der Firma Moosdorf u. Hochhäuser beschäftigte am Donnerstag Abend eine gutbesuchte Klempnerversammlung im Louisenstädtischen Konzertsaal. Wegener, der in längeren Ausführungen die Ursachen der Arbeitsniederlegung vortrug und darauf hinwies, daß sämtliche ausführenden organisierten sind, bis zum letzten Augenblick in musterhafter Weise ausgeharrt und ihr Solidaritätsgefühl bewiesen haben, ersucht die Versammlung, die Ausführenden in moralischer Beziehung zu unterstützen. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die betr. Firma durch Zeitungsnotizen, die

keineswegs den Thatsachen entsprechen, versucht, den sich bereits fühlbar machenden Zustand abzuschwächen, indem man veröffentlicht, daß ein Streik nicht bestehe und der Betrieb keine Einschränkung erlitten habe, trotzdem nur ein einziger Klempner und ein Freund des Inhabers Moosdorf daselbst in Arbeit stehen. Die Ausführenden der Unternehmer, den geforderten Lohnzuschlag von 25 pCt. für Ueberstunden nicht zahlen zu können, bezeichnen mehrere Redner als Hartnäckigkeit, da die Firma erwiesenermaßen bei dem Betrieb von Schaufel-Wadewannen — um deren Herstellung es sich daselbst größtentheils handelt — mit nicht weniger als 180 pCt. arbeite. Die Versammlung nimmt hierauf eine Resolution an, in der sie sich mit dem Vorgehen der Ausführenden einverstanden erklärt und sich verpflichtet, denselben in jeder Beziehung ihre mögliche Unterstützung zu theil werden zu lassen. Nämlich lebhaft wurde nun die Debatte, als Rätzer und Pittin die Versammlung ersuchten, für die Folge bereits vor der Arbeitsniederlegung in den einzelnen Betrieben den Bureaus der bestehenden Metallarbeiterorganisationen Mitteilung behufs gütlicher Regelung mit dem Unternehmern zu machen; beide Redner bedauerten, daß dies seitens der Vertrauensperson dieser Werkstätte nicht geschah. Die Unterstützung der Ausführenden haben die Organisationen der Metallarbeiter in die Hand genommen.

Verband der Kürschner. In einem interessanten Vortrage sprach am 18. April Genosse Türk über das Buch der Freiheit. Hierauf wurde die Abrechnung des Hauptvorstandes verlesen. Danach hat der aufgelöste Verband einen Kassendefizit von 654,78 M. hinterlassen. Von dieser Summe kommen auf Berlin 418,10 M., Hamburg 311,85 M., Frankfurt 44,55 M., Leipzig 81 M. und Wolfenbüttel 4,05 M. Als Vereinslokal bestimmte die Versammlung das Lokal von Feindt, Weinstr. 11, und finden die Versammlungen jeden Montag vor dem 15. des Monats statt. Den zugereisten Kürschnern soll eine Unterstützung von 2 M. gewährt werden. Selbständige können dem Verein beitreten, wenn sie das Statut anerkennen.

Im Verein der Schuhmacher (Filiale 2) sprach am 18. d. M. Dr. Wolke in einem interessanten Vortrage über das Thema: Die Lust im Haushalte der Natur. Nachdem die Abrechnung verlesen und dem Kassier Decharge erteilt war, wurde bekannt gegeben, daß die Arbeiter der Firma Bergschmidt u. Lange die Entlassung des Werkführers durchgesetzt haben. Der Besuch der Urania findet am 26. April statt.

Der Zentralverband der Konditoren hatte am 17. April eine Sitzung einberufen. Der Kassendbericht des Vereins weist eine Einnahme von 104,65 M. und eine Ausgabe von 108,70 M. auf. Hierauf wählte die Versammlung Prager zum ersten und Mertsch zum zweiten Kassier. Nach einem befallig aufgenommenen Vortrage des Gen. Faber wurde in eine Besprechung der Anträge zum Gewerkschaftskongress eingetreten und erklärte sich die Versammlung im allgemeinen zustimmend zu den von der Generalkommission unterbreiteten Anträgen. — Die nächste Sitzung findet am 7. Mai statt.

Eine gut besuchte Versammlung des Allgemeinen Vereins der Töpfer und Berufsgenossen beschäftigte sich am 19. April mit dem neu aufgestellten Lohnarif der Scheibentöpfer. Derselbe wird nach längerer Debatte einstimmig angenommen und beschlossen, den betreffenden Meistern in kürzester Zeit diesen Tarif zu übergeben. Der Tarif verlangt im großen und ganzen keine Lohnerhöhung, es soll nur ein einheitlicher Preis normirt werden, den jeder Meister zu bezahlen hat. Ferner wurde für jede Werkstätte ein Vertrauensmann gewählt, der die Beiträge entgegennimmt, ebenso alle Lohnunterschiede und andere Vorkommnisse beim Filialvorstand zu melden hat. Aus der Ergänzungswahl des Zentralvorstandes ging das Mitglied Brieg als gewählt hervor.

Steglich. Am Dienstag Abend fand in Steglich eine sehr stark besuchte Versammlung der Maurer statt, um Stellung zu den Forderungen der Berliner Kollegen zu nehmen. Zur Annahme gelangte der Antrag, den Arbeitgebern folgende Forderung vorzulegen: 55 Pf. Minimalstundenlohn und neunständige Arbeitszeit. Es wurde eine Kommission, bestehend aus Schwerde, Lindenberg, Haberland und Schubert gewählt, welche bei den Meistern und Unternehmern vorstellig werden soll und in einer so bald wie möglich einzuberufenden Versammlung Bericht zu erstatten hat. Das weitere beschließt die nächste Versammlung.

Oeffentlicher Vortrag

für Frauen und Männer

Mittwoch, den 20. April, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c, von Ch. v. Wächter über: Die Stellung des Christenthums im Völkerkrieg und Klassenkampf. Ein Protest gegen alle unklare Friedens- und Veröhnungsschwärzerei.

Eintritt zur Deckung der Tageskosten 10 Pf. Reinertrag für die Gemäßigten vom Kottbuser Streik. Arbeitslosen (Ausweis durch Invalidentarte) unentgeltlich. Nach dem Vortrag freie Diskussion. 1082b

Achtung! Arbeiter! Achtung!
Keller's Festsäle, Koppenstrasse 29.
 Sonntag, den 26. April:
Große Matinee
 zum Besten der streikenden Textilarbeiter in Kottbus
 veranstaltet vom „Karthaus'schen Gesangverein“
 unter Mitwirkung des beliebten Volkshumoristen Herrn Niecke,
 eines Fither-Quartetts und verschiedener Mitglieder des Vereins.
 Anfang präzis 12 Uhr. 6713 Programm 25 Pf.

Belle-Alliance-Theater.

Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.

Sonntag, den 26. April, nachmittags 2 1/2 Uhr:

Zum dritten Male: 288/14

Maria Stuart.

Eintrittskarten à 50 Pf. sind in folgenden Geschäften zu haben:

Norden: Beyer, Veteranenstr. 18; Mehnert, Diederhofenerstr. 8; Winkelmann, Adlerstr. 159; Diecks, Lothringersstr. 67; Hinz, Pantstr. 13; Vogel, Demminerstr. 62. **Nordosten:** Niemeyer, Weberstr. 19; Reul (fr. Gumpel), Barnimsstr. 42. **Osten:** Wilke, Andreassstr. 26; Kolbe, Koppenstr. 90; Böhl, Frankfurter Allee 74; Hoffmann, Blumenstr. 14. **Südosten:** Nicolas, Staligerstr. 107; Böhlert, Mariannenstr. 5; Tolksdorf, Sorauerstraße 17, Ede Göligerstraße; Moritz, Manteuffelstraße 68; Scholz, Wangelsstraße 32. **Süden:** Gädike, Gräffstraße 89; Schulz, Admiralsstr. 40a; Börner, Ritterstraße 15; Baake, City-Passage, Dresdenerstraße 52-53. **Südwesten:** Ochs, Lindenstr. 59; Windthorst, Junkerstr. 1; Böttger, Zoffenerstr. 21; Schröder, Kreuzbergstr. 15. **Westen:** Fallert, Pallasstr. 16; Behrend, Blumenthalstr. 5. **Nordwesten (Moabit):** Reddemann, Brihwallerstraße 8. **Centrum:** Löwenberg, Neue Schönhauserstr. 18; Horsch, Gipsstraße 27; Scheithauer, Rosenthalerstr. 64.

Der Sommergarten ist geöffnet.

Beginn der Vorlesung sämtlicher Plätze 1 1/2 Uhr.

Zahnärztliche Klinik Bedding, Müllerstr. 1. Zahnziehen unentgeltl. Nachg., Schmerzlos 2,50 Pf. Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M. (4896L)

Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Marl. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 4261L*
 G. F. Pinstlage,
 Kottbuserstr. 4, Hof part.

Es ist kein Wunder
 wenn die Leute selbst aus den Vororten ihren Bedarf in

Hosen
 aus Stoff, Leder und Zwirn
 nur direkt aus der Fabrik
Gormannstr. 2, 1 Tr.
 Ede Rosenhale u. Weinmeisterstraße beziehen.
 Die Leistungsfähigkeit dieser Firma ergibt sich durch folgende Faktoren:
 Spezialgeschäft. 4727b
 Eigene Fabrikation.
 Reine Ladennetze.
 Bedeutender Engrosabsatz.
 Verkauf nur per Kasse.
 Geringe Geschäftskosten.

Gold-Remontoir-Zucker-Uhr
 garantiert gut gehend nur 4.50.
 Gold- u. Silber-Taschen-Uhren nur 5.50, Silber-Minge u. Ketten 4 M. 1.50, ausgeputzte Wecker-uhren nur 2.-; goldene Uhr-entwerfungen. Versand durch Heilbr. Reagenzien-Vertrieb in Berlin O., Spandauerstr. 2.

M. J. Hahlo,
 Patentanwalt,
 Berlin NW., Karlstrasse 8.
 Patentsuchung und Verwertung. [45083]
 Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.
 Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 27. April, abends 8 Uhr, bei J. Henke, Raunynstraße 27:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubell über: Der wirtschaftliche Kampf. 2. Diskussion. 3. Die Aussperrung der Klaviaturarbeiter. 4. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Die Arbeitsniederlegung in der Mechanik-Fabrik von Langer u. Comp., Blumenstraße.
Der Vorstand.
 Kollegen! Die Ereignisse der letzten Tage, die Aussperrung der Klaviaturarbeiter haben Euch gezeigt, daß es unbedingt notwendig ist, daß Ihr Euch Alle organisiert, denn nur dadurch ist es möglich, daß der wirtschaftliche Kampf mit voller Energie geführt werden kann. Auf die Vereinigung der Fabrikanten gebt die richtige Antwort, daß Ihr Euch ebenfalls organisiert, denn nur durch den Zusammenschluß Aller ist es möglich, daß wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern. Also Kollegen, beherzigt die Mahnung und laßt Euch aufnehmen als kräftige Streiter in die Organisation. Da Sonnabend Abend die Zahlstelle geschlossen ist, finden die Aufnahmen Sonntag Vormittag von 10-11 1/2 Uhr im Vereinslokal, Raunynstr. 27, Restaurant Voeder, und Montag Abend im Versammlungslokal, statt.

Achtung! Verband der in Buchbindereien, der Papier- u. Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wegen der am Montag stattfindenden Versammlung der Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Buchbinder findet unsere General-Versammlung anstatt am Montag, den 27., erst am **Mittwoch, den 29. April** (siehe Annonce in der Dienstagnummer d. Bl.) statt.

Der Vorstand.
Konditoren, Pfefferkuchler und verw. Berufe.
 Heute Abend 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
 bei Zubell, Lindenstraße Nr. 105.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Zubell über: Das indirekte Steuerwesen mit besonderer Bezugnahme der Zuckersteuer. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig. Die Arbeiter der Firma Sarotti, Dreiser u. Dobrich und Gebr. Thiele sind besonders eingeladen.
Die Agitations-Kommission. J. A.: W. Niesener.
 51/4

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Westen und Südwesten.

Da die Bezirks-Versammlung am Montag, den 20. April umständlicher nicht stattfinden konnte, werden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß am Montag, den 27. April, die Versammlung mit derselben Tagesordnung abends 7 1/2 Uhr, bei Gohmann, Kreuzbergstr. 48, abgehalten wird.

Morgen, Sonntag, den 26. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet eine Volks-Vorstellung: Maria Stuart im Sellenianer-Theater statt. Die Billets sind auf dem Arbeitsnachweise, Annenstr. 39 und auf folgenden Zählstellen zu haben: Kuppinerstr. 44 bei Raabe; Müllerstr. 7a bei Kleinert; Thurmstr. 84 bei Holzböcker; Blumenstr. 38 bei Wiedemann; Frankfurter Allee 90 bei Zobel; Cuvyrstr. 25 bei Erbe; Grünauerstr. 3 bei Goltz; Dieffenbacherstr. 81 bei Gause; Manteuffelstr. 69 bei Brödenfeld; Mittenwalderstraße 16 bei Imhoff; Friedrich-Rathstr. 11 bei Heinicke.

Rixdorf. Holzarbeiter! Rixdorf.

Montag, den 27. April 1896, abends 8 Uhr, in den Viktoria-Gärten, Hermannstraße 48-50:

Oeffentliche Versammlung für alle Branchen allgemein.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Die Errungenschaften der Lohnbewegung und die Organisation. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes über seine Thätigkeit und Neuwahl desselben. 4. Die Angelegenheit der Firma Butterweich. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 277/8 Der Vertrauensmann.

Verband der Möbelpolierer.

Nächsten Montag Abend 8 1/2 Uhr, im „Märkischen Hof“, Admiralstraße 18c:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Herrn Dr. Paul Bernstein über: „Unsere Berufskrankheiten.“ 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten. 148/16 Die Bibliothek ist jeden Mittwoch Abend von 8-9 Uhr bei Wille, Andrastraße 26, geöffnet. Die Kollegen, welche ein Amt bekleiden, werden ersucht, am Mittwoch, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wiedemann zur Vorstandssitzung zu erscheinen. Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung aller in Schrauben-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 27. April, abends 6 1/2 Uhr, im Ionisenstädtischen Banierhaus, Alte Jakobstr. 37.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den jetzigen Stand unserer Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 281/12 Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, damit den in den Vororten wohnenden Kollegen Gelegenheit gegeben wird, diese Versammlung zu besuchen. Der Vertrauensmann.

Verband aller in der Metallindustrie besch. Arbeiter Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 28. April 1896, abends 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c:

Versammlung der Lampenbranche.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtv. P. Dupont über: „Moderne Duellstraferei.“ 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Kollegen der Lampenbranche zum Reinstundentag. 4. Neuwahl eines Beisitzers zum Vorstand. 5. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes. Die Kollegen der Firmen Paul Welt (Inhaber Winler), Spinn & Sohn, Wasserthorstraße, Holy, Drantenstr. 28c, sind ganz besonders eingeladen. In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Die nicht organisierten Kollegen sind als Gäste willkommen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 278/8 Der Vorstand.

Achtung, Töpfer!

Die Beiträge für die freiwillige Sammlung zum Generalfonds der Töpfer Berlins und Umgegend werden in folgenden Zählstellen entgegen genommen: 1. F. Thieme, Elisabeth-Ufer 52; 2. Röllig, Neue Friedrichstraße 44. 3. Röhr, Strelitzerstr. 7. 4. Nuockel, Schöneberg, Goltzstr. 44. 5. F. Thomas, Rixdorf, Bergstr. 162. 6. Kolbo, Charlottenburg, Grünstr. 12. 193/13

Steinsetzer u. Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 26. April 1896, vorm. 10 Uhr, bei Boltz, Alte Jakobstr. 75:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über Regie-Arbeit. Referent: Reg.-Baumeister a. D. Kehler. 2. Diskussion. 3. Unser Arbeitstarif, und welche weiteren Schritte wollen wir zur Durchführung desselben unternehmen? 4. Stellungnahme zum 1. Mai. 5. Bericht des Vertrauensmannes. 6. Verschiedenes. Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung muß es jedem zur Pflicht machen, die Versammlung zu besuchen. Was nützt es, über die traurigen Zustände in unserem Gewerbe zu räsonnieren, wenn Ihr keine Versammlung besucht und vereint mit allen Kollegen die Zustände bessern helft. Also es fehle nicht ein einziger. Der Vertrauensmann.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung! Grosse öffentliche Versammlung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 26. April, vorm. 11 Uhr, bei Jossi, Andrastr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Wie verhalten sich die Bauarbeiter zu dem partiellen Streik der Maurer? 2. Diskussion. 30/8 Es ist Pflicht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Lohnkommission.

Achtung, Glaser und verw. Berufsgenossen.

Sonnabend, den 25. April, ab 1/2 9 Uhr, in Bolz' oberem Saal, Alte Jakobstr. 75:

Große öffentliche Glaser-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Arbeiterfrage der Gegenwart. Referent Genosse Paul Jahn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 78/8 Um pünktliches Erscheinen aller Glaser ersucht Der Vertrauensmann.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider (Fillale Berlin).

Versammlung

am Dienstag, den 28. April 1896, abends 8 1/2 Uhr, im Restaur. Pasch, Alte Jakobstr. 83 (Gartenhalle rechts).

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1896. 2. Vortrag des Herrn Dr. H. Bernstein über modernes Heilverfahren. 168/9 Die Lokalverwaltung.

Orts-Frankenkasse der Uhrmacher Berlins.

Die in der General-Versammlung vom 8. Dezember 1895 laut Beschluß festgesetzte 3. Abänderung des Statuts, betreffend versicherungspflichtige weibliche Personen, ist vom Bezirks-Ausschuß am 20. Februar 1896 genehmigt. Der Vorstand. 1093h G. Schulz, Vorsitzender.

Achtung! Zimmerleute, Maurer, Arbeiter, Fuhrleute. Wer hat Herbst 1892 od. Frühjahr 1893 Achenbachstr. 4 gearbeitet? Meld. evtl. an Monteur Gutowski, NW., Klopstockstr. 34. Sollen w. reichl. ersetzt. 1067b

Arbeiter-Singvereine, welche gewillt sind zur Maifeier mitzuwirken, werden gebeten, ihre Adresse bei C. Koch, Gräberstr. 14, S. 1 Zr. abzugeben. 144/15

Polier Karl Seiffert, der im Jahre 1892 beim Neubau Achenbachstr. 4, beschäftigt war, wolle sich gefl. bald melden beim Monteur Gutowski, Klopstockstr. 34. Spesen reichlich vergütet. 1066b

Gasglühlicht!

Wer liefert große Posten rohe Strümpfe, beste Qualität? Offerten mit Preisangabe unter P. 1567 an Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin. [H]

Arbeitsmarkt.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter! In der Piano-Mechanik-Fabrik von Langer u. Komp., Blumenstr. 28, haben 50-60 Kollegen u. Kolleginnen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 144/13 Die Werkstatt-Kontrollkommission. J. A.: H. Seibt.

Achtung, Tischler!!!

In Friedrichshagen haben die Kollegen bei dem Tischlermeister Basedow die Arbeit eingestellt, weil der Meister die Bewilligung der Forderungen zurückgezogen hat. Ferner haben noch nicht bewilligt: Fechner, Scharnweberstraße u. Magdeburg, Friedrichstraße. Zutrug ist fernzuhalten!

Lächtiger Stahlleder-Stangen-Arbeiter, der auch in den übrigen Operationen der Stahlfedern-Fabrikation gut bewandert ist, wird gegen gute Bezahlung dauernd aufgenommen. Anfragen nebst Angabe der bisherigen Thätigkeit unter „Stahlschreibfedern-Fabrik“ an die Expedition dieses Bl.

Kartonn-Arbeiterinnen finden lohnende Beschäftigung bei Kirckin u. Co., Inhaber Reichmann, Neue Königsstr. 39.

Einseher, geübt im Anbringen von Stab- und Rolljalousien, gesucht. Zu melden im Komptoir der Jalusiefabrik Künze-straße 18a. 4895h

Gebildete Verkäufer auf Goldleisten gesucht. Goldleistenfabr. Diegnitzerstr. 15. Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gestrige Gewinnliste der preussischen Lotterie bei.

Tabakarbeiter-Streik.

Achtung, Arbeiter, Genossen!

Der Arbeiterschaft Berlins hiermit die Mittheilung, daß bis jetzt 95 Betriebe mit 556 Arbeitern (287 männlichen und 269 weiblichen) den tarifmäßigen Lohn bewilligt haben. Auf einer Reihe von Betrieben ist noch keine Forderung gestellt und wird dieses erst im Laufe der nächsten Tage geschehen. 187/15

Den tarifmäßigen Lohn zu zahlen haben die nachfolgenden Firmen abgelehnt:

Brandenburg u. Mehe, Mitinhaber Spröbowski, Geschäfte: Brunnenstraße, Fischerbrücke und Badstraße. Fr. Wienert, Rosenthalerstraße. S. Schmidt, Fildizinstr. 8. Bockow u. Blaurock (Lieferer für folgende Zigarren-Geschäfte: Wertheim's sämtliche Zigarren-Filliale; Anders, Langestr. 95; Müller, Manteuffel- und Waldemarstrassen-Gde; Caspary, Wallnerthaterstraße; Schley, Landsbergerstr. 80; Blaurock, Frankfurter Allee; Reimann, Budomerstraße; Boll, Schöneberg, Siedtschstraße. Restaurateurs: Schüler, Heiligegeiststraße; G. Neumann, Straußberger- und Ede Frankfurterstraße; Schulz, Landsberger- und Palladenstrassen-Gde; Mertens, Waldemarstraße; Haupt, Greifswalder- und Heinersdorferstrassen-Gde. Schulz, Al. Andreasstr. 9. Beyer, Hochtstr. 21. Mürow, Hochtstr. 43. Vonmann, Belfortstr. 5. Max Jacobi, Strelitzerstr. 52. A. Hauffe, Blücherstr. 60. Kottlow, Prenglastr. 1-2. Carl Albers, Rummelsburg, Joh. Richter, Chorinerstr. 28. Schäfer, Gneisenaustr. 98. S. Feuz, Rügenstraße 11. G. Keilpflug, Elbasserstr. 8. Wernicke, Brunnenstr. 84. Worscher, Viehmannstraße 15. Thiele, Prinzen-Allee. Loffe, Rummelsburg. Grohme, Gollnowstr. 11. Grocholl, Strelitzerstr. 16. Kumbauer, Neue Hochtstr. 9. Paul, Brunnenstr. 84. Dossin u. Comp., Heiligegeiststr. 21. Speyer-mann, Annenstr. 12. Joachimsthal, Chorinerstr. 6. Greier, Invalidenstraße 98. C. Schenl, Barwalderstr. 61. Kuficow, Griedenowstraße 12a. Bei S. Martiens, wo ebenfalls unter dem Tarif bezahlt wird, haben die Arbeiter (2 männliche und ca. 50 weibliche) bis jetzt keine Forderung gestellt. Im Streik befindlich sind bis jetzt 31 Betriebe mit 182 Arbeitern (95 männlichen, 87 weiblichen).

Arbeiter Berlins! Wir appellieren an Euer Solidaritätsgefühl! Helft uns zum Siege! Die Lohnkommission der Tabakarbeiter Berlins und Umgeg.

Achtung! Putzer!

Auf folgenden Bauten haben sich Kollegen der Lohnbewegung nicht angeschlossen: Reichenbergerstr. 34, sämtliche Putzer der Fassade; Panstraße, Putzmeister Scharf, 24 Putzer; Neue Winterfeldstraße, Bau Schwitz, 6 äußere Putzer; Stuttgarter Platz, Charlottenburg, Bau Schrobsdorf, sämtliche Putzer; Friedrich-Rath-Platz, Charlottenburg, Bau Schrobsdorf, 6 innere Putzer; Schulstraße, Charlottenburg, Bau Schrobsdorf, sämtliche Putzer; Passauerstr. 2, 5 äußere Putzer; Potsdamerstr. 121, 3 äußere Putzer; Wernäuerstrassen-Gde, Böcher u. Langendorf, 3 Fassaden-Putzer; Justenburgerstraße, Bau Hünze, sämtliche Putzer aus Spandau (wird auf Maren gearbeitet); Marienstr. 33 und Zimmerstr. 34, sämtliche innere Putzer; Leipzigerstrassen-Gde, Reichspost, 2 Putzer; Bredowstr. 34, Putzmeister Mann, 8 innere Putzer (Bau für innere Putzer gesperrt); Kaiserin Augustenstraße, 8 Fassaden-Putzer; Straße 20, an der Yorkstraße, Putzmeister Ruert, sämtliche Putzer; Möckernstr. 93, 11 Putzer (8 äußere, 3 innere); Großmannstraße 56, Charlottenburg, 9 Putzer; Florastraße, Pantow, innere Putzer; Marienstraße 90, 4 Fassadenputzer; Jüdenstr. 54, 3 innere Putzer; Augustenburgerstr. 50/51, 7 äußere Putzer; Mohrstraße, gegenüber der Jofstraße, sämtliche äußere Putzer; Klopstockstraße, gegenüber der Garbavnerstraße, sämtliche äußere Putzer; Landsberger Allee 49, Putzmeister Scharf, 15 Putzer; Scharfstr. 7, 3 innere Putzer; Grauenstr. 22, sämtliche Putzer; Fildizinstr. 22, 6 Putzer; Petersburgerstraße, Bau Thieme, 3 innere Putzer; Carlshorst, Bau Kurze, 3 Fassaden-Putzer. 133/14

Noch wollen wir, soweit uns bekannt, den Kollegen diejenigen Putzmeister resp. Kollegen zur Kenntniß bringen, welche Küftung halten: Scharf, Jonskirchstraße; Gensel, Wohnung unbekannt; Köppe, Steglitz; Langnick, Friedenau; Kowald, Spinnmühlendamm; Grube; Schüler, Pantow, Kaiser Friedrichstraße; Brodnow u. Reichert, Roabit; Kinnert, Bor dem Schönhauser Thor; Pünow, Wiesenstraße; Rannwand, Weisensee; Müller, Steglitz. Die Lohnkommission der Putzer.

Mechaniker.

Montag, 27. April, abends 7 Uhr, bei Herrn Marten, Friedrichstr. 236:

Oeffentliche Versammlung der Mechaniker und Berufsgenossen.

Tagesordnung: Berichterstattung über den Stand der Lohnbewegung und Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen. In dieser Versammlung sind besonders die Kollegen derjenigen Werkstätten eingeladen, welche bisher noch keine Forderungen gestellt haben. Das Streikbureau befindet sich bei Schönemann, Stalitzerstr. 7. Marken à 50 Pf. zum Streik der Mechaniker und Berufsgenossen sind zu haben im Restaurant Schönemann, Thalitzerstr. 7. 281/11 Der Vertrauensmann der Mechaniker.

Männer! Rixdorf! Frauen!

Sonntag, den 26. April, vormittags 10 1/2 Uhr: Volks-Versammlung in den „Victoria-Sälen“, Hermannstraße 49.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der Diskussion der am 8. d. M. aufgelösten Versammlung. J. A.: E. Lindemann.

Die Herrn Geistlichen der betreffenden Kirchen und Synagogen sind brieflich eingeladen. — Austrittserklärungen sind bei den Kommissions-Mitgliedern zu haben und werden auf Wunsch ausgefüllt. H. Engler, Palladenstr. 33. | H. Jaensch, Weidenweg 77. Ad. Hoffmann, Blumenstr. 14. | E. Lindemann, Moritzstr. 9. E. Menzel, Straßburgerstr. 25. 1089b

Bauarbeiter Rixdorfs u. Umgeg.

Sonntag, den 26. April, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Lindemann, Hermann-Strasse Nr. 204:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Lohnbewegung. 2. Der 1. Mai. 3. Neuwahl eines Delegierten zum Gewerkschaftsartell. 46/2 Die Lohnkommission. J. A.: Robert Holmann.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert
Schuhwaaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausführung.



Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten
Schuhmacher in Erfurt werden jetzt,
außer in den bekannten Verkaufsstellen, in
den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99

und
Rosenthalerstr. 63/64
verkauft.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten
Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und
Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist:
Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer
Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.
Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75,
in nur reeller Ausführung. 4821L*

In der Bellealliance-Strasse bitte genau auf Nummer
98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Herren-Hüte 65 Pf.
Confirmanden u. bessere
Hüte, enorm billig, verkauft das
Fabrik-Komptoir 7296
Barnimstr. 4/5,
Müllerstr. 12c.
Kastanien-Allee 101.

Bitte genau auf No. 35 z. acht.



Jede Uhr

repariren u. reinigen kostet
bei mir unter Garantie des
Gutgehens nur **1 M. 50 Pf.**
außer Bruch, kleine Reparaturen
billiger. Großes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regula-
toren und Weder, alle Arten Ketten,
sowie Brillen und Pinzetzen.
Carl Lux, Uhrmacher,
35, Chaussee-Strasse 35.

Stiefel-Tag

zu geradezu fabelh. billig. „Extra-Preis“!

Heute, Sonnabend, den 25. April, verkaufen wir
sowohl allerbeste Herren-Zugstiefel in vorzügl. Hoch-
leder u. bestem Zuchtenleder mit best. Doppellernsohle
als auch allerbeste Damen-Zugstiefel in garantiert echt.
Kalbleder eleg. u. dauerhaft, statt für M. 9,—, 10,—,

6⁸⁰

Hugo Rosenfeld & Co.,
Berlin C., Stechbahn 1. „Rothes Schloss“.

Fruchtweine

Johannisbeerwein, weiß u. rotb.
Stachelbeerwein, Heidelbeerwein



pro Glas
Kellerei
der Berliner Groß-Dezillateure
Berliner Gewerbe-Kassenshang
Eugen Neumann & Co.
Elektrische Eisenbahn, Hallesche 4.
(Marineschanzplatz.)

Hackescher
Markt 4,

J. Brünn,

Am
Stadtbahnhof
„Börse“

Inventur - Ausverkauf!

Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinentwaaren!
Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

? Was ist denn los ?



Halb und Halb Mampe mit Pomeranzen.

Feinste Likörmischung.

In 3800 Berliner Geschäften zu haben.

Champagner-Flasche M. 1,25.

Hut-Engros-Geschäft

Alvin Sussmann, Holzmarktstrasse No. 38.
Grösste Auswahl der Hutbranche.

Neueste steife Form „Elegant“, prima Qualität 2,40, 2,80 Mark.
Großes Sortiment weicher und steifer „schneidiger“ Herrenhüte
von 1,75, 2,00, 2,40, 2,75 Mark. 44752*
Confirmanden-Hüte, weich oder steif, von 1,00 M. an, bis 2,50 M.
Hochleganter Cylinderhut „Chic“ 7,50 Mark.
Sonntags von 7—10 und von 12—2 Uhr geöffnet.

Achtung!

Kaufen Sie nur echte Brautwein.
alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak
O. J. Engelke, Nene Jacobstr. 26
Kleinverkauf von 10 Pf. ab. 42452*

Waldemarstr. 44

parterre rechts im Comtoir,
zwischen Elisabethufer und
Waldemarstrasse ist die billigste
Bezugsquelle für **Herren-
und Knaben-Filzhüte.**
Knabenhüte von 1,— M. an
Herrenhüte „ 1,50 „ „
Cylinderhüte „ 4,— „ „
Haarfilzhüte „ 4,80 „ „
Nur moderne fehlerfreie Waare.
Grösste Auswahl! Kein Laden!
Auch Sonntags geöffnet.
Einzelverkauf zu Engrospreisen.



M. Panknin,
Berlin SO.,
Adalbertstr. 91,
Ecke Oranienstrasse.
**Putz-
und
Modewaaren.
Trauerhüte**

in großer Auswahl.

Künstl. Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Zc
Theilzahlung pr. Woche 1 M.



Parteigenossen!

nur mit
Hüte Kontrollmarke,
Schirme, Stöcke, Kravatten.
Otto Gerholdt, Dresdenerstrasse 2.
Ecke Hallescherstr.



Friedrich Garth,

Schuhmachermeister, 4681L*
27. Brunnenstr. 27.
Schuh- u. Stiefel-Lager.

Kass- und Reparaturarbeiten - Werkstatt.
Gute Waare. Mäßige Preise.
Vorzügliche Passform. Reelle Bedienung.

Neu eröffnet! **Achtung, Arbeiter!** Neu eröffnet!
Volks-Kaffee- u. Speisehalle Dresdenerstr. 86
a. d. Alexandrinenstr.
Warme Speisen z. jed. Tagesz. v. 10—35 Pf. Bier, Kaffee v. 5 Pf. ab. Stehlmann.

